

Deutsche und Polen
im und nach dem Ersten Weltkrieg

Krobnitzer Hefte 6



Herausgegeben für die
Schlesisch-Oberlausitzer Museumsverband gGmbH
von Steffen Menzel

Deutsche und Polen im und nach dem Ersten Weltkrieg

Beiträge der 2. Krobnitzer Gespräche
vom 20. Oktober 2011
auf Schloss Krobnitz/Oberlausitz

Herausgegeben
von Steffen Menzel
und Martin Munke



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
CHEMNITZ

Universitätsverlag Chemnitz

2013

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung:

Sächsisches Staatsministerium des Innern



Remondis AG & Co. KG



Niederschlesische Entsorgungsgesellschaft mbH



Förderverein der Schlesisch-Oberlausitzer Museumsverbund gGmbH



Titelbild: Polnisches Plakat zur Volksabstimmung in Oberschlesien 1921,
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Plakat_plebiscyt.jpg

Technische Universität Chemnitz/Universitätsbibliothek

Universitätsverlag Chemnitz

09107 Chemnitz

<http://www.bibliothek.tu-chemnitz.de/UniVerlag/>

Herstellung und Auslieferung

Verlagshaus Monsenstein und Vannerdat OHG

Am Hawerkamp 31

48155 Münster

<http://www.mv-verlag.de>

ISBN 978-3-941003-96-5

<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:ch1-qucosa-125350>

Vorwort

Im Jahr 2010 entstand die Idee, auf Schloss Krobnitz/Oberlausitz eine Tagungsreihe zu begründen, die das gemeinsame deutsch-polnische bzw. deutsch-tschechische Erbe thematisieren sollte. Dafür fanden sich die Professur Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Technischen Universität Chemnitz, der Regionale Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien und die Schlesisch-Oberlausitzer Museumsverbund gGmbH als Partner zusammen. Wichtig erschien allen Beteiligten, in den Tagungsprogrammen auch kritische Punkte in der Bewertung historischer Ereignisse aufzunehmen und diese mit Referenten aus den Nachbarländern zu diskutieren. Die im Dezember 2010 erstmals stattfindenden „Krobnitzer Gespräche“ stellten daher zu Beginn der Reihe das nicht immer konfliktfreie Verhältnis Deutscher und Polen zu Preußen in den Mittelpunkt der Vorträge. In den „Gedanken über Preußen“ wurde ausgehend von den oft zitierten preußischen Tugenden und ihrer Ausstrahlung bis in die heutige Zeit auch der Blick des polnischen Nachbarn auf die nationalstaatliche Entwicklung Deutschlands unter preußischem Einfluss geworfen.¹ Der Erfolg dieser ersten Gespräche bestärkte die Organisatoren, eine Fortsetzung in den Fokus zu nehmen und die Vorträge in einem Tagungsband in der Reihe der „Krobnitzer Hefte“ zu publizieren.

Das nachfolgende Symposium im Jahr 2011 ging der Nachbarschaft von „Deutschen und Polen in Schlesien und Pommern“ in der

¹ Vgl. dazu Steffen Menzel (Hrsg.): Nachdenken über Preußen : Beiträge der Tagung „Preußische Tugenden in der heutigen Zeit – Gedanken über Preußen“ (Krobnitzer Gespräche) vom 2. Dezember 2010. Krobnitz 2011 sowie den Tagungsbericht von Martin Munke: Krobnitzer Gespräche – Gedanken über Preußen. In: H-Soz-u-Kult, 17. Dezember 2010, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3444>, letzter Zugriff: 17. Oktober 2013.

Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg nach. Die Beiträge deutscher und polnischer Referenten aus Chemnitz, Rostock, Krakau/Kraków und Hirschberg/Jelenia Góra unterstrichen einmal mehr, dass nur im gemeinsamen Dialog das Verständnis für die Sichtweise des jeweils Anderen wachsen kann.² Einige der am 20. Oktober 2011 in Krobnitz gehaltenen Vorträge kommen nun in diesem vorliegenden Band zum Abdruck, mit zeitlichem Schwerpunkt auf dem Ersten Weltkrieg und der unmittelbaren Nachkriegszeit. Ich danke allen Autoren, dass sie sich der Mühe unterzogen haben, ihre Redebeiträge für diese Publikation zu überarbeiten. Die redaktionelle Arbeit übernahm Herr Martin Munke (TU Chemnitz), der auch Mitherausgeber dieses „Krobnitzer Heftes“ ist. Ihm sei ganz herzlich für sein Engagement gedankt, ebenso wie Frau Ilona Scherm (ebenfalls TU Chemnitz), die sich um die Organisation der Vortragsveranstaltung große Verdienste erworben hat.

Das Symposium wäre jedoch nicht in diesem internationalen Rahmen durchführbar gewesen, wenn es nicht von mehreren Fördermittelgebern und Sponsoren Unterstützung erfahren hätte. Unser Dank gilt daher dem Sächsischen Staatsministerium des Innern, insbesondere Herrn Dr. Jens Baumann, dem Landrat des Landkreises Görlitz Herrn Bernd Lange, der Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien, dem Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien und der Firma Remondis.

Krobnitz, Oktober 2013

Dr. Steffen Menzel

Geschäftsführer der Schlesisch-Oberlausitzer Museumsverbund gGmbH

² Vgl. dazu auch den Tagungsbericht von Martin Munke: Krobnitzer Gespräche – Deutsche und Polen in Schlesien und Pommern. In: H-Soz-u-Kult, 30. November 2011, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3912>, letzter Zugriff: 17. Oktober 2013.

Inhaltsverzeichnis

Dmowski und Piłsudski: Nationale Idee zwischen Föderationsgedanke und nationaler Verengung <i>Von Stefan Garsztecki</i>	9
Das Problem der polnischen Nation im Ersten Weltkrieg. Politische, militärische und staatsrechtliche Facetten <i>Von Hendrik Thoß</i>	29
Ende und Neuanfang 1918/19 <i>Von Ralph Schattkowsky</i>	45
Oberschlesien und das Saargebiet in den deutsch-polnischen und deutsch-französischen Beziehungen von 1918 bis 1922 <i>Von Aneta Pazik</i>	63
Die deutsch-polnischen Beziehungen in der Freien Stadt Danzig in den ersten Jahren der NS-Herrschaft <i>Von Aleksandra Kmak-Pamirska</i>	79
Verzeichnis der Autoren und Herausgeber	93

Dmowski und Piłsudski: Nationale Idee zwischen Föderationsgedanke und nationaler Verengung

Von Stefan Garsztecki

I. Einführung

Roman Dmowski und Józef Piłsudski waren die bedeutendsten polnischen Politiker der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und die dominierenden politischen Gestalten Polens in der Formierungsphase des wieder erstehenden polnischen Staates und der II. Polnischen Republik bis zu ihrem Tod im Jahr 1935 im Fall Piłsudskis bzw. 1939 im Fall Dmowskis. Nach einer repräsentativen Umfrage aus dem Jahr 2008 gehört die Wiedergewinnung der Unabhängigkeit im Jahr 1918 mit 20 Prozent zu den wichtigsten historischen Ereignissen des 20. Jahrhunderts – trotz des wachsenden zeitlichen Abstandes. Daneben werden in der gleichen Umfrage mit hohen Prozentzahlen noch der Fall des Kommunismus im Jahr 1989 mit 24 Prozent und die Wahl von Karol Wojtyła zum Papst im Jahr 1978 mit 21 Prozent erwähnt. Die Wiedergewinnung der Unabhängigkeit gilt mit 52 Prozent gar als größter politischer Erfolg des 20. Jahrhunderts. Dem gegenüber gehört die Einschränkung der Demokratie durch den Staatsstreich von Piłsudski im Jahr 1926 mit vier Prozent zu den laut Umfrage zu vernachlässigenden Schwächen Polens im 20. Jahrhundert. Der Antisemitismus und der Nationalismus eines Roman Dmowski finden hier keine Erwähnung. Dies hängt sicherlich mit dessen abnehmenden Bekanntheitsgrad zusammen. So wird in der erwähnten Umfrage Piłsudski von 80 Prozent als positive historische Gestalt, nur von 4 Prozent hingegen als negative Figur erwähnt, womit er an dritter Stelle der Untersuchung hinter Johannes Paul II. und Kardinal Stefan Wyszyński rangiert. Roman Dmowski wird hingegen nur von 21 Prozent positiv, von neun Prozent negativ erwähnt, während 57 Prozent festhalten, eine solche Gestalt nicht zu kennen.¹ Gegenüber einer vergleichbaren Umfrage aus dem Jahr

¹ Vgl. die Daten bei CBOS: *Spojrzenie na miniony wiek w historii Polski* [Ein Blick auf das vergangene Jahrhundert der Geschichte Polens], Nr. 166/2008.

1999 haben sich leichte Veränderungen ergeben. So wurde die Wiedergewinnung der Unabhängigkeit damals gar von 62 Prozent als wichtigstes Ereignis bezeichnet, während sowohl die positive Rolle Piłsudskis wie auch Dmowskis 1999 geringer eingeschätzt wurden mit 74 Prozent bzw. 16 Prozent, bei höheren negativen Bewertungen mit 14 Prozent bzw. 21 Prozent. Der Einfluss von Dmowski auf die Geschehnisse Polens wurde auch damals schon mit zwei Prozent sehr gering veranschlagt.²

Dennoch sind die Ereignisse gegen Ende des Ersten Weltkrieges, die Wiedergewinnung der eigenen polnischen Staatlichkeit, der politische Verlauf und die ideengeschichtliche Ausgestaltung der II. Polnischen Republik sowie die Geschehnisse Polens darüber hinaus mit diesen beiden politischen Figuren eng verbunden, lasen doch nicht zuletzt auch politisch eher links angesiedelte Dissidenten wie Adam Michnik in den 1970er Jahren Texte von Dmowski und übte Piłsudski beispielsweise auf Jarosław Kaczyński einen gewissen, womöglich großen Einfluss aus, wie im Übrigen auch auf Lech Wałęsa.

Vor diesem Hintergrund möchte ich im vorliegenden Beitrag nach der Essenz ihres Denkens und nach ihrer aktuellen Bedeutung fragen, zumal beide historischen Figuren in der deutschen Historiographie stets sehr kritisch, vielleicht sogar überkritisch gesehen werden. Um dieser Fragestellung nachzuspüren, wird im folgenden Abschnitt kurz auf ihre historische Bedeutung und ihre Persönlichkeit Bezug genommen (II.), bevor dann in einem weiteren Kapitel ihre Programme zur inneren Ausgestaltung Polens bzw. ihre Vorstellungen über die polnische Nation, zur äußeren Lage und zum Verhältnis zu den Nachbarn kontrastiv erörtert werden sollen (III.).³ Abschließend möchte ich mich der aktuellen Rezeption und ihrer Bedeutung im heutigen Polen widmen (IV.). Dabei wird zu fragen

² Vgl. CBOS: *Ludzie i wydarzenia w historii Polski XX wieku* [Menschen und Ereignisse in der Geschichte Polens im 20. Jahrhundert], Nr. 194/1999.

³ Eine ähnliche Gegenüberstellung wurde in Ansätzen kürzlich unternommen bei Marek Kornat: *Die Wiedergeburt Polens als multinationaler Staat in den Konzeptionen von Józef Piłsudski*. In: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte* 15 (2011), S. 11–42. Auch wenn im Titel nur Piłsudski genannt wird, behandelt der Autor das Denken Dmowskis ebenfalls ausführlich (S. 17–20).

sein, ob zeitgenössische Bezüge auf beide Politiker eher romantische Reminiszenzen oder ernst zu nehmende Forderungen nach Rückbesinnung auf das politische Ideengut Polens aus der Zeit vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg sind.

II. Dmowski und Piłsudski – zwei Biographien und zwei Wege in die Unabhängigkeit

Roman Dmowski und Józef Piłsudski sind höchst unterschiedliche Politiker und Charaktere, die mit sehr verschiedenen Lebenswegen und politischen Konzeptionen den Weg Polens in die Unabhängigkeit seit den 1890er Jahren vorantrieben. Ihre Vorstellungen über die Ausgestaltung der erstrebten Unabhängigkeit waren diametral entgegengesetzt. Obgleich sie Zeit- und Altersgenossen waren, weisen ihre Biographien zwar auch Gemeinsamkeiten, vor allem aber Divergenzen auf.

Roman Dmowski erblickte 1984 in Kamionek bei Warschau das Licht der Welt und wuchs somit in Zentralpolen auf. Hier standen einer dominanten polnischen Bevölkerung auf der einen Seite die russische Teilungsmacht und auf der anderen Seite die sehr zahlreiche jüdische Bevölkerung gegenüber, die wenig assimiliert für die osteuropäische Lebensart der Aschkenasim, der jiddisch und chassidisch geprägten Juden steht. Vielleicht sind in der täglichen Begegnung mit der jüdischen Bevölkerung Warschaus, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit 35,8 Prozent bzw. 254.712 Menschen ein gutes Drittel der Stadtbevölkerung ausmachten,⁴ und in ihrer kulturellen Andersartigkeit auch die Ursachen für die um die Jahrhundertwende bei dem studierten Biologen Dmowski einsetzenden antisemitischen und nationalistischen Tendenzen zu suchen.⁵

⁴ Vgl. dazu die Daten mit weiteren Angaben bei: <http://www.sztetl.org.pl/pl/article/warszawa/6,demografia/>, letzter Zugriff: 29. Juni 2013.

⁵ Vgl. Barbara Toruńczuk: *Narodowa Demokracja : antologia myśli politycznej „Przeglądu Wszepolskiego“ 1895–1905* [Die Nationale Demokratie : eine Anthologie des politischen Denkens der Zeitschrift „Allpolnische Rundschau“ 1895–1905]. Warszawa 1981.

Józef Piłsudski wurde etwas später 1867 in Zułowo bei Wilna/Vilnius/Wilno geboren, d. h. er war von Kind an mit der ethnischen, kulturellen und religiösen Pluralität der *Kresy*-Gebiete vertraut, in denen es oft keine polnische ethnische Mehrheit gab und wo die Juden nur eine von vielen Minderheiten darstellten – wenn auch eine sehr zahlreiche, da seit dem von Katharina II. 1791 geschaffenen Ansiedlungsrayon vor allem hier eine große Konzentration jüdischer Bevölkerung in den Städten vorherrschte.⁶

Aber nicht nur die Geburtsorte und -regionen sind unterschiedlich, auch die Lebenswege weichen deutlich voneinander ab. Piłsudski wurde, wie im Übrigen sehr viele Vertreter seiner Generation, im Geist des Patriotismus erzogen und durch die Lektüre der polnischen Romantiker sowie die Kenntnis verbotener Bücher geprägt, wie sein Biograph Włodzimierz Suleja ausführt. Sehr früh, noch als Schüler, macht Piłsudski Bekanntschaft mit sozialistischen Kreisen und sozialistischen Schriften. Auch sein Medizinstudium wird bald von Verhaftung unterbrochen, als er gemeinsam mit seinem älteren Bruder Bronisław 1887 im Kontext einer Verschwörung gegen den Zaren festgenommen und zu fünf Jahren Verbannung nach Sibirien verurteilt wird. Nach Ablauf dieser Zeit und Rückkehr ins heimatliche Wilna im Jahr 1892 arbeitet er als Korrespondent und Redakteur für verschiedene Zeitschriften und ist auch in der 1892 entstandenen Polnischen Sozialistischen Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS) aktiv, deren Geschicke er sehr bald maßgeblich bis zu seinem Tod im Jahr 1935 bestimmen sollte. Allerdings setzte die PPS im Gegensatz zur Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen (*Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy*, SDKPiL), der u. a. Rosa Luxemburg angehörte, zunächst auf die nationale Unabhängigkeit und wollte erst anschließend die soziale Frage lösen, während sich die SDKPiL für die Inkorporierung der Teilungsgebiete in die Territorien der Teilungsmächte aussprach und die Lösung der

⁶ Kurze biographische Angaben bei Krzysztof Kawalec: Polen und die europäischen Extreme (1918–1939). In: Dieter Bingen – Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): Länderbericht Polen : Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. Bonn 2009, S. 41–69, hier: S. 45 ff. Zum Ansiedlungsrayon vgl. Haim Hillel Ben-Sasson (Hg.): Geschichte des jüdischen Volkes : von den Anfängen bis zur Gegenwart. München ³1995, S. 997 ff.

sozialen Frage an die erste Stelle setzte.⁷ In der Folgezeit wurde Piłsudski zum Berufsrevolutionär, der vor allem in der Tradition der Aufstandsbewegung des 19. Jahrhunderts versuchte, die Unabhängigkeit Polens zu erreichen. Im Ersten Weltkrieg kämpfte er mit seinen eigens von ihm 1914 in Krakau erschaffenen polnischen Legionen auf Seiten der österreichischen Verbände gegen Russland, bevor er 1916 in Magdeburg interniert wurde, da er einen Treueeid gegenüber dem deutschen Kaiser ablehnte. 1918 kehrte er nach Polen zurück und wurde in den Kämpfen um die Grenzen des wiedererstandenen Polens zur bestimmenden Figur der Nation – als sogenannter *Naczelnik Państwa*, Führer des Staates, dem die politischen Kräfte diese Funktion bis zur Einberufung eines verfassungsgebenden *Sejm* anvertraut hatten.⁸

Roman Dmowski entstammte wie auch Piłsudski einer adeligen Familie und war wie dieser bereits in seiner Schulzeit in politischen Zirkeln aktiv. Auch er wurde für seine Tätigkeit bei der Bildung einer Studentenorganisation zu sechs Monaten Gefängnis und zur Verbannung bestraft, der er nur durch Flucht nach Lemberg/Lwów/Lviv entging. Allerdings war er im Gegensatz zu Piłsudski mit der nationaldemokratischen Bewegung verbunden, stand seit 1893 der Nationalen Liga (*Liga Narodowa*) vor und gründete 1897 mit anderen Parteifreunden die National-Demokratische Partei (*Stronnictwo Narodowo-Demokratyczne*). Im Unterschied zu Piłsudski optierte er für einen etwas anderen, taktischen Umgang mit Russland und konnte aufgrund dieser Haltung auch nach Russland zurückkehren, wo er ab 1907 in zwei Kadenzen dem polnischen Block in der russischen *Duma* angehörte, bevor er 1909 sein Mandat aufgrund interner Querelen niederlegte. 1917 gründete er das Polnische Nationalkomitee (*Komitet Narodowy Polski*) in Lausanne und agitierte bei den westlichen Nationen für die Unabhängigkeit Polens. Er gehörte der polnischen Delegation auf der Versailler Friedenskonferenz an, deren Mitunterzeichner er war. Trotz seiner bald sehr

⁷ Vgl. Włodzimierz Suleja: Józef Piłsudski. Wrocław 1995, S. 8 ff.

⁸ Vgl. Tomasz Nałęcz: Odzyskana niepodległość [Die Wiedererlangung der Unabhängigkeit]. In: Henryk Samsonowicz et al.: Polska : losy państwa i narodu [Polen : das Schicksal des Staates und der Nation]. Warszawa 1992, S. 427–584, hier: S. 476 ff.

nationalen, ja sogar nationalistischen und später, nach der Jahrhundertwende, auch antisemitischen Ansichten, war Dmowski in seiner Jugend und auch während der ersten Zeit in Paris 1891/92, nach Beendigung seines Biologiestudiums, sozialistischen Überzeugungen nicht abgeneigt. Eher stieß ihn die internationalistische Richtung ab, wohl aber nicht die soziale Frage, wie sein Biograph Kawalec festhält.⁹

Beide Politiker, seit Anfang der 1890er Jahre Berufspolitiker unterschiedlichen Temperaments, hatten sehr unterschiedliche Ansichten, wenn es um den Weg Polens zur Unabhängigkeit ging. Roman Dmowski hatte lange Zeit auf die Gefahren, die von Preußen und seiner Germanisierungspolitik ausgingen, hingewiesen und war eher bereit, sich mit Russland zu arrangieren, da er eine deutliche Schwächung des russischen Staates erst nach der Oktoberrevolution erblickte. Zuvor sprach er sich aufgrund von dessen Aussichtslosigkeit klar gegen einen neuen Aufstand gegen die russische Teilungsmacht und sah auch in der russischen Niederlage im russisch-japanischen Krieg von 1905 keinen Grund, diese Politik grundsätzlich zu überdenken, da er nicht an eine dauerhafte Schwächung Russlands glauben mochte. Diese Ansichten legten Dmowski und auch die *Liga Narodowa* bzw. das nationale Lager in Erklärungen und Artikeln dar, wie sein Biograph Krzysztof Kawalec ausführt. Kawalec berichtet auch über das zufällige Treffen von Dmowski und Piłsudski in Tokio im Jahr 1904, wo beide die sich aus der russischen Niederlage ergebenden Möglichkeiten ausloten wollten. Während aber Dmowski sich für die in japanischer Gefangenschaft einsitzenden polnischen Kriegsgefangenen einsetzte, die ja in der russischen zaristischen Armee dienten, sich aber ansonsten gegen einen Aufstand aussprach, versuchte Piłsudski, japanische Waffenlieferungen zu erreichen, um einen Aufstand im Westen des russischen Imperiums vorzubereiten. Während dieses Treffens wurden die Gegensätze zwischen beiden offenbar, wie aus Notizen von Zeitgenossen über Gespräche mit den Protagonisten resultiert. Eine direkte Aufzeichnung dieses längeren Gespräches gibt es nicht, aber die Antagonismen dürften offenkundig gewesen sein, wenn sich Dmowski dilatorisch

⁹ Vgl. Krzysztof Kawalec: Roman Dmowski 1864–1919. Wrocław et al. 2002, S. 13 ff. Im Buch auch die weiteren Angaben zu seiner Biographie.

verhielt, während sich Piłsudski vermeintlich für Wilna als Hauptstadt eines östlichen Europas ausgesprochen haben soll, was auf die unterschiedlichen Ansätze zur Realisierung der polnischen Staatlichkeit hindeutet.¹⁰

Die hier sehr knapp skizzierten Unterschiede in der Persönlichkeit, der politischen Biographie und Sozialisierung sowie im polnischen Weg zur Unabhängigkeit drückten sich auch ihren Vorstellungen zur polnischen Nation und in den Überlegungen zur Ausgestaltung des Verhältnisses zu den Nachbarn auf dem Weg zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit aus. Für die Rezeptionsgeschichte sind gerade diese Punkte wichtig, und sie sollen daher nun unter Bezug auf zentrale Aussagen beider Politiker dargelegt und analysiert werden.

III. Kontroverse Programme im Innern und in Bezug auf die Nachbarn

1. Nation und Staat

Piłsudski und Dmowski verfolgten diametrale Vorstellungen zur polnischen Nation und zu ihrer sozialen und politischen Realisierung, obgleich sie beide im Geist des polnischen Patriotismus des 19. Jahrhunderts erzogen worden waren, beide Verurteilung und Verbannung bzw. Emigration ausgesetzt waren und sich auch vehement und langjährig sowohl national als auch international für die Wiedererstehung des polnischen Staates eingesetzt hatten.

Dmowskis Ansichten zur polnischen Nation sind in vielen Schriften, Artikeln und Büchern seit den 1890er Jahren belegt und können hier natürlich nicht annähernd vollständig wiedergegeben werden. Auch sind in diesen Gedanken Nuancen und Entwicklungen enthalten, die hier gleichfalls der Kürze der Darstellung geopfert werden müssen. Am deutlichsten traten die Vorstellungen Dmowskis in seinem 1904 veröffentlichten Buch „*Myśli nowoczesnego Polaka*“ (etwa: „Gedanken eines zeitgenössischen Polen“, im Weiteren „Ge-

¹⁰ Vgl. Kawalec: Roman Dmowski (wie Anm. 9), S. 69 ff. u. bes. 76 ff.

danken“) zu Tage, obgleich er bereits 1893 eine Schrift unter dem Titel „Nasz patriotyzm“ („Unser Patriotismus“) veröffentlicht hatte. Gerade aber in seinem Schrifttum aus der Zeit um die Jahrhundertwende herum wird noch eine andere Haltung zur Nation deutlich. In der unter der Ägide der *Liga Narodowa* herausgegebenen Artikelserie „Nasz patriotyzm“ wendet sich die Liga, deren Sekretär Dmowski ist, gegen Kollaboration und ruft zum aktiven Widerstand auf. In anderen Artikeln, die unter dem Sammelnamen „*Jedność narodowa*“ („Nationale Einheit“) 1895 erschienen, führt Dmowski aus, dass nicht die Sprache die Einheit der Nation begründe, sondern die gemeinsame staatliche Vergangenheit, der Wille zur Eigenstaatlichkeit. Für Kawalec ergibt sich daraus der Ansatz, alle Bewohner der alten *Rzeczpospolita* gleich zu behandeln, unabhängig von ihren ethnischen und kulturellen Unterschieden, die ja in der alten Republik der beiden Nationen, der *Rzeczpospolita Obojga Narodów* – also dem polnisch-litauischen Unionsstaat –, im Übermaß bestanden hatten. Dmowski schrieb damals noch von einer staatlichen Lösung nach dem Modell der Schweiz und wies beispielsweise einen Separatismus der Litauer weit von sich. Die Unterschiede in den Nationalbewegungen schob er vor allen Dingen auf die Fremdherrschaft. Auch wandte er sich schon damals vehement gegen jegliche Loyalitätsadressen an die Teilungsmächte, gegen eine Inkorporierung in die jeweiligen Staaten.¹¹ Vorstellungen, wonach er demnach panslawistische Neigungen gehegt haben soll, sind daher m. E. nicht zutreffend, da der Panslawismus die russische Vorherrschaft akzeptierte, was Dmowski – wie noch zu zeigen sein wird – eher fremd war. Wohl sah er aus einer neoslawistischen Perspektive eine Zusammenarbeit der slawischen Nationen vor allem gegen Deutschland, aber eben als gleichberechtigten Bund unter Berücksichtigung der ökonomisch-sozialen, kulturellen und politischen Autonomie.

Diese doch eher zurückhaltenden Ansichten werden ab der Jahrhundertwende sehr viel deutlicher national und eben auch antisemitisch. In den „Gedanken“ formuliert Dmowski sehr klar seine Vorstellungen über die polnische Nation, so klar, dass dieses Buch für Jahrzehnte, ja womöglich bis heute für national denkende Polen zu

¹¹ Vgl. Kawalec: Roman Dmowski (wie Anm. 9), S. 29, 43 f.

einer Art von Katechismus wurde. In diesem Katechismus distanziert er sich von Individualismus und Internationalismus und skizziert den Beginn einer neuen Epoche, fordert den bedingungslosen Einsatz für die Nation, eine Unterordnung unter nationale Interessen. Dabei fehlte hier aber ein chauvinistischer Ton, dominant waren eher das kritische Nachdenken und die Analyse über den Niedergang Polens im Vergleich mit den fortschrittlicheren westlichen Nationen. Inspiriert wohl auch von seiner wissenschaftlichen Ausbildung und Tendenzen der Zeit folgend sah er in einer organischen Entwicklung der Nation einen Ausweg, um die Folgen der Teilung nicht allzu tief werden zu lassen. Zudem betonte er die anhaltenden Anstrengungen der Nation für ihren Erhalt, wandte sich mithin gegen die Aufstandstradition, die in einer mutigen Tat die Unabhängigkeit erringen wollte. Wohl aber akzeptierte er den Kampf als vorherrschendes Mittel, um nationale Interessen durchzusetzen. Dieser Kampf konnte auch gegen die alten Nationen der *Rzeczpospolita* geführt werden, wenn sie sich dem polnischen Kampf entgegenstellen sollten.¹² Auch in weiteren Schriften wird dieser nationale Egoismus ausgebaut. So spricht sich Dmowski in mehreren 1905 veröffentlichten Artikeln für eine nationale Politik und für den „natürlichen Kampf“ der Nationen untereinander aus. Zugleich tauchen erste Anwürfe gegen Juden auf, die er mit antinationalen Bestrebungen identifiziert. Er möchte den nationalen Instinkt der Massen der Bevölkerung stärken und er stellt den nationalen Willen, die nationale Einheit auch klar vor die Menschenrechte.¹³

Für den Staat, das wiedererstehende Polen, hieß das für ihn, dass er einen einheitlichen Nationalstaat anstrebte, einen starken nationalen Organismus, der möglichst keine Minderheiten oder aber loyale ethnische Gruppen umfasste. Roman Wapiński, ein weiterer Biograph Dmowskis und ein exzellenter Kenner der polnischen Ideengeschichte, hält in einer Synthese fest, dass das nationaldemokratische Lager – und hier wäre neben Dmowski vor allem noch Jan Ludwik Popławski zu nennen – sich am ethnischen Kern Polens ausrichtete und eher eine „piastische“, d. h. „westliche Lösung“ des

¹² Vgl. Kawalec: Roman Dmowski (wie Anm. 9), S. 52 ff.

¹³ Vgl. ders.: Roman Dmowski o ustroju politycznym państwa [Roman Dmowski über die politische Ordnung des Staates]. Warszawa 1996, S. 38 ff.

wieder zu begründenden polnischen Staates anstrebte. Dazu sollten auch die Gebiete Schlesien und Westpreußen, also auf Kosten Deutschlands, gehören, während die Gebiete der alten *Rzeczpospolita* im Osten nur zum Teil in den neuen Staat eingegliedert werden sollten. Fest war aber das Überlegenheitsgefühl gegenüber Belorussen, Ukrainern und Litauern, wobei vor allem den Belorussen von Dmowski – wie im Übrigen auch von Piłsudski – nur der Status eines Stammes zugestanden wurde. Hier war von den Nationaldemokraten keine große Assimilation vorgesehen, wie auch nicht bei den Juden, die als assimilierte Polen gleichwohl akzeptiert wurden. Dmowski näherte sich daher im und gegen Ende des Ersten Weltkriegs immer deutlicher einer ethnischen Lösung für den polnischen Staat an und warnte in einer Depesche an den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson davor, dass ein zu weit nach Osten geschobener polnischer Staat im Innern zu heterogen und zu schwach sein würde. Zugleich warnte er vor russischer und ukrainischer Anarchie und schloss lediglich im Falle Litauens eine erneute Union nicht aus.¹⁴ Allerdings ging er dabei von der polnischen Kultur als zivilisatorischer Konstante aus, die auch die Litauer zur polnischen Kultur hinüberziehen würde – damals schon eine völlig unrealistische Perspektive, wenn man auf die litauische Nationalbewegung der damaligen Zeit schaut.

Die Ansichten von Józef Piłsudski unterschieden sich deutlich von den Überzeugungen Dmowskis. Ein Grund war sicherlich seine *Kresy*-Herkunft, so dass Piłsudski auf seine Heimat in einem neuen polnischen Staat nicht verzichten wollte. Daher sprach er sich klar für eine föderative Gestalt des polnischen Staates, für eine Erneuerung der alten *Rzeczpospolita Obojga Narodów* aus. Noch gegen Ende des 19. Jahrhunderts dominierten im Verhältnis zu den anderen Nationen des Russischen Reiches in Überlegungen der PPS messianistische Überzeugungen in der Tradition von Adam Mickiewicz. Piłsudski selber sah in einem Brief an den japanischen Außenminister aus dem Jahr 1904 die nationalen Bestrebungen der Litauer, Belorussen und Letten als zu schwach an, um in der Auseinanderset-

¹⁴ Vgl. Roman Wapiński: *Historia Polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku* [Geschichte des polnischen politischen Denkens im 19. und 20. Jahrhundert]. Gdańsk 1997, S. 103 ff., 153 ff.

zung mit Russland eigene Staaten begründen zu können. Zudem berief er sich auf die Beteiligung der Litauer und Belorussen an den polnischen Nationalaufständen des 19. Jahrhunderts und sah sie daher eher der polnischen Frage untergeordnet. Lediglich im Fall der ukrainischen Nationalbewegung wurden anderslautende Ansichten oder Befürchtungen geäußert und deren Bestrebungen als Gefährdung der eigenen Absichten angesehen.¹⁵

Hinsichtlich seines Patriotismus' sind bei Piłsudski auch Differenzen zu den Ansichten Dmowskis festzustellen. Zwar sprach er sich klar für die Verfolgung des Unabhängigkeitsgedankens aus und favorisierte dabei eine „jagiellonische Lösung“, d. h. ein territorial im Osten gelegenes Polen, aber er wandte sich gegen jegliche Form eines chauvinistischen Patriotismus, den er sowohl im Osten, d. h. in Russland, wie auch im Westen erblickte. Anders als Dmowski warb er zwar für den aktiven Kampf, aber er huldigte nicht dem nationalen Interesse, dem Kampf der Völker untereinander – im Gegenteil. In einer Schrift „O patriotyzmie“ („Über den Patriotismus“) aus dem Jahr 1901 wandte er sich gegen den polnischen Chauvinismus im Verhältnis zu den Litauern, die ihm, als Bewohner der Gebiete des ehemaligen Großfürstentums Litauen, persönlich nahe waren.¹⁶

Beide setzten sich also deutlich für ein unabhängiges Polen ein, wobei ein ethnisch weitestgehend homogener Staat bei Dmowski mit einem multiethnischen bei Piłsudski, ein eher geographisch westlich gelagertes Polen mit einem im Osten verankerten Polen konkurrierte. Beide wollten aber ein starkes Polen, mit einer Führungsrolle in der Region und beide hatten ihre Verdienste auf diesem Feld.

2. Nachbarn: Russland und Deutschland

Integraler Bestandteil der Überlegungen über das wieder zu schaffende Polen waren auch Dmowskis und Piłsudskis Vorstellungen über die Nachbarn Polens, hier vor allem Russland und Deutsch-

¹⁵ Vgl. Wapiński: *Historia Polskiej* (wie Anm. 14), S. 98 ff.

¹⁶ Vgl. den Auszug aus dieser Schrift bei Krzysztof Budziło – Jan Pruszyński (Hg.): *Dla dobra Rzeczypospolitej : antologia myśli państwowej* [Für das Wohl der Republik : eine Anthologie politischen Denkens]. Warszawa 1996, S. 250 f.

land, aber auch die anderen Nachbarn im Osten auf dem Gebiet der ehemaligen *Rzeczpospolita*. Die Unterschiede in ihrer beider Bewertungen Russlands sind dabei nicht so gravierend, wie die Zuschreibung von panslawistischen Überzeugungen an die Adresse von Dmowski vermuten ließe. Hinsichtlich des inneren Aufbaus, der Bewertung der Autokratie oder auch später des Bolschewismus' sind sich beide Politiker erstaunlich einig.

Das sozialistische Lager in Polen – egal ob es in der PPS oder der SDKPiL organisiert war – sah schon aus ideologischen Gründen Russland als Hort der Barbarei und Rückständigkeit an. Auch war Vertretern der PPS und hier insbesondere Piłsudski klar, dass die Unabhängigkeit Polens nur gegen Russland gewonnen werden konnte. Dabei setzte er auf den bewaffneten Kampf. Den Charakter Russlands sah er geprägt durch die lange Tatarenherrschaft, die einen Sklavengeist geschaffen habe, eine Demuthaltung gegenüber den Machthabern. Auch sah er keine Chance auf die Umsetzung demokratischer Regierungen in Russland, wengleich er selber davon in der Empirie nicht allzu viel erfahren hatte und sich ja auch später in Polen davon distanzierte. Auch die starke Russifizierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts prägten die Ansichten Piłsudskis über Russland und seine Selbstherrschaft. Die bolschewistische Revolution bestärkte ihn nur in seinen Überzeugungen. Er sah eine Kontinuität des russischen Imperialismus und er charakterisierte den Terror in der Sowjetunion als unwürdig und kaum vorstellbar in einem zivilisierten Land. In der Tradition von Mickiewicz sah er Russland damit auch eher als ein Beispiel für eine asiatische Herrschaft.¹⁷

Roman Dmowski charakterisierte Russland in ähnlich negativen Worten. Auch er bezeichnete Russland 1904 als „asiatische Herrschaft“ und als „asiatische Barbarei“.¹⁸ Anders als Piłsudski setzte er aber auf eine Lösung mit Russland und verwandte sich in der *Duma* für polnische Interessen – oft ohne den richtigen Ton zu treffen, wenn er auch dort der russischen Zivilisation und der russischen Herrschaft asiatische Züge zuschrieb, was eine scharfe Reaktion des

¹⁷ Vgl. die Auszüge in Józef Piłsudski: *Myśli, mowy i rozkazy* [Gedanken, Reden und Befehle]. Hg. von Bohdan Urbankowski. Warszawa 1989, S. 40 ff.

¹⁸ Vgl. Kawalec: Roman Dmowski (wie Anm. 9), S. 76 f.

russischen Ministerpräsidenten Pjotr Stolypin hervorrief, der sagte, er wolle Dmowski zeigen, wo dieses Asien beginne.¹⁹ Seine Bemühungen, einen Ausgleich mit Russland zu suchen, ohne auf eigene polnische Aspirationen zu verzichten, zeigte er erst mit dem Verlauf des Krieges. Allerdings unterstützte er lange eine prorussische Position, trotz seines zivilisatorischen Überlegenheitsgefühls. Die Ankündigung des Großfürsten Nikolaj im August 1914, dass die Polen unter russischer Hand vereint würden und Autonomie genießen sollten, war wohl ein Grund für diese passive Haltung. Allerdings gab es keinerlei Ansätze für eine Umsetzung dieser Politik. Die Realpolitik gegenüber den Polen änderte sich nicht.²⁰

Auch hinsichtlich Deutschlands waren die Differenzen zwischen den Politikern offensichtlich. Während Dmowski Loyalität gegenüber Russland zeigte, kämpfte Piłsudski auf Seiten der Mittelmächte gegen Russland. Sein Interesse war vor allem auf die polnische Frage und auf die Gewinnung der Unabhängigkeit gerichtet. Ihn verband mit Deutschland eine taktische Allianz, die für ihn mit der sich abzeichnenden Niederlage Russlands überflüssig wurde. Nun lag die Niederlage Deutschlands im Interesse Polens, und im großpolnischen Aufstand Ende 1918 und in den schlesischen Aufständen 1919, 1920 und 1921 wurden auch mit Piłsudski als Führer des Staates territoriale Ambitionen im Westen realisiert.²¹

Zur Umsetzung seiner föderalen Staatsideen bedeutender waren für Piłsudski in historiographischer und politischer Hinsicht die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn, also zu Ukrainern, Litauern und Belorussen. Trotz der zwischenzeitlichen Allianz mit Simon Petljura, dem Führer der Ukrainischen Volksrepublik, die im Februar 1917 in den westukrainischen Gebieten entstanden war, gab es gerade mit der ukrainischen Nationalbewegung große territoriale Konflikte, da Piłsudski nicht bereit war, angesichts der in Versailles nicht gelösten Frage der polnischen Ostgrenze, auf Lemberg oder Przemyśl/Peremyschl zu verzichten. In Lemberg kam es zu heftigen

¹⁹ Vgl. Kawalec: Roman Dmowski (wie Anm. 9), S. 107 f.

²⁰ Vgl. Wapiński: Historia Polskiej (wie Anm. 14), S. 146 f.

²¹ Vgl. Waclaw Jędrzejewicz: Józef Piłsudski 1867–1935 : życiorys [Ein Lebenslauf]. Warszawa 2002, S. 48 ff. sowie den Beitrag von Ralph Schattkowsky in diesem Band, S. 47 f., 56–61.

Kämpfen zwischen polnischen und ukrainischen Truppen, die zwar formal der dort am 1. November 1918 gegründeten Westukrainischen Republik unterstanden, aber zugleich den Konflikt mit allen Ukrainern symbolisierten.²²

Besonders seine Föderationspläne lagen Piłsudski am Herzen. Im Ergebnis der militärischen Aktivitäten der polnischen Truppen im Osten kam es zeitweise zur Besetzung nicht nur von Lemberg, sondern auch von Kiew, Minsk und Wilna, alles Gebiete und Städte, die einstmals zur alten *Rzeczpospolita* gehört hatten, wenn sich auch die aktuellen territorialen Forderungen von Piłsudski – bei all ihrer Vagheit – nicht auf Kiew erstreckten. In Aufrufen an die Bevölkerungen der 1918/19 eroberten Gebiete warb er für seine Föderationsvorstellungen. Piłsudski konnte sich dabei auf einen Beschluss des XIV. Parteitages der PPS vom September 1918 stützen, der eine Lösung der komplexen ethnischen und politischen Situation auf dem Gebiet der *Kresy* der ehemaligen *Rzeczpospolita* nur in der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker sah. Eine Föderation sollte in Zukunft zu einer engeren Union der Nationen führen. Zugleich wandte sich die PPS, wie Wapiński unter Bezug auf ein Programmdokument aus dem Jahr 1920 belegt, gegen jegliche „räuberische“, d. h. imperiale Bestrebungen Polens gegenüber den östlichen Nachbarn. Wapiński macht zugleich darauf aufmerksam, dass die Umsetzung des polnischen Selbstbestimmungsrechtes, selbst wenn es sich auf den ethnischen polnischen Kern beschränken würde, zum Konflikt mit Deutschen, Litauern oder Ukrainern führen musste, da die Besiedlung in vielen Gebieten gemischt war. Der weitere Verlauf der Ereignisse bestätigte diese Annahmen ja auch. Zudem, so Wapiński weiter, verblieben immer Polen außerhalb dieses Kerngebietes.²³ Waław Jędrzejewicz, ein weiterer Biograph Piłsudskis, verweist zudem darauf, dass die Föderationsideen von diesem nie präzisiert wurden. Sie sollten sehr vage die Länder von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer umfassen und setzten die Unabhängigkeit der baltischen Staaten und von Finnland voraus. Mit Litauen sah Piłsudski dabei unterschiedliche Formen der Kooperation bzw. des Zusammenschlusses, bei der Ukraine setzte er zwischenzeitlich auf

²² Vgl. Wapinski: *Historia Polskiej* (wie Anm. 14), S. 166 ff.

²³ Vgl. ebd., S. 166 ff.

eine unabhängige Ukrainische Volksrepublik – freilich ohne auf polnische territoriale Forderungen zu verzichten – und belorussischen Vertretern empfahl er die Schaffung eines belorussischen Piemont.²⁴

In den Aufrufen an die jeweiligen Bevölkerungen in Wilna im April 1919, in Minsk und in seinem Hauptquartier gerichtet an die Ukrainer betonte er nochmals das Recht auf nationale Selbstbestimmung. Piłsudski unterstrich, dass die Polen den Litauern, Belorussen und Ukrainern die Freiheit brächten, er versprach den Ukrainern Hilfe beim Aufbau einer unabhängigen Ukraine und sagte zu, dass die polnischen Soldaten dann die Ukraine verlassen würden.²⁵

Es ist heute offensichtlich, dass diese Föderationspläne wenig Aussicht auf Erfolg hatten, da sie erstens die eigenen Nationalbestrebungen der jeweiligen Nationalbewegungen – vielleicht mit Ausnahme der Ukraine – ignorierten, zweitens eine kulturelle Überlegenheit Polens in vielen Formulierungen – z. B. über die schwache nationale Ausprägung der Belorussen – ausdrückten und einen polnischen Führungsanspruch implizierten, drittens wenig präzise waren und schließlich viertens nicht mit einvernehmlichen Lösungen für strittige territoriale Fragen einhergingen. Letzteres war in Bezug auf Wilna bzw. Lemberg aber auch von der jeweils anderen Seite aus gesehen kaum realistisch.

Daher kann es nicht verwundern, dass die strittigen Fragen im Verhältnis zu den Nachbarn größtenteils auf dem Schlachtfeld gelöst wurden – im Westen über die Aufstände in Großpolen und Schlesien sowie über die Abstimmungen in Oberschlesien, Ermland und Masuren, im Osten durch den letztlich siegreichen Krieg gegen die Bolschewiki, der durch den für Polen günstigen Friedensschluss in Riga im März 1921 beendet wurde, durch die Eroberung und Behauptung von Lemberg und durch die Besetzung von Wilna und des Wilnaer Gebietes durch den polnischen General Lucjan Żeligowski, der 1920 diese Militäraktion durchführte und das so entstandene Mittellitauen 1922 mit Polen verband – ganz offensichtlich auf Geheiß von Piłsudski.²⁶ Da auch mit der Tschechoslowakei um Teile Schlesiens, das sogenannte Teschener Schlesien, gestritten wurde, hatte Polen in

²⁴ Vgl. Jędrzejewicz: Józef Piłsudski (wie Anm. 21), S. 68 f.

²⁵ Vgl. Piłsudski: Myśli, mowy i rozkazy (wie Anm. 17), S. 86 ff.

²⁶ Vgl. Jędrzejewicz: Józef Piłsudski (wie Anm. 21), S. 97 f.

der Zwischenkriegszeit mit allen seinen Nachbarstaaten territoriale Konflikte ausgefochten und auch die entstehende Sowjetunion strebte nach Revision der in Riga beschlossenen osteuropäischen territorialen Ordnung.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Unterschiede zwischen Piłsudski und Dmowski offensichtlich sind. Während der eine das gesunde Nationalinteresse und den darwinistischen Kampf der Nationen propagierte und auch Minderheiten nicht aussparte, wie die Geschichte der II. Polnischen Republik zeigen sollte, warb Piłsudski für seine wenn auch vagen Föderationsideen. Zudem ist seine Empathie für diese Nachbarn nicht ganz von der Hand zu weisen, wenn er z. B. in Minsk in belorussisch seine Ansprache hält oder er sich bei ukrainischen Soldaten, mit denen er gemeinsam mit Petljura gegen die Bolschewiki gekämpft hatte, entschuldigt, als er sie 1921 in einem polnischen Lager besucht, in welches sie nach den Bestimmungen des Vertrags von Riga gebracht werden mussten.²⁷

IV. Aktuelle Bedeutungen – ein Ausblick

Spannend ist es vor diesem Hintergrund, noch einmal zur heutigen Rezeption der beiden so bedeutenden politischen Gestalten Polens der ersten Jahrhunderthälfte zurückzukehren. Die Umfragedaten wurden eingangs bereits kurz dargelegt. Es ist vor diesem Hintergrund sehr deutlich geworden, dass es ohne Frage Piłsudski ist, der in der heutigen polnischen Öffentlichkeit positiv assoziiert wird und auch nach wie vor bekannt ist, und nicht Dmowski. Gleichwohl existiert auch für letzteren seit einigen Jahren ein Denkmal im Zentrum Warschaus.

Die Rezeption Piłsudskis fand lange Zeit nur in der Emigration statt. Dort wurde um ihn, den aktiven Kämpfer für Freiheit und Unabhängigkeit, ein regelrechter Kult betrieben, zumal er auch gegen Russland bzw. die Sowjetunion für ein freies Polen eingetreten war – eine Haltung, die nach 1945 natürlich an Aktualität gewann. Piłsudski-Institute in New York und London und auch ehemalige

²⁷ Vgl. Jędrzejewicz: Józef Piłsudski (wie Anm. 21), S. 105.

Regierungsmitglieder zeichneten für diese Verehrung verantwortlich. Dass sich hierbei keine kritische Würdigung seiner Person entwickeln konnte, die z. B. auf die Schwächen seiner Föderationspläne verwies – die in der Forschung natürlich besprochen wurden oder werden – oder eine Kritik seiner Innenpolitik vornahm, liegt auf der Hand. Zahlreiche nach 1989 entstandene Denkmäler, nach ihm benannte Straßen und Plätze, die Pflege seines Gedenkens durch die Gewerkschaft *Solidarność* seit den 1980er Jahren sind zwar nicht mit einem neuen Nationalismus gleichzusetzen, da Piłsudski dafür nicht stand. Aber eine kritische Abwägung unterbleibt und er wird nach wie vor politisch instrumentalisiert, wie Heidi Hein-Kircher in ihrer Studie ausführt.²⁸ Dies wurde in den 1990er Jahren auch in Äußerungen des damaligen Präsidenten Lech Wałęsa deutlich, der sich deutlich am Vorbild Piłsudskis orientierte, etwa als er den Parteilosen Block zur Unterstützung der Reformen gründete (*Bezpartyjny Blok Wspierania Reform*, BBWR), der in der Namensgebung verblüffend an den von Piłsudski initiierten und 1927 gegründeten Parteilosen Block für die Zusammenarbeit mit der Regierung (*Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem*, BBWR) erinnerte.

Die von Hein-Kircher diskutierte Verehrung kommt auch in der Biographie von Jędrzejewicz zum Ausdruck, der bei der Schilderung des Mai-Putsches von 1926 die Schuld daran eher dem rechtmäßigen Präsidenten Stanisław Wojciechowski und dessen Hartnäckigkeit und Entschlossenheit zuschreibt.²⁹ Aber trotz der schwierigen innenpolitischen Lage war das Recht auf Seiten des Präsidenten! Auch Politiker wie der im Jahr 2010 ums Leben gekommene Lech Kaczyński oder Donald Tusk bezeichneten im Präsidentschaftswahlkampf 2005 Piłsudski als Vorbild.³⁰ Insgesamt ist in konservativen Parteien, und hier vor allem der Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*, PiS) eine große ideelle Nähe zu Piłsudski festzustellen, was einhergeht mit einer kritiklosen Aneignung.

²⁸ Vgl. Heidi Hein-Kircher: Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926–1939. Marburg 2001, S. 361 ff.

²⁹ Vgl. Jędrzejewicz: Józef Piłsudski (wie Anm. 21), S. 165.

³⁰ Vgl. dazu Peter Oliver Loew: Zwillinge zwischen Endecja und Sanacja : die neue polnische Rechtsregierung und ihre historischen Wurzeln. in: Osteuropa 11/2005 (Schwerpunkt: Präsidentschaftswahlen in Polen), S. 9–20.

Etwas anders stellt sich die Sache bei Roman Dmowski dar. Hier ist die Akzeptanz vor allem bei der 1990 wiedergegründeten Allpolnischen Jugend (*Młodzież Wszechpolska*) und bei der Partei Liga der polnischen Familien (*Liga Polskich Rodzin*, LPR) auszumachen, die von 2001 bis 2007 im *Sejm* saß, zuletzt sogar zwei Jahre in der von PiS geführten Regierung. In diesem Milieu, dem ein später, mittlerweile verstorbener Mitarbeiter von Dmowski verbunden war, in der Roman Dmowski-Stiftung, in der Zeitschrift (*Nowa*) *Mysł Polska* (Der (neue) polnische Gedanke) und in anderen Publikationen sowie im Internet findet eine breite, wenn auch nicht breitenwirksame kritiklose Verehrung Dmowskis statt, die seinen Nationalismus und Antisemitismus ausspart.

Wie also sollten die beiden historischen Gestalten heute bewertet werden? Michał Szuldrzyński, ein polnischer Philosoph, Publizist und Journalist der jüngeren Generation, schreibt, dass die aktuelle Ostpolitik der Verständigung mit dem Osten auf einen Sieg der Konzeption von Piłsudski hindeute, da dessen Gedanken über ihre Tradierung durch die Emigration – v. a. in der von Jerzy Giedroyc gegründeten Pariser Emigrationszeitschrift *Kultura*, für die der Publizist Juliusz Mieroszewski entsprechende Texte schrieb – zum Eckpunkt der aktuellen polnischen Ostpolitik geworden seien. Allerdings hat der damalige Präsident Lech Kaczyński sich in einem Interview 2008 davon distanziert und betont, sich von aktuellen partnerschaftlichen Überlegungen und nicht von Dominanzansprüchen leiten zu lassen. Szuldrzyński selbst beschreibt Dmowski und Piłsudski als Modernisierer, die die Schwächen des polnischen Staates erkannt hätten, auch wenn ihre Modernisierungsvorstellungen unterschiedlich gewesen seien.³¹

Eine solche Sichtweise verschleiern meines Erachtens aber tatsächlich die Unterschiede und dient keiner kritischen Rezeption. Zwar ist Dmowski nicht der plumpe Nationalist, als der er oft dargestellt wird, wie Krzysztof Kawalec zu Recht betont. Er sprach sich nachdrücklich für den Kontakt mit anderen Kulturen und für fremde Einflüsse aus, da er glaubte, dass Isolation zu einer Stagnation des polnischen Staates führen würde, der in seinen Augen ja mit Rück-

³¹ Michał Szuldrzyński: Czy Polską rządzą dwie trumny? [Wird Polen von zwei Särgen regiert?]. In: *Fronda* 48/2008, S. 24–31.

ständigkeit zu kämpfen hatte.³² Aber der Antisemitismus von Dmowski, sein Nationalismus sind neben seinen unstrittigen Verdiensten für die Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens eben auch Teil seiner Biographie. Ebenso ist Piłsudski nicht ohne seinen Staatsstreich und sein Vorgehen gegen die Opposition zu sehen, wenngleich er kein Diktator vom Range eines Benito Mussolini, geschweige denn anderer Größenordnung war und auch er enorme Verdienste für die Unabhängigkeit hatte. Seine auf den Staat fokussierte politische Konzeption ist allerdings allemal moderner als die auf die Nation als Schicksalsgemeinschaft abstellende Vorstellung von Dmowski. Daher steht er m. E. zu Recht auf dem Sockel beim Łazienki-Park am Königsweg (*Trakt Królewski*) im Herzen Warschaus, und ich verhehle nicht, dass ich mich mit deutschen Studenten dort habe fotografieren lassen. Dmowski hätte mich dazu nicht verleitet.

³² Vgl. Kawalec: Roman Dmowski (wie Anm. 9), S. 82.

Das Problem der polnischen Nation im Ersten Weltkrieg. Politische, militärische und staatsrechtliche Facetten

Von Hendrik Thofß

I. Einführung

In der Erinnerungskultur des Ersten Weltkrieges, die – wie etwa der Vergleich der Bundesrepublik mit Großbritannien zeigt – heute in Europa in höchst unterschiedlichem Maß gepflegt wird, spielt Polen in der Wahrnehmung der großen Akteure, also neben den beiden genannten noch Frankreich und Italien, spielen polnische Belange wenigstens außerhalb Polens kaum eine Rolle, und dies, obwohl doch das Ende dieses Ersten Weltkrieges zugleich auch die 1918 von allen Polen ersehnte Wiedergeburt ihrer Nation darstellte. Dieses Übersehen mag etwa in Großbritannien oder Frankreich aus der Fokussierung auf die eigenen Opfer, Taten und Leistungen vor allem ihrer Staatsmänner und Soldaten herrühren oder vielleicht auch dem Unbehagen über den weiteren Gang eben jener polnischen Geschichte in der ersten Hälfte des zurückliegenden Jahrhunderts geschuldet sein, in dem die Sieger von 1918 ihren Verbündeten 1939 schmähdlich im Stich und es in der Folge zuließen, dass sich einer der Gewinner des zweiten Großen Krieges, Josef Stalin, auch dieses Polen in seinen Einflussbereich einverleiben konnte. Gleichwohl verdient diese Entwicklung aus einer Reihe von Gründen durchaus Aufmerksamkeit. Bekanntlich existierte Polen als einheitliches Staatswesen während des Ersten Weltkrieges nicht und eine solche Gründung stand wenigstens zu Beginn des Krieges ernstlich bei keinem der Akteure auf der Agenda der Kriegsziele.

Aufgrund der außergewöhnlichen Komplexität des Themas mit seinen zahlreichen mehr oder minder stark involvierten Spielern auf diplomatischer Bühne, das den Rahmen der vorliegenden Publikation sprengen würde, werden sich die sich anschließenden Gedanken auf folgende Komplexe beschränken: einen Überblick über den Status der drei polnischen Teilungsgebiete vor Kriegsausbruch (II.), die Entwicklung auf dem polnischen Kriegsschauplatz (III.), Konzeption

und Praxis von Herrschaft und Besatzung in den von den Mittelmächten besetzten kongresspolnischen Territorien (IV.) sowie einen Blick auf das, was man „Genese der polnischen Staatsidee unter den Bedingungen des totalen Krieges“ nennen kann (V.).

II. Die polnischen Teilungsgebiete

Bekanntlich war das polnische Königreich Stanislaus Poniatowskis in den 1760er Jahren mehr und mehr direkten Einflussnahmen der russischen Zarin Katharina II., der Großen, ausgesetzt gewesen, die, ebenso wie Preußen und Österreich, territoriale Ambitionen in Bezug auf den westlichen Nachbarn hegte. Geheime Absprachen der Zarin mit Berlin und Wien führten 1772 zu einer ersten Teilungsvereinbarung. Wohl hatte dieses Vorgehen gegen das wehrlose Polen, das bei dieser Gelegenheit mehr als eines Viertels seines Staatsgebietes und eines Drittels seiner Bevölkerung verlustig gegangen war, den innenpolitischen Reformbedarf, so etwa im Hinblick auf die Einführung einer Erbmonarchie, erheblich verschärft. Da jedoch weite Teile der sogenannten Mai-Verfassung des Jahres 1791 (in der übrigens dem sächsischen Fürstenhaus Wettin die erbliche Königswürde angetragen worden war) auf den Widerstand des Adels stießen, hatten die drei benachbarten Großmächte erneut leichtes Spiel. 1793 und 1795 eigneten sie sich ohne viel Federlesens die übrigen Gebiete an, schlugen 1794 einen gegen die Teilung gerichteten Volksaufstand nieder, dem nun noch zahlreiche folgen sollten, und die Abdankung Poniatowskis zog nur noch formal das Ende des polnischen Staates nach sich.¹

Die Bemühungen Preußen-Deutschlands, Österreichs und Russlands, die politische Haltung der Menschen in den polnischen Teilungsgebieten in ihrem Sinne zu beeinflussen, ähnelten sich in vielen Aspekten; sie wiesen jedoch im Detail durchaus einige Unterschiede auf. Gleich war allen das gemeinsame Interesse, ein Ausgreifen der

¹ Vgl. Tadeusz Cegielski: *Das alte Reich und die erste Teilung Polens 1768–1774*. Stuttgart 1988; Michael G. Müller: *Die Teilungen Polens 1772, 1793, 1795*. München 1984; Jan Kusber: *Vom Projekt zum Mythos : die polnische Maiverfassung 1791*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 52 (2004) H. 8, S. 685–699.

im Zeitalter der Französischen Revolution immer größere Teile Europas erfassenden Nationalbewegung beziehungsweise der Nationalstaatsidee auf die Teilungsgebiete so gut es eben ging einzudämmen. Umso enger sollten hingegen die Bindungen an die neue „Heimat“ werden, etwa durch die Übertragung der Verwaltungs-, Rechts-, oder Bildungsnormen.² Insbesondere in Preußen war der Gegensatz zwischen der wirtschaftlichen Anbindung des „Großherzogtums Posen“ und Westpreußens an das Mutterland und den massiven Eingriffen in die Bildungs- und Sprachenpolitik sowie in die Siedlungspolitik in den 1870er und 1880er Jahren evident. Die polnische Bevölkerung setzte den Vorgaben aus Berlin dabei einen beharrlichen passiven Widerstand entgegen. Bekannt wurden diese Auseinandersetzungen unter den Schlagworten Kulturkampf (Religion und Schule) und Ansiedlungsgesetzgebung.³

Allerdings hatte diese Haltung das deutsch-polnische Verhältnis in Posen keineswegs durchgängig bestimmt, sondern vielmehr erst seit den 1860er Jahren einen zuvor durchaus liberalen, auf eine Aussöhnung ausgerichteten Kurs abgelöst. Im österreichischen Teil Polens, in Galizien, hatte der Einfluss Wiens einen vergleichsweise geringen Niederschlag gefunden und sich damit dem Habsburgs in den anderen nicht-deutschen Reichsteilen der Donaumonarchie angenähert. Direkte Eingriffe wie denjenigen Preußens in Posen und Westpreußen hatte man sich enthalten; in dem wirtschaftlich kaum entwickelten Landesteil bestimmten weniger die Emissäre der Wiener Hofbürokratie als vielmehr, wie schon zuvor, nun jedoch auf der Basis der österreichischen (cisleithanischen) Verfassung von 1867, polnische Aristokraten den Gang der Dinge, die ihre Interessen aktiv auch im Reichsrat und in diversen Wiener Ministerien vertraten.⁴

² Vgl. Jerzy Kozłowski: Die Einführung der preußischen Verwaltung im Großherzogtum Posen 1815–1830 [1999]. In Dariusz Adamczyk – Lothar Nettelmann – Gerhard Voigt (Hg.): *Façetten : Polen allein in Europa? Polnische Selbstbehauptung im Netz internationaler Konflikte und Interessen - Aspekte in Geschichte und Gegenwart*. Hannover 2007, S. 85–95.

³ Vgl. Martin Broszat: *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik* [1963]. Frankfurt am Main 41986; Roland Baier: *Der deutsche Osten als soziale Frage : eine Studie zur preussischen und deutschen Siedlungs- und Polenpolitik in den Ostprovinzen während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik*. Köln - Wien 1980.

⁴ Vgl. Harald Binder: *Galizien in Wien : Parteien, Wahlen, Fraktionen und Abgeordnete*.

Das russisch-polnische Verhältnis war aufgrund einer restriktiven, auf Russifizierung ausgerichteten Politik, die 1830/31 und 1863 Aufstände im russischen Kongresspolen/Weichselland zur Folge hatte, alles andere als entspannt. Insbesondere der Zeitraum zwischen der Niederschlagung des Aufstandes von 1863 und der russischen Revolution des Jahres 1905 war von massiven Eingriffen Petersburgs in das öffentliche Leben geprägt. Seit den 1860er Jahren wurde die polnische Sprache mehr und mehr verdrängt, Verwaltung, Justiz, Bildungswesen und andere Elemente der staatlichen Struktur waren von eingewanderten Russen dominiert. Erst mit der Begründung des russischen Parlamentarismus 1905 gewannen polnische Stimmen an Bedeutung, da seither auch Vertreter nationaler Minderheiten – und dazu zählten die Polen ebenso wie Ukrainer oder Balten – Teil dieses jungen russischen Parlamentarismus geworden waren.⁵

Bis etwa zur Jahrhundertwende wurde der politische Wille Polens in Berlin und Wien insbesondere von herausragenden Vertretern des polnischen Adels getragen. In allen drei Hauptstädten hatten sich die polnischen Abgeordneten weit eher als „Realisten“ denn als „Protestler“ präsentiert, um die Interessen ihrer Landsleute vertreten zu können.⁶ Genutzt hat ihnen das wenig, zu sehr war man vor allem in Berlin und Petersburg auf den Erhalt des *Status quo* bedacht. Daher blieb nur ein zwischen den europäischen Großmächten, zwischen Russen, Deutschen und Österreichern ausgefochtener Krieg als *Ultima Ratio* zur Lösung der polnischen Frage, auch wenn der Preis darin bestünde, dass unter Umständen Polen auf Polen schießen und dass polnisches Land zum Kriegsschauplatz würde.

te im Übergang zur Massenpolitik. Wien 2005; Ralph Schattkowsky – Michael G. Müller (Hg.): Identitätenwandel und nationale Mobilisierung in Regionen ethnischer Diversität : ein regionaler Vergleich zwischen Westpreußen und Galizien am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Marburg 2004.

⁵ Vgl. Pascal Trees: Wahlen im Weichselland : die Nationaldemokraten in Russisch-Polen und die Dumawahlen 1905–1912. Stuttgart 2007; Norman Davies: Im Herzen Europas : Geschichte Polens [2000]. München 2006, S. 158 ff.; Manfred Alexander: Kleine Geschichte Polens [2003]. Stuttgart 2008, S. 235 ff.

⁶ Zu den polnischen Abgeordneten im Deutschen Reichstag vgl. Albert S. Kotowski: Zwischen Staatsräson und Vaterlandsliebe : die polnische Fraktion im Deutschen Reichstag 1871–1918. Düsseldorf 2007.

III. Der polnische Kriegsschauplatz im Ersten Weltkrieg

Tatsächlich spielte sich der Krieg im Osten bis 1916 weitgehend auf polnischem Land ab. Vor allem der südliche Teil der 1.200 km langen, vom Kurischen Haff bis zur Bukowina reichenden Front, der von der 3. bzw. 4. k.u.k. Armee, gestützt auf die Festung Przemysł/Peremyschl verteidigt werden sollte, wurde zum Schauplatz schwerer Kämpfe, die für die völlig überforderten Österreicher im Frühjahr 1915 in einer desaströsen Niederlage endeten. Grob verkürzt lässt sich dieser Krieg im Osten in sechs Phasen einteilen, die ihrerseits jeweils eng gekoppelt sind an das Agieren bzw. Reagieren des deutschen Heeres an der Westfront, das den weitaus größeren Teil der materiellen und personellen Ressourcen Deutschlands band.

Die *erste* Phase vollzog sich im Spätsommer bis Herbst 1914 und war von russischen Offensiven geprägt, die bekanntlich im nördlichen deutschen Frontabschnitt mit den Schlachten von Tannenberg beziehungsweise an den Masurischen Seen abgewehrt wurden, im südlichen österreichischen Sektor jedoch den Verlust hunderttausender Soldaten und weiter Teile Galiziens nach sich zogen. Dem folgte bis zum Frühjahr 1915 als *zweite* Phase eine Pattsituation, die im Mai durch eine *dritte* Phase abgelöst wurde, in der – aufgrund aus dem Westen herangeführter deutscher Verstärkungen, von denen auch die Österreicher profitieren – die Front mehrere hundert Kilometer nach Osten verschoben werden konnte. Mit dieser Verlagerung des strategischen Schwerpunktes auf die Ostfront verband sich für die Mittelmächte die Hoffnung, Russland soweit schwächen zu können, dass es einem Separatfrieden zustimmen, aus der Phalanx der Kriegsgegner ausscheiden und sich das Problem des Zweifrontenkrieges (wenn man die Alpenfront als Südfront ausklammert) damit lösen lassen würde. Die *vierte* Phase, wiederum ein kollektives Atemholen, erstreckte sich bis in das Frühjahr 1916. Die deutsche Front im Osten war durch den Angriff auf Verdun ausgedünnt. Daher war eine Verstärkung der Österreicher nicht möglich, die selbst zur gleichen Zeit durch die italienischen Angriffe in den Alpen im Rahmen der 5. bis 9. Isonzo-Schlacht in Bedrängnis geraten waren, als im Juni 1916 die russische Brussilow-Offensive, die *fünfte* Phase einläutete, die sich als drittes alliiertes Komplement zu den kurz

darauf startenden britischen Angriffen an der Somme verstand und die zur Vernichtung beziehungsweise Gefangennahme der über 200.000 Mann starken 4. k.u.k. Armee führte. Nur mit Mühe gelang eine Stabilisierung der österreichisch-russischen Front, die nun teilweise mehr als hundert Kilometer westlich verschoben worden war. Die *sechste* Phase war von einem letzten russischen Versuch geprägt, die Mittelmächte weiter zu verdrängen. Dieser zog jedoch deutscherseits Vorstöße in das Baltikum nach sich, wobei im September 1917 Riga eingenommen wurde. Kurz darauf setzte die bolschewistische Revolution den Kämpfen ein Ende, die russische Armee löste sich rasch auf und der Waffenstillstand brachte praktisch das Ende des Krieges zwischen Russland und den Mittelmächten mit sich.⁷

IV. Besatzungsherrschaft in Theorie und Praxis

Keine der drei großen Kriegsparteien im Osten hatte zu Kriegsbeginn hinsichtlich der polnischen Frage ein fertiges Konzept in der Schublade. Im sogenannten Polen-Manifest des Höchstkommmandierenden der russischen Streitkräfte, Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch (d. J.) vom 15. August 1914 ist hier von einer „Selbstverwaltung“ des um die zu erobernden preußischen und österreichischen Teilungsgebiete erweiterten russischen Königreichs Kongresspolen die Rede.⁸ In Wien scheiterten Pläne, die dualistische, österreichisch-ungarische Staatskonzeption durch eine Integration des vergrößerten Galizien zu einer trialistischen österreichisch-ungarisch-polnischen Struktur zu erweitern am Widerstand der Ungarn, insbesondere an dem des ungarischen Ministerpräsidenten István Tisza, der eine Verringerung des spezifisch ungarischen Gewichts auf die Wiener Politik befürchtete.⁹

⁷ Die Entwicklungen konnten hier selbstredend nur holzschnittartig und in kürzester Form skizziert werden. Vgl. Gerhard P. Groß (Hg.): Die vergessene Front – der Osten 1914/15 : Ereignis, Wirkung, Nachwirkung. Paderborn u. a. 2006; Gerhard Hirschfeld u. a. (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg [2003]. Paderborn u. a. 2009.

⁸ Walter Recke: Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik. Berlin 1927, S. 205.

⁹ Vgl. Werner Conze: Polnische Nation und Deutsche Politik im Ersten Weltkrieg. Köln – Graz 1958, S. 65 f. Zu Tisza vgl. Ferenc Pölöskei: István Tisza – ein ungarischer

Am wenigsten ausgeprägt waren einschlägige Konzeptionen wohl auf deutscher Seite, wo man sich zu Beginn allenfalls einen territorial auf Kongresspolen beschränkten, völlig abhängigen Satellitenstaat vorstellen mochte. Der für keine der Kriegsparteien besonders verheißungsvolle Kriegsbeginn im Osten ließ vorerst keiner Seite größeren Spielraum, derartige vage Konzeptionen zwecks Präzisierung und Umsetzung näher in Betracht zu ziehen.¹⁰ Immerhin setzte auf russischer Seite in den vorübergehend eroberten österreichischen Gebieten eine rigide Russifizierung ein, die nach den 1915 in rascher Folge eintretenden Niederlagen die später so bekannt gewordene Politik der verbrannten Erde nach sich zog. Eine derartige systematische Zerstörung der gesamten Infrastruktur inklusive der Mitnahme eines Teils der Bevölkerung, so etwa von Wehrfähigen oder von Fachleuten, die ein Element der totalen Kriegführung darstellt, ist nämlich mitnichten eine Erfindung des deutschen Heeres gewesen, wie dies fälschlicherweise und aus durchsichtigen propagandistischen Motiven nach 1918 von den Alliierten, insbesondere von Frankreich behauptet wurde.¹¹

Nachdem am 5. August 1915 deutsche Truppen mit Warschau die Hauptstadt Russisch-Kongresspolens besetzt und in der Folge die Front weit nach Osten, nach Weißrussland und in die Ukraine vorgeschoben hatten, richteten Österreicher und Deutsche sogenannte Generalgouvernements ein, ein kaiserlich-deutsches unter der Führung von General der Infanterie Hans Hartwig von Beseler und ein k.u.k. Militär-Generalgouvernement in Lublin unter Generalmajor Erich Freiherr von Diller. Verwaltungsrechtlich waren diese Gebiete sowohl von der Etappe als auch von der Front abgegrenzt, der Generalgouverneur besaß die höchste gesetzliche, verordnende und vollziehende Gewalt, die auch die hier stationierten Truppen einschloss. Seine zentrale Aufgabe bestand in der Organisation administrativer Strukturen, des öffentlichen Lebens sowie einer Zivilverwaltung. Hier war es bei der Besetzung und der Aufgabenzuweisung auf deutscher Seite zu ernststen Misshelligkeiten zwischen dem Chef der

Staatsmann in Krisenzeiten. Budapest 1994.

¹⁰ Vgl. Bogdan Graf von Hutten-Czapski: 60 Jahre Politik und Gesellschaft. 2 Bde. Berlin 1936, Bd. 2, S. 215 ff.

¹¹ Vgl. Conze: Polnische Nation (wie Anm. 9), S. 83.

Obersten Heeresleitung (OHL) Erich von Falkenhayn und Erich Ludendorff, Paul von Hindenburgs rechter Hand und „heimlicher Diktator“ in den vom „Oberbefehlshaber der gesamten deutschen Streitkräfte in den besetzten Gebieten“ („Ober Ost“, also Hindenburg) verwalteten Territorien des russischen Reiches gekommen. Ludendorff hatte für sich die Weisungsbefugnis über das deutsche Besatzungsgebiet in Kongresspolen eingefordert, war damit allerdings bei Falkenhayn gescheitert. Fortan wirkte Ludendorff, den nun mehr denn je eine tief empfundene Feindschaft mit Falkenhayn verband, beständig auf dessen Absetzung als Chef der OHL hin, die schließlich 1916, nach dem Scheitern von Falkenhayns „Blutpumpen-Strategie“ vor Verdun erfolgte.¹²

Zweifelsohne war Erich Ludendorff ein herausragender Militär, zugleich jedoch ein in kriegswirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen kühl rechnender, willensstarker Kopf. Entschieden trat er für umfangreiche Annexionen in den eroberten östlichen Gebieten und deren bedingungslose, vor allem ökonomische Einbindung in die Maschinerie des totalen Krieges ein. Der von ihm 1915 geschaffene „Militärstaat“, der das heutige Territorium der drei baltischen Republiken sowie Teile Weißrusslands umfasste, wurde rücksichtslos für die deutsche Kriegswirtschaft in Dienst genommen, etwa durch die umfassende Requisition von Vieh, Getreide und Feldfrüchten sowie durch die massenhafte Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften. Die von ihm propagierte Kulturarbeit an und mit der einheimischen Bevölkerung – sie zielte im Wesentlichen auf die Einrichtung von Zeitungen in Landessprachen, eine deutschfreundliche Schul-, Bildungs- und Kulturpolitik sowie die spezifische Förderung der Wissenschaften und Künste ab – sollte tatsächlich zur gezielten Beeinflussung der Menschen und deren Bindung an die deutsche Besatzungsmacht dienen. Fertige Konzepte hinsichtlich politischer beziehungsweise territorialer Neustrukturierungen existierten auch für diese Gebiete nicht. Überdies drohten bei der Einbindung regionaler Interessen, etwa der Litauer, Esten oder Letten, im Hinblick auf

¹² Vgl. Wolfram Pyta: *Hindenburg : Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*. München 2007, S. 172 f.; Manfred Nebelin: *Ludendorff : Diktator im Ersten Weltkrieg*. München 2010, S. 186 ff.

eine mögliche Schaffung eigener Staatswesen, neue Konflikte und Auseinandersetzungen.¹³

Die unter deutscher bzw. österreichischer Militärverwaltung stehenden polnischen Territorien sind von derartigen Auswüchsen ein Stück weit verschont geblieben. Aber natürlich waren auch die Polen betroffen von den wirtschaftlichen Erfordernissen des Krieges, die ländlichen Regionen ebenso wie die Industriereviere, etwa der Eisenerz- und Kohlebergbau im Westen und Südwesten. Als besonders kritisch erwies sich die Demontage von Industrieanlagen – beispielsweise in der von der Textilindustrie geprägten Region Łódź/Lodsch, aber auch andernorts –, die die Stilllegung der Produktion und die Arbeitslosigkeit der Beschäftigten nach sich zog. Da in den beiden Militärgouvernements 1914 nur ein Teil der männlichen Bevölkerung vom russischen Militär rekrutiert worden war, und die Deutschen wie die Österreicher vorerst kein Interesse an diesem „Menschenmaterial“ hatten, lag hier aus kriegswirtschaftlicher Perspektive ein Arbeitskräftereservoir brach, das es im Rahmen des totalen Krieges vor allem aus deutscher Sicht unbedingt zu nutzen galt. Auch dieserhalb erließ Erich Ludendorff am 5. Dezember 1916 als Generalquartiermeister der III. OHL (gemeinsam mit Hindenburg) und *de facto* mächtigster Soldat des Kaiserreiches das sogenannte „Vaterländische Hilfsdienstgesetz“, das unter anderem auch eine Arbeitspflicht für alle arbeitsfähigen deutschen Männer vom 17. bis zum 60. Lebensjahr vorsah.¹⁴ Und was den Deutschen recht war, dies sollte allen anderen, auch den Polen im Generalgouvernement, wohl billig sein. Allerdings erwies sich die Umsetzung dieser Maßnahme hier als Misserfolg, da die Zahl der requirierten Männer insgesamt recht gering blieb und die zum Teil brutale Vorgehensweise der Behörden den Hass auf die Deutschen steigerte. Dazu trug auch die bereits beschriebene Demontagepolitik bei, die bei nicht wenigen Polen den Verdacht nährte, hier würde *en passant* für die deutsche Industrie eine unliebsame polnische Konkurrenz eliminiert.¹⁵

¹³ Conze: Polnische Nation (wie Anm. 9), S. 125 ff.

¹⁴ Gunther Mai: Hilfsdienstgesetz. In: Hirschfeld u. a. (Hg.): Enzyklopädie (wie Anm. 7), S. 553 f.

¹⁵ Wolfgang von Kries: Die wirtschaftliche Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau. In: Preußische Jahrbücher 235 (1934), S. 221 ff.

V. Die Genese der polnischen Staatsidee im Ersten Weltkrieg

Demgegenüber blieb das Wirken polnischer Aktivisten innerhalb der beiden Generalgouvernements relativ beschränkt. In Lemberg/Lwów/Lwiw hatte sich unter der Anleitung des Krakauer Stadtpräsidenten Juliusz Leo am 14. August 1914 das Oberste Nationalkomitee (*Naczelny Komitet Narodowy*) gegründet. Er und seine Mitstreiter, zu denen unter anderen auch der k.u.k. Oberstleutnant Władysław Sikorski als Chef der Militärabteilung dieses Komitees zählte, beabsichtigten, ganz im Sinne der in Rede stehenden Anbindung Russisch-Polens an Galizien zu wirken. Józef Piłsudski, dessen Familie eigentlich aus dem niederen litauischen Adel stammte, hatte zu diesem Zeitpunkt bereits eindeutig für seine Position öffentlichkeitswirksam Stellung bezogen. Als geschworener Gegner Russlands, das ihn aufgrund vermeintlicher terroristischer und separatistischer Umtriebe in die sibirische Verbannung geschickt hatte, und von der Idee getrieben, eine an die Traditionen des polnisch-litauischen Jagiellonenreiches, in den Osten verschobene und nicht-polnische Nationalitäten einschließende Republik Polen zu gründen, hatte er 1908 unter anderem damit begonnen, in Galizien insgeheim eine Freischärlergruppe zu gründen, aus der sich seiner Sicht nach später einmal die Keimzelle eines polnischen Heeres entwickeln sollte.¹⁶ Mit einer Einheit dieser im kriegsrechtlichen Sinne Irregulären und mit dem Auftrag einer fiktiven polnischen Nationalregierung in der Tasche, den er tatsächlich selbst entworfen und verfasst hatte, überschritt Piłsudski am 6. August, also kurz nach Kriegsbeginn die österreichisch-russische Grenze in der Nähe von Kraków/Krakau mit dem Ziel, nach Kielce zu marschieren. Militärisch gesehen machte eine solche Handlung natürlich keinerlei Sinn. Allerdings ist die Symbolkraft dieser Tat nicht hoch genug zu bewerten, da hier erstmals während des Krieges offen der Anspruch auf die Anerkennung Polens als eigenständige Kraft im Kampf gegen

¹⁶ Eine Biographie Piłsudskis in deutscher Sprache liegt nicht vor. Vgl. Peter Heatherington: *Unvanquished : Joseph Piłsudski, Resurrected Poland, and the Struggle for Eastern Europe*. Bozeman, MT 2011; Waclaw Jędrzejewicz: *Piłsudski : a Life for Poland*. New York, NY 1991. Zur „jagellionischen“ Staatsidee vgl. auch den Beitrag von Stefan Garsztecki in diesem Band, S. 18 f., 21 ff.

Russland (und zwar im militärischen wie im politischen Sinne) erhoben wurde.¹⁷

Aufgrund österreichischen Drucks musste Pilsudski seine Truppe wenig später mit zwei polnischen Legionen, die sich jedoch nach den raschen und erfolgreichen russischen Vorstößen auf Galizien kurze Zeit später auflösten, in das österreichisch-ungarische Heer eingliedern. Überdies hielt sich das Interesse des österreichischen Oberkommandos an der Aufstellung ethnisch homogener polnischer Verbände in sehr überschaubaren Grenzen, und dies wohl nicht ohne Grund. Gleiches galt noch weit mehr für das deutsche Heer. Nach der Bereinigung der kritischen Lage an der Ostfront im Verlaufe des Jahres 1915 kam nun auch ein Stück weit Bewegung in die polnische Frage. Im Dezember schlossen sich mehrere Parteien und Gruppierungen unter der inoffiziellen Führung Pilsudskis, der zeitgleich intensiv am Aufbau einer neuen illegalen Militärorganisation arbeitete, zum Zentralen Nationalkomitee (*Centralny Komitet Narodowy*) zusammen. Nachdem dieses Komitee am 22. Februar 1916 in der sogenannten „Erklärung der Hundert“ einen unabhängigen polnischen Staat gefordert hatte, sahen sich die beiden Militärgouverneure dazu veranlasst, sich mit den Ansprüchen der polnischen Aktivisten auseinanderzusetzen.¹⁸

Immerhin hatte man sich in Berlin dazu durchringen können, einige kleine Schritte auf die Polen zuzugehen, etwa indem man im Mai 1916 Feierlichkeiten aus Anlass des 125. Jahrestages der ersten polnischen Verfassung am 3. Mai 1791 zuließ, nicht zuletzt deswegen, weil diese einst im Widerstand gegen Russland zustande gekommen war. Durch die militärische Lage an der West- beziehungsweise der Alpenfront, also vor Verdun, am Isonzo und an der Somme, sowie durch den Beginn der Brussilow-Offensive im Juni 1916 verschoben sich die Gewichte jedoch mit einem Mal dramatisch zu Ungunsten der Mittelmächte; insbesondere die riesigen personellen Verluste mussten dringend ausgeglichen werden. In dieser verzweifelten Lage fiel sowohl bei den Österreichern, also bei Franz Freiherr Conrad von Hötzendorf, als auch bei der neu ernannten

¹⁷ Vgl. Hans Hecker: Polen. In: Hirschfeld u. a. (Hg.): Enzyklopädie (wie Anm. 7), S. 778.

¹⁸ Vgl. Alexander: Kleine Geschichte Polens (wie Anm. 5), S. 260 ff.

III. OHL (Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff) der Blick auf die „polnischen Reserven“, die man nun mehr denn je auszuschöpfen gezwungen schien. Insbesondere aus diesem Grund proklamierten der deutsche und der österreichische Militärgouverneur am 5. November das „Königreich Polen“ mit einer konstitutionellen Verfassung und einer Erbmonarchie, jedoch vorerst ohne fixe Grenzen und ohne irgendwelche staatliche beziehungsweise Verwaltungsstrukturen.¹⁹

Zugleich verkündete Wien die vollständige Autonomie Galiziens, das vorerst nicht Teil dieses neuen polnischen Staates werden sollte. Mit diesem Schritt löste Wien nicht allein eine Verstimmung bei den deutschen Bundesgenossen aus, sondern stieß auch die Mehrheit der Polen vor den Kopf. Völlig zu Recht stellten daher polnische Politiker in einer parteiübergreifend formulierten Deklaration fest, „dass durch diesen Akt zwei der Teilungsmächte die Notwendigkeit erkannt hätten, dass der polnische Staat wiederhergestellt werden müsse, jedoch nur auf dem Gebiet der dritten Teilungsmacht. Jedoch sei die Gründung eines polnischen Staates und die Festlegung seiner Grenzen Sache einer internationalen Konferenz und einer polnischen Nationalversammlung“²⁰.

Möglicherweise hätte ein solch freies Wort noch einige Zeit vorher für seinen Urheber ernste Restriktionen nach sich gezogen. Unter den besonderen Bedingungen des Herbstes 1916 begannen jedoch scheinbar für ewig festgefahrene Strukturen aufzubrechen, zumal man in Russland in dieser Beziehung keineswegs untätig blieb. Dort hatte zunächst der Führer der rechtsgerichteten Nationaldemokratischen Partei (*Stronnictwo Narodowo-Demokratyczne*) und antideutsch gesonnene Dumaabgeordnete Roman Dmowski für seine Idee eines demokratischen polnischen Staatswesens geworben, das mit einem liberalen und demokratischen Russland eng verbunden sein und große Teile Ostdeutschlands in seinem Territorium vereinigen sollte. Seit 1915 versuchte er auf Reisen durch Westeuropa gezielt bei den Alliierten, den US-Amerikanern, aber auch bei den Neutralen das Interesse für polnische Belange zu wecken.²¹

¹⁹ Vgl. Hecker: Polen (wie Anm. 16).

²⁰ Zit. nach Conze: Polnische Nation (wie Anm. 9), S. 229.

²¹ Auch über Dmowski liegt keine deutschsprachige Biographie vor. Vgl. Alvin Mar-

Zunächst einmal erhob man in Petersburg/Petrograd Protest gegen die aus russischer Sicht völkerrechtswidrige Note der Mittelmächte, betonte die unveränderte Zugehörigkeit der von Deutschen und Österreichern besetzten Gebiete zu Russland und wies auf die Gültigkeit des russischen Autonomieversprechens von August 1914 hin. Hier fand der russische Außenminister Sergej D. Sazonov urplötzlich auch im Kriegsministerium Kooperationspartner, die bislang sämtlichen Ideen zur Änderung des *Status quo* in der Polenfrage kritisch gegenübergestanden hatten. Zweifellos herrschte hier die Furcht vor einer polnischen *levée en masse* auf Seiten der Feinde vor, die das Kräftegleichgewicht zu Ungunsten Russlands verschieben konnte. Allerdings befand sich Petersburg in dieser Beziehung in einem Dilemma. Denn ähnlich wie die Kriegsgegner war man auch hier nicht bereit, auf Forderungen nach einem souveränen polnischen Nationalstaat einzugehen, gleich welche Grenzen er letztlich haben mochte.

In Warschau hatte sich nach Verhandlungen zwischen dem deutschen Militärgouverneur und dem Nationalrat im Januar 1917 ein provisorischer Staatsrat konstituiert, dem unter anderen Josef Pilsudski angehörte und auf dessen Agenda auch die Aufstellung geschlossener polnischer Kontingente in Korpsstärke stand. Dann überschlugen sich die Ereignisse: Zunächst schien die russische Februarevolution auch für Polen völlig neue Optionen zu eröffnen, zumal sowohl der Petersburger *Sowjet* als auch die Provisorische Regierung noch im März 1917 den Polen einen unabhängigen Staat anboten, auch wenn sich das russische Territorium Polens in Händen der Mittelmächte befand. Kurz darauf, im April 1917, traten die USA in den Weltkrieg ein und verschoben damit das Kräftegleichgewicht noch stärker auf die Seite der *Entente*. Für diesen Schritt dürften zahlreiche Gründe verantwortlich gewesen sein, mehr jedenfalls als nur die deutsche Seekriegführung im Atlantik. Neben der hochprofessionell geführten französischen Propaganda in den USA, die vor zahllosen Lügen und Gräuelmärchen über die „Boches“ zu keinem Zeitpunkt zurückschreckte, hatte auch das Agieren

cus Fountain: Roman Dmowski : Party, Tactics, Ideology 1895–1907. Boulder, CO 1980. Zur „piastischen“ Staatsidee vgl. ebenfalls den Beitrag von Stefan Garsztecki in diesem Band, S. 15–18, 20 f.

Dmowskis und der sogenannten Auslandsaktion ein Stück weit dazu beigetragen, dass man in diesen Krieg eintrat und zugleich die Wiederherstellung der staatlichen Existenz Polens als Kriegsziel formulierte, etwa US-Präsident Woodrow Wilson in seinen berühmten 14 Punkten vom 8. Januar 1918.²² Diese offensive Haltung in Bezug auf Polen konnte der Westen getrost einnehmen, da mit der Februarrevolution und mehr noch nach der Oktoberrevolution der Bolschewiki jeder Kooperationsgrundlage mit Russland der Boden entzogen schien und man sich nach einem neuen Verbündeten im Osten umsehen musste.

Zwischenzeitlich hatte Pilsudski aufgrund dieser Entwicklungen den Staatsrat verlassen und überdies die Soldaten des polnischen Hilfskorps dazu ermuntert, den geforderten Eid auf Kaiser Wilhelm II. zu verweigern. Auf deutscher Seite reagierte man prompt. Während Pilsudski dieses Agieren mit seiner Inhaftierung in der Festung Magdeburg bezahlte, wurden die polnischen Einheiten wieder aufgelöst. Am 12. September 1917 einigten sich Deutschland und Österreich auf die Einsetzung eines Regentschaftsrates, der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung eigenständig leiten sollte. Damit war aus Berliner und Wiener Perspektive der Weg des Königreichs Polen in Richtung einer nationalen Regierung und Autonomie beschritten. Angesichts des harten Vorgehens der russischen Bolschewiki gegen alle Besitzenden, nicht zuletzt in der polnischen Bevölkerungsgruppe Westrusslands, aber auch aufgrund ganz allgemeiner Befürchtungen, die sich mit den Revolutionären verbanden, hätte die deutsche Führung nun die Gelegenheit gehabt, im Sinne polnischer Interessen einzugreifen und sich damit bei der Bevölkerung Polens in ein günstiges Licht zu setzen. Auf Einwirken Ludendorffs wurde diese Möglichkeit jedoch verspielt und durch die zielgerichtete Unterstützung Litauens und der Ukrainer, aber auch durch die gezielte Nicht-Berücksichtigung polnischer Vertreter bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk die Position der am

²² Wilson forderte im Punkt 13 einen unabhängigen polnischen Staat mit einem sicheren Zugang zur Ostsee. Bereits am 22. Januar 1917, also noch vor der russischen Revolution, hatte er sich in einer Rede mit derselben Stoßrichtung erstmalig zur polnischen Frage geäußert. Vgl. Broszat: *Zweihundert Jahre* (wie Anm. 3), S. 193.

4. April 1918 in Warschau gebildeten Regierung unter Jan Steczkowski zusätzlich erschwert.²³

Daher schien es nur schlüssig, dass im Oktober 1918 – angesichts der sich abzeichnenden Niederlage der Mittelmächte – der Regentenschaftsrat einen Aufruf zur Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates erließ. Hieraus resultierte jedoch nicht zuletzt auch ein Grenzproblem, das den aus der Haft entlassenen Piłsudski zur Zusammenarbeit mit seinem Gegenspieler Dmowski zwang, dem es gelungen war, als Leiter der polnischen Delegation bei den Pariser Friedensverhandlungen maßgeblich die Grenzziehung zu Deutschland zu beeinflussen. Wohl war damit die II. Polnische Republik aus der Taufe gehoben – auf sicheren Beinen stand sie jedoch, wie die Auseinandersetzungen mit Russland zeigen sollten, trotz französischer Unterstützung noch lange nicht.²⁴

VI. Zusammenfassung

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts existierte die polnische Nation als politische Idee unter Polen, die als Bürger dreier bedeutender europäischer Mächte kaum auf eine Realisierung ihrer Vision vom Nationalstaat hoffen konnten. Allenfalls ein großer Krieg zwischen den Teilungsmächten konnte diese Struktur aufbrechen, der jedoch auch den Polen große Opfer abverlangen musste, überdies in seinem Ausgang völlig offen war. Immerhin war in den Jahren und Jahrzehnten der Teilung deutlich geworden, dass weder – wie in Russland – offener Widerstand noch konstruktives Mitwirken an der politischen Willensbildung – wie in Österreich-Ungarn und Deutschland – an dem bestehenden Dilemma etwas würden ändern können. Wie vorausgesehen wurden die polnischen Gebiete denn auch die ersten Opfer des Krieges, teilweise mehrfach von der Front überrollt,

²³ Zu den Vorstellungen Ludendorffs zur staatlichen Struktur Nachkriegseuropas vgl. Nebelin: Ludendorff (wie Anm. 12), S. 381 ff.

²⁴ Das Agieren Dmowskis und der polnischen Delegation in Paris beschreiben Broszat: Zweihundert Jahre (wie Anm. 3), S. 204 f.; Hans Hecker: Zweimal Polen : in Versailles und heute – Erwartungen und Ergebnisse. In: Gerd Krumeich (Hg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001, S. 333–341.

gleichwohl lange nicht in dem Maße durch Tausende Tonnen Sprengmittel atomisiert, wie es zeitgleich zahlreichen Landstrichen Nordostfrankreichs und Belgiens widerfuhr. Unter deutscher bzw. österreichischer Besatzungsherrschaft und auf der Basis von Kooperation und begrenzten eigenen Handelsspielräumen eines an der Mitarbeit interessierten allerdings kleineren Teils des polnischen Parteienspektrums ergaben sich nach und nach größere Perspektiven, und zwar in dem Maße, in dem der Krieg sich hinzog, Ressourcen verschlang und der „Marktwert“ der Polen stieg. Ein dem Osten vergleichbares Besatzungs- und Ausplünderungsregime war für das eroberte Kongresspolen trotz zweifellos vorhandener Begehrlichkeiten insbesondere des deutschen Militärs bis 1916 nicht realisierbar, danach aufgrund der globalen politischen Entwicklung, vor allem durch den Kriegseintritt der USA sowie die Revolution und das Ausscheiden Russlands unmöglich. Durch das Agieren Dmowskis und Pilsudskis im Westen und in Polen selbst, die politisch wenig mehr als die Idee der nationalen Eigenständigkeit Polens miteinander verband, fanden polnische Interessen im Kriegsverlauf zunehmend Berücksichtigung, wenngleich wohl keiner der großen Spieler auf dem Parkett der Weltdiplomatie außer dem naivgutmenschlichen Wilson (und vielleicht nicht einmal der) polnische Interessen reinen Herzens, ohne eigensüchtige Hintergedanken, aus dem Verständnis des hier so oft postulierten „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ vertrat. Ob sich auf dieser Basis ein neuer stabiler polnischer Nationalstaat würde bauen lassen, blieb abzuwarten.

Ende und Neuanfang 1918/19

Von Ralph Schattkowsky

Durch den Zusammenbruch der drei Teilungsmächte Deutschland, Russland und Österreich-Ungarn im Zuge des Ersten Weltkrieges war die „polnische Frage“ aus dem eng gezogenen Rahmen ihrer Behandlung als innere Angelegenheit der osteuropäischen Dominanten herausgetreten und gravierender Bestandteil der für eine ganze Reihe ostmitteleuropäischer Völker mit Nachdruck und unter neuen Vorzeichen gestellten nationalen Frage geworden, die nunmehr wesentlich mit in das Entscheidungsfeld der Siegermächte fiel. Die über die Teilungszeit hinüber erhaltene und gepflegte nationale Integrität der Polen war wesentliche Grundlage für die während des Krieges immer deutlicher formulierten und durch die Exponenten einflussreicher politischer Strömungen der polnischen Gesellschaft an die Siegermächte herangetragenen Forderungen nach nationalstaatlicher Existenz Polens in gesicherten Grenzen. Alle während des Krieges von den Teilungsmächten erwogenen Projekte einer polnischen Eigenstaatlichkeit waren kriegsstrategischen Überlegungen unterworfen und deshalb unbefriedigend.¹

Mit dem Punkt 13 des zur Grundlage der Herstellung eines Friedens in Europa bestimmten 14-Punkteprogramms des Präsidenten der USA Woodrow Wilson war Polen eine bevorzugte Stellung mit dem ausdrücklichen Recht auf einen eigenen Staat innerhalb der zur Staatenbildung drängenden Länder Ostmitteleuropas, der sogenannten Nachfolgestaaten, zuerkannt und damit eine Priorität der Lösung der polnischen Frage eingeräumt worden. Die jedoch nur vage Beschreibung seiner territorialen Gestalt mit einem Zugang zum Meer und auf überwiegend von Polen bewohnten Gebieten war praktisch wenig hilfreich – zumal wenn man die ausgeprägte ethnische Mischlage und die tendenziell ungefestigten Grenzen in Rechnung stellt, die eine nationalstaatliche Formierung, die den Focus der Siegermächte ausmachte, nie erfahren hatten. Zudem war die Bestim-

¹ Jörg K. Hoensch: Geschichte Polens. Stuttgart 1983, S. 236 ff. Vgl. auch den Beitrag von Hendrik Thoß in diesem Band, S. 39–42.

mungshoheit der Siegermächte über die territoriale Gestaltung nicht nur Polens, sondern im eigentlichen aller Nachfolgestaaten beeinflusst von prinzipiell und konjunkturell unterschiedlichen Auffassungen über die machtpolitische Gestaltung der europäischen Nachkriegsordnung, vor allem hinsichtlich der Rolle Deutschlands und der Positionierung Frankreichs und Großbritanniens, was sich auf die zukünftige territoriale Potenz und Integrität der neuen Staaten auswirkte.

Nicht weniger waren es jedoch auch, wie auch immer motiviert, unterschiedliche Ansichten maßgeblicher politischer Kreise in Polen, die nicht nur eine Konsensbildung innerhalb der Westmächte erschwerten, sondern auch zu widersprüchlichem Verhalten in der territorialen Selbstbestimmung führten. Das Lager um Józef Piłsudski vertrat eine föderale, nach Osten orientierte Staatsauffassung, die sich an dem historischen Vorbild des polnisch-litauischen Reiches orientierte und als „jagiellonische Konzeption“ bezeichnet wurde. Dem gegenüber stand die durch die Nationaldemokraten vertretene, nationalstaatlich westlich ausgerichtete, nach dem Reich der Piasten benannte Vorstellung.² Beide setzten gewisse territoriale Schwerpunkte, was freilich nicht bedeutete, dass sie bereit waren dafür auf andere für Polen eingeforderte Gebiete zu verzichten. Das war praktisch politisch auch gar nicht möglich, weil ein solches Verhalten als Verrat am polnischen Staat gedeutet worden wäre und die Realisierung eines konsensfähigen Staatsterritoriums von entscheidender Bedeutung für das politische Gewicht im neuen Polen war.

Zweifellos wurden die Grenzen des polnischen Staates in Warschau und Paris gemacht. Das Chaos jedoch, dass in Ostmitteleuropa infolge von Krieg und Revolution herrschte, diktierte auch ein unmittlbares praktisch-politisches Handeln, und so war die territoriale Gestaltung Polens wesentlich davon abhängig, welche Gebiete von polnischen Truppen besetzt wurden. Das lässt sich nicht mit vordergründigem aggressiven Handeln erklären, sondern ist Produkt der

² Piotr S. Wandycz: Poland's Place in Europe in the Concepts of Piłsudski and Dmowski. In: East European Politics and Society 4 (1990), S. 451–468; Norman Davies: Im Herzen Europas : Geschichte Polens. Aus dem Engl. von Friedrich Griese. München 2000, S. 291–295. Vgl. dazu auch den Beitrag von Stefan Garsztecki in diesem Band, S. 15–24.

Gewissheit über die Relativität historischen Anspruchs und gegebener ethnischer Verhältnisse, die auch Nachbarstaaten Ansprüche formulieren ließen und somit die Kraft des Faktischen zu einem wichtigen Element machte mit einer großen Vorannahme der späteren internationalen Akzeptanz. Als der gesetzgebende *Sejm* in Warschau seine Arbeit begann, wurde an den östlichen und westlichen Flanken des neu gegründeten Polen der Kampf um die staatliche Zugehörigkeit dieser Gebiete geführt.

Die polnische nationale Bewegung schuf am 11. November 1918 den Obersten Polnischen Volksrat (*Naczelna Rada Ludowa*) von Posen/Poznań und Anfang Dezember wurde ein Teilgebiets-*Sejm* gewählt³, womit der polnische Staat praktisch diese Provinz schon wie sein Territorium behandelte und als Regierungsbehörde ein „Kommissariat“ einsetzte. In Posen trafen polnische und deutsche nationale Ansprüche am schärfsten und direktesten aufeinander. So war die Situation hier äußerst brisant und stark emotional geladen. Obwohl der Oberste Volksrat in Posen den Reichskanzler in einem Schreiben vom 18. November 1918 von der Schaffung dieser Institution in Kenntnis setzte und ihm versicherte, dass es eine Aufgabe des polnischen Volksrates sei, zusammen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in Posen für Ruhe und Ordnung zu sorgen und auf jegliche Anwendung von Gewalt zu verzichten, kam der artikulierte Verständigungswille durch das Übergewicht nationalistischer Positionen auf beiden Seiten kaum zum Tragen. Um das Pulverfass Posen zur Explosion zu bringen, bedurfte es nur noch eines Anlasses. Der war durch den Besuch des prominenten polnischen Politikers und späteren Ministerpräsidenten Ignacy Paderewski und das Einschreiten deutscher Polizei gegenüber polnischen Demonstranten gegeben. Am 27. Dezember brach der sogenannte Großpolnische Aufstand aus.⁴ Er beeinflusste nicht nur die deutsch-polnischen Beziehungen und war ein erster Kristallisationspunkt der polnischen Forderungen an Deutschland, sondern wirkte sich auch direkt auf innere Prozesse

³ Zbigniew Dworecki: *Polskie Rady Ludowe w Wielkopolsce 1918–1920* [Die Polnischen Volksräte in Großpolen 1918–1920]. Poznań 1962, S. 122 f.

⁴ *Powstanie Wielkopolskie 1918/19* [Der Großpolnische Aufstand 1918/19]. Poznań 1968; Stanisław Kubiak: *Niemcy a Wielkopolska 1918–1919* [Deutschland und Großpolen 1918–1919]. Poznań 1969.

in Polen und Deutschland aus. Die polnische regionale Militärorganisation POW (*Polska Organizacja Wojskowa*) besetzte einen Großteil der Provinz Posen und hatte mit Unterstützung Warschaus damit einen ersten Schritt zur Realisierung der polnischen Gebietsforderungen noch vor der Friedenskonferenz und ohne Beteiligung der Alliierten getan. Politik und Öffentlichkeit in Polen betrachteten die gewaltsame Aneignung beanspruchter Gebiete als Ausdruck des Willens zur Konsolidierung des polnischen Staatswesens und als einen wichtigen Faktor der territorialen Gestaltung Polens.⁵ Obwohl Posen jene Region war, zu der in Deutschland eine gewisse Bereitschaft bestand, sie zumindest teilweise abzutreten, war die Empörung groß und in deutschen Regierungskreisen wurde ernsthaft erwogen, Polen den Krieg zu erklären.⁶ Alle Weichen zu einem gewaltsamen Vorgehen wurden gestellt und es setzte sich die Auffassung jener durch, die, wie der deutsche General Wilhelm Groener es formulierte, „bei einem Verlust Posens den deutsch-polnischen Gegensatz als verewigt“ ansahen.⁷

Am 16. Februar 1919 griff der französische Marschall Ferdinand Foch in die Kämpfe ein und unterstellte das von polnischen Einheiten besetzte Gebiet der Kontrolle des polnischen Nationalkomitees mit dem Hinweis, dass erst der Friedensvertrag endgültig über die staatliche Zugehörigkeit entscheiden werde. Gleichzeitig kam es im Südosten zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Tschecho-

⁵ Antoni Czubiński: *Polska odrodzona : społeczne i polityczne aspekty rozwoju odrodzonego państwa polskiego* [Polen wiedergeboren : soziale und politische Aspekte der Entwicklung des wiedergeborenen polnischen Staates]. Poznań 1982, S. 74; Henryk Zielinski: *Rola powstania wielkopolskiego i powstań śląskich w walce o zjednoczenie ziem zachodnich z Polską (1918–1921)* [Die Rolle des Großpolnischen Aufstands und der Schlesischen Aufstände im Kampf um die Wiedervereinigung des westlichen polnischen Gebiete (1918–1921)]. In: *Droga przez półwiecze : o Polsce lat 1918–1968* [Der Weg durch ein halbes Jahrhundert : über Polen in den Jahren 1918–1968]. Warszawa 1969, S. 79 ff.

⁶ Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 6: *Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19*. Teil II. Bearb. von Susanne Miller unter Mitw. von Heinrich Potthoff. Eingel. von Erich Matthias. Düsseldorf 1970, Dokument 75, S. 53; Emil Barth: *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*. Berlin 1919, S. 111.

⁷ Dorothea Groener-Geyer: *General Groener : Soldat und Staatsmann*. Frankfurt am Main 1955, S. 135.

slowakischen Republik um den ehemals zum Habsburgerreich gehörenden Teil Schlesiens, am 23. Januar hatten tschechoslowakische Truppen den Anspruch auf das Teschener Gebiet geltend gemacht. Bei schweren Kämpfen wurden die polnischen Kräfte bis zur Weichsellinie zurückgedrängt und eine Waffenruhe vereinbart. Schließlich kam es in Paris am 3. Februar zur Paraphierung einer Vereinbarung zur Durchführung eines Plebiszits.⁸

Zum Hauptkriegsschauplatz entwickelte sich jedoch der Osten, wo die meisten Truppen gebunden wurden und die Kämpfe den Dimensionen der Kriegshandlungen vergangener Jahre gleichkamen. Hier überlagerten sich die Ebenen nationaler und revolutionärer Bestrebungen mit jenen historischer und ethnischer Ansprüche ehemaliger Herrschaftsstaaten. Nicht nur in Litauen trafen einheimische nationale Kräfte, deren Ziel die Errichtung eines eigenen Staates war, auf revolutionäre Bewegungen, die auf eine Räterepublik hinarbeiteten. Sie wurden durch Truppen der Roten Armee unterstützt, die am 5. Januar 1919 Wilna/Vilnius nahmen und die im Oktober 1918 mit deutscher Hilfe entstandene Litauische Republik stürzten. Diesen Gruppierungen standen wiederum polnische Truppen gegenüber, die die territoriale Konstruktion der alten *Rzeczpospolita* wiederherstellen wollten und am 19. April Wilna erneut nahmen. Ähnlich war es fast zeitgleich auf weißrussischem Territorium, wo es im März 1918 zur Gründung einer Weißruthenischen Volksrepublik (*Belaruskaja Narodnaja Respublika*) kam, die mit Unterstützung der Roten Armee gestürzt wurde, die wiederum am 1. Januar 1919 die Belarussische Sozialistische Räterepublik in Minsk verkündete, was wenige Tage später auch in Wilna geschah. Bei den sich anschließenden Kämpfen mit Polen, die durch Vereinbarungen mit den deutschen zurückkehrenden Truppen erleichtert wurden, trafen polnische Soldaten in der Roten Armee erstmals auf jene der regulären polnischen Armee. Fast noch verworrener war die Lage in der Ukraine, wo Polen mit wechselnden Bündnissen arbeitete⁹ und sich

⁸ Marek K. Kamiński – Michał J. Zacharias: *Polityka Zagraniczna Rzeczypospolitej Polskiej 1918-1939* [Die Außenpolitik der Republik Polen 1918-1939]. Warszawa 1998, S. 24 ff.

⁹ *Polska i Ukraina : Sojusz 1920 roku i jego następstwa*. Pod red. Zbigniew Karpus [Polen und die Ukraine : die Allianz von 1920 und ihre Folgen. Bearb. von Zbigniew

verschiedene staatliche Projekte wie die Westukrainische Volksrepublik (ZUNR) oder die Ukrainische Republik (UNR) zu etablieren suchten, gleichzeitig aber auch die Rote Armee mit Macht eine Bolschewisierung versuchte und Polen energisch die Wiederherstellung der östlichen Dimension der *Rzeczpospolita* betrieb. Den ganzen Dezember und Januar dauerte bereits der Kampf mit den Ukrainern um Lemberg/Lwów/Lwiw und Ostgalizien, bis die polnischen Truppen die Initiative übernahmen und die ukrainischen Verbände weit nach Wolhynien hinein zurückdrängten. Die polnischen Truppen waren inzwischen durch Rekrutierungen, die aus Frankreich angerückte Armee Józef Hallers und Einheiten des Generals Lucjan Żeligowski auf fast 600.000 Mann angewachsen und es gelang im Juni, ganz Ostgalizien bis hinter den Zbrucz/Sbrutsch unter polnische Kontrolle zu bringen. Dieses Vorgehen traf zwar auf starke Kritik Großbritanniens, weil es durch die Zurückdrängung der ukrainischen Nationalbewegung die bolschewistischen Truppen gestärkt sah, doch letztlich erklärte sich die *Entente* mit dem polnischen Vorgehen einverstanden, weil sie darin die beste Sicherung einer Vereinigung der Roten Armee mit Verbänden der Ungarischen Räterepublik sah.¹⁰

Die militärischen Auseinandersetzungen um die territoriale Gestaltung der zu schaffenden Staaten veranlasste die seit Januar 1919 in Paris tagende Friedenskonferenz nicht nur über die Grenzfestlegungen in Ostmitteleuropa zu debattieren, sondern direkt in ihre praktische Umsetzung einzugreifen, wobei ihr Handeln oftmals mehr Reaktion auf bereits hergestellte Konstellationen als aktives Gestalten der Grenzverläufe war. Polen wurde auf der Friedenskonferenz von einer Delegation vertreten, der Paderewski als Premierminister und Roman Dmowski als Führer des Polnischen Nationalkomitees angehörten.¹¹ Hauptgegenstand der Friedenskonferenz war der Abschluss eines Friedensvertrages mit dem Kriegsverlierer Deutschland; zu den dringendsten Problemen gehörte somit die

Karpus]. Toruń 1997.

¹⁰ Wojciech Roszkowski: *Najnowsza Historia Polski, tom I: 1914–1945* [Die neueste polnische Geschichte, Bd. 1: 1914–1945]. Warszawa 2003, S. 64 ff.

¹¹ *Sprawy polskie na konferencji pokojowej w Paryżu* [Die polnischen Angelegenheiten auf der Friedenskonferenz in Paris]. Warszawa 1965; Kay Lundgreen-Nielsen: *The Polish Problem at the Paris Peace Conference*. Odense 1979.

Festlegung einer deutsch-polnischen Grenze. Die Sache der polnischen Westgrenze überließ Piłsudski in den Verhandlungen den Nationaldemokraten und Paderewski.¹² Sie hatten hierzu ein grundsätzliches Programm vorgelegt, das in der Denkschrift Dmowskis, die er am 8. Oktober 1918 dem amerikanischen Präsidenten übergab und im Aufruf der polnischen politischen Organisationen, Parteien und Wahlkomitees vom 12. Oktober 1918 formuliert worden war. Es beanspruchte Posen, Westpreußen, Ober- und Mittelschlesien und Teile von Ostpreußen.¹³ Das Projekt der polnischen Delegation umfasste für den polnischen Staat ein Territorium von 447.000 Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von 33,5 Millionen Menschen, wobei im Westen auch Teile einbezogen wurden, die vor 1772 nicht zum polnischen Staat gehört hatten. Die Schwierigkeit für die polnische Delegation bestand nun darin, dass vor allem hinsichtlich der Westgrenze vorgebrachte ethnische Argumente, die ja auch durch den Punkt 13 gestützt waren, im Widerspruch standen zum Inkorporationsprogramm im Osten. Das Verhalten Polens stieß dann auch auf Kritik und erregte den Unwillen des britischen Premiers Lloyd George, der nicht nur gegen eine maximale Schwächung Deutschlands war, sondern auch eine Vorherrschaft Frankreichs auf dem Kontinent mit Polen als starkem Partner im Osten verhindern wollte. Nicht ohne sarkastische Geringschätzung Polens und der Nachbarstaaten sprach er dann auch von den „kleinen Raubstaaten“¹⁴.

Der Oberste Rat der Friedenskonferenz ernannte eine Kommission für polnische Angelegenheiten unter der Leitung von Jules Cambon. Am 7. Mai wurde Deutschland ein Vertragsprojekt übergeben, das Polen Oberschlesien, Großpolen, das Danziger Pommern ohne Danzig/Gdańsk selbst sowie Teile des Ermlandes und der Masuren zusprach. Dagegen brach in Deutschland ein Proteststurm los, den

¹² Historia Dyplomacji Polskiej, tom IV: 1918–1939. Pod red. Piotra Łossowskiego [Geschichte der polnischen Diplomatie, Bd. 4: 1918–1939. Bearb. von Piotr Łossowski]. Warszawa 1995, S. 101–116.

¹³ Ursachen und Folgen : vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart : eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. 3: Der Weg in die Weimarer Republik. Hrsg. u. Bearb.: Herbert Michaelis u. Ernst Schraepfer. Berlin [1959], S. 304 ff.

¹⁴ Zit. nach Holm Sundhaussen: Die Kleine Entente. In: Südosteuropa Mitteilungen 24 (1984) H. 1/2, S. 17–34, hier: S. 19.

Lloyd George und auch Wilson unterstützten, woraufhin den Deutschen einige Zugeständnisse durch Kompromiss zwischen den Mächten der *Entente*, wie eine Volksabstimmung auch über Oberschlesien¹⁵, gemacht und ultimativ die Unterzeichnung des Friedensvertrages gefordert wurde, was am 28. Juni 1919 erfolgte. Der Friedensvertrag erkannte Polen Westpommern ohne Danzig und Großpolen zu. Er bestimmte Plebiszite in Oberschlesien, dem Ermeland und den Masuren. Danzig wurde freie Stadt unter der Oberhoheit eines Völkerbundskommissars. Polen übernahm die diplomatische Vertretung Danzigs und die Stadt wurde dem polnischen Zollgebiet angegliedert. Polen oblag in getroffenen Zusatzvereinbarungen die militärische Verteidigung der Stadt; es durfte dort aber keine Truppen stationieren, bis auf einen Kriegshafen und ein Munitionsdepot auf der der Stadt vorgelagerten Westerplatte.¹⁶

Bei aller Freude in Politik und Gesellschaft Polens über die Bestätigung der Grenzen im Westen und die internationale Anerkennung des polnischen Staates waren doch die Bestimmungen über die Plebiszite, vor allem das nachträglich festgelegte über Oberschlesien, sowie der Status Danzigs ein Wermutstropfen, der von einigen Politikern als unvereinbar mit der staatlichen Souveränität Polens gewertet wurde. So kam dann auch die Ratifizierung des Versailler Vertrages erst nach stürmischen Debatten im *Sejm* am 31. Juli 1919 zustande. Einfluss auf eine Trübung des Gesamtbildes mag auch die schwankende Haltung der Westmächte in der Frage der polnischen Ostgrenze gewesen sein. Bei aller Einigkeit über eine Bekämpfung des Bolschewismus, gab es doch auch in dieser Frage innerhalb der Siegermächte gravierende Interessenkonflikte. Frankreich hoffte weiterhin auf eine Restitution der Verhältnisse in Russland oder

¹⁵ Karl-Friedrich Nowak: Versailles. Berlin 1932, S. 304 ff.; Jan Przewłocki: Problem Górnośląska na Konferencji Pokojowego w Paryżu w 1919 roku [Das Oberschlesische Problem auf der Friedeskonferenz in Paris im Jahr 1919]. In: Zarianie Śląskie [Schlesische Morgendämmerung] (1981) H. 1, S. 5–22.

¹⁶ Christoph Kimmich: The Free City : Danzig and German Foreign Policy 1919-1934. New Haven, CT - London 1968; Johannes Kalisch: Die Freie Stadt Danzig : ein „deutscher Vorposten im Osten“ oder ein „gesicherter Zugang Polens zum Meer?“. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 26 (1977) H. 3, S. 281–289. Vgl. dazu auch den Beitrag von Aleksandra Kmak-Pamirska in diesem Band, S. 81 f.

zumindest eine bürgerliche Variante und damit auf die Wiederherstellung der Konstellation einer französisch-russischen Partnerschaft, die Polen im Osten vorerst nur substituierte und auch die Unterstützung für das polnische Engagement im Osten zügelte. Großbritannien war mehr an der Herstellung eigenständiger Staaten im Osten als Stabilitätsfaktor gegen eine bolschewistische Bedrohung Europas interessiert und weniger an einem zu weiten Ausgreifen Polens nach Osten. Diese Überlegungen hatten nicht nur einen machtpolitischen Hintergrund. Großbritannien sah auch in der damit verbundenen Verhinderung nationalstaatlicher Prinzipien eine Gefahrenquelle für die Stabilität der europäischen Nachkriegsordnung.

Auf der Friedenskonferenz wurden die polnischen territorialen Erfolge in Ostgalizien auch zunächst nicht anerkannt. Erst nachdem sich eine Delegation der *Entente* vor Ort von dem militärischen Unvermögen der Armee des ukrainischen Atamans Semen Petlura überzeugt hatte und in Polen den einzigen wirksamen Faktor gegen bolschewistische Ambitionen auf die Ukraine sah, bekam es das Mandat über das Gebiet bis hinter den Zbrucz an die ehemalige österreichisch-russische Grenze. Polen suchte nun für sich die östliche Grenzfrage zu regeln. Es verhandelte zunächst mit dem weißrussischen General Anton Denikin, der aus seiner imperialrussischen Zielstellung keinen Hehl machte, die die Ukraine auf jeden Fall mit einbezog und hinsichtlich polnischen Territoriums zumindest offen blieb. Auch mit dem Vertreter Sowjetrusslands, dem Polen Julian Marchlewski, wurde verhandelt, der jedoch nun seinerseits Polen misstraute und ein Bündnis mit Denikin fürchtend sich aus den Verhandlungen zurückzog, die im Dezember 1919 beendet wurden.

Im November 1919 genehmigte der Hohe Rat ein Autonomiestatut für Ostgalizien, worüber Polen das Mandat erhielt und ein Plebiszit abzuhalten hatte. Im Dezember wurde Polen jedoch verpflichtet, sich hinter die vom britischen Außenminister Lord George Curzon ins Spiel gebrachte und nach ihm benannte Linie Bug – Kuznica – Pinsk zurückzuziehen.¹⁷ Diese insgesamt für Polen unbefriedigende Situation zog politische Verwerfungen nach sich und führte zur Demission der Regierung Paderewski. Maßgebliche politische Kreise

¹⁷ Gotthold Rhode: Die Entstehung der Curzon-Linie. In: Osteuropa 5 (1955), S. 81–92.

um Piłsudski, die an seiner Ostkonzeption festhielten, sahen in der geringen Unterstützung des Westens und der offensichtlichen Schwäche der Roten Armee, genauso wie in ihren militärischen Erfolgen im Osten gute Gründe, offensiv vorzugehen. Anfang 1920 befanden sich bereits große nichtpolnische Gebiete Weißrusslands und der Ukraine unter faktischer polnischer Herrschaft. Alle Versuche Piłsudskis, benachbarte Staaten wie die baltischen Länder oder auch Rumänien in die antibolschewistische Front einzubeziehen, scheiterten am Desinteresse oder dem Misstrauen Polen gegenüber, das vor allem durch Litauen und die Tschechoslowakei artikuliert wurde.¹⁸ Mit den Resten der ukrainischen Truppen Petluras und seinem Einverständnis begann Piłsudski am 25. April eine Offensive auf das von bolschewistischen Truppen besetzte Kiew, das am 7. Mai fiel. Das Kriegsglück währte jedoch nur kurz. Die Unterstützung durch Petlura war von Anfang an brüchig und die Polen wurden als fremde Besatzer empfunden. Mitte Juli waren Minsk und Wilna bereits wieder in Händen der Roten Armee und am 1. August stand sie am Bug. In Białystok installierte Feliks Dzierżyński bereits eine Polnische Sozialistische Sowjetrepublik. Friedensbemühungen scheiterten und die Rote Armee rückte auf Warschau vor, das von Vielen schon verloren gegeben wurde. Das Konzept der Roten Armee ging jedoch so wenig auf, wie das der Polen in der Ukraine. Eine erhoffte Unterstützung aus der Bevölkerung blieb aus, die Truppen waren erschöpft und vom Nachschub abgeschnitten. Ein letztes konzentriertes Aufbäumen in Warschau mit Hilfe frischer Kräfte aus dem Süden brachte dann am 16. August das „Wunder an der Weichsel“ und die Rote Armee wurde zügig zurückgedrängt. Anfang Oktober standen die polnischen Truppen an der Linie Minsk – Zbrucz – Bar.¹⁹ Es kam zu Waffenstillstandsverhandlungen in Riga. General Żeligowski nutzte, vermutlich mit Piłsudskis Einverständnis, die

¹⁸ Roszkowski: *Najnowsza Historia Polski* (wie Anm. 10), S. 75.

¹⁹ Józef Piłsudski: *Rok 1920* [Das Jahr 1920]. In: *Pisma, mowy, rozkazy*, tom VII [Schriften, Reden, Dekrete, Bd. 7]. Warszawa 1931, S. 163–229; Wincenty Witos: *Moje wspomnienia*, tom. II [Meine Erinnerungen, Bd. 2]. Warszawa 1990, S. 288–323; Władysław Sikorski: *Nad Wisłą i Wkrą : studjum z polsko-rosyjskiej wojny 1920 roku* [An der Weichsel und der Wkra : Studie zum polnisch-russischen Krieg im Jahr 1920]. Lwów 1928; Lucjan Żeligowski: *Wojna w roku 1920* [Der Krieg im Jahr 1920]. Warszawa 1930.

militärische Situation, um am 9. Oktober in das zum litauischen Staat gehörende Wilna einzumarschieren („Želigowski-Coup“) und benannte eine Regierungskommission für „Mittellitauen“ als faktischen Bestandteil des polnischen Staates, was man sich später durch ein Volksbegehren absegnen ließ.²⁰ Unabhängig davon gingen die Verhandlungen in Riga weiter, wo am 18. März 1921 ein Friedensvertrag geschlossen wurde, der eine Grenze zwischen Polen, der Sowjetunion und der Sowjetukraine festlegte. Diplomatische Beziehungen wurden aufgenommen und Handelsvertragsverhandlungen eingeleitet.²¹

Mit der Durchführung der Plebiszite begann ein zweiter Abschnitt in der Festlegung der deutsch-polnischen Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg. Bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages lag die Entscheidung über territoriale Veränderungen ausschließlich in den Händen der *Entente*. Trotzdem für die Abstimmungsgebiete in West- und Ostpreußen sowie in Oberschlesien alliierte Kommissionen eingesetzt wurden, die für einen reibungslosen Ablauf des Plebiszits sorgen sollten, waren jetzt Möglichkeiten gegeben, direkt auf die Grenzgestaltung Einfluss zu nehmen. Schon in Erwartung möglicher Volksabstimmungen über die staatliche Zugehörigkeit umstrittener Gebiete, die in der Haltung der Siegermächte zum Prinzip des Selbstbestimmungsrechts angelegt waren, setzte in Ost- und Westpreußen eine gezielte Beeinflussung der Bevölkerung für den Verbleib beim Reich wesentlich früher ein als die polnische Plebiszitpropaganda. Dabei sollten die Vorzüge des deutschen sowie die Nachteile des polnischen Staates und die Gewährung von Vergünstigungen gegenüber der Bevölkerung des Abstimmungsgebietes hervorgehoben werden. Neben der behördlich gelenkten Vorbereitung der Abstimmungen, die in der Hand der Reichszentrale für Heimatdienst lag,²² waren es vor allem Heimatvereine, die Kundge-

²⁰ Alfred E. Senn: *The Great Powers, Lithuania and the Wilna Question*. Leiden – Köln 1966; Piotr Łossowski: *Konflikt polsko-litewski 1918–1920* [Der polnisch-litauische Konflikt 1918–1920]. Warszawa 1996.

²¹ *Traktat ryski 1921 roku po 75 lata* [Der Vertrag von Riga von 1921 nach 75 Jahren]. Toruń 1998; Kai von Jena: *Polnische Ostpolitik nach dem Ersten Weltkrieg : das Problem der Beziehungen zu Sowjetrussland nach dem Rigaer Frieden von 1921*. Stuttgart 1980.

²² Mieczysław Wojciechowski: *Powrót Pomorza do Polski 1918–1920* [Die Rückkehr

bungen organisierten und Schriftmaterial verteilten. Nicht nur die effektive deutsche Propaganda, sondern der polnische Krieg im Osten, dessen ungünstiger Verlauf die Truppen der Roten Armee zum Zeitpunkt der Abstimmung bis an die Grenzen Ostpreußens brachte haben sicher dazu beigetragen, dass am 11. Juli das Plebiszit für Polen so unerwartet schlecht ausfiel. In Ostpreußen entfielen lediglich 2,2 Prozent, im Weichselgebiet 7,6 Prozent der Stimmen auf Polen, in den Kreisen Allenstein/Olsztyn 13,4 Prozent und Stuhm/Sztum 19,1 Prozent.²³ So erkannte schließlich die Botschafterkonferenz am 12. August 1920 die bisherige Grenze Ostpreußens an und übergab Polen lediglich ein kleines Gebiet mit fünf Dörfern in den Masuren und den Bezirk Janowa am östlichen Ufer der Weichsel.

Ähnlich wie in West- und Ostpreußen gingen die verantwortlichen deutschen Stellen in Oberschlesien vor. In diesem durch den Friedensvertragsentwurf vom 7. Mai verloren geglaubten Gebiet war der Plebiszitentscheid zwar schon ein Erfolg, jedoch existierten hier weit schwierigere Bedingungen als in den übrigen Abstimmungsgebieten. Die Situation in Oberschlesien war durch die nationale Zusammensetzung und die Stärke der polnischen Bewegung eher der in Posen vor dem Aufstand vergleichbar. So nahmen auch in Oberschlesien die Unruhen zu. Die ohnehin zur Bekämpfung der Streikaktionen und der polnischen nationalen Bewegung konzentrierte militärische Potenz wurde ständig verstärkt, konnte aber ein Eskalieren der bestehenden sozialen und nationalen Probleme nicht verhindern, die sich im August 1919 in einem Generalstreik entluden. Der

Polens zu Pommern 1918–1920]. Warszawa 1981, S. 171 ff; Zygmunt Lietz: Plebiscyt na Powiślu, Warmii i Mazurach w 1920 roku [Das Plebiszit über Weichselland, Ermland und Masuren im Jahr 1920]. Warszawa 1958; Dzieje Warmii i Mazur w zarysie, tom II [Die Geschichte von Ermland und Masuren in Umrissen, Bd. 2]. Warszawa 1983, S. 121 ff.; Klaus W. Wippermann: Politische Propaganda und staatsbürgerliche Erziehung : die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik. Bonn 1976, S. 172 ff.

²³ Plebiscyty na Warmii, Mazurach i Powiślu w 1920 roku. Wybór źródeł wyd. Piotr Stawecki i Wojciech Wrzesiński [Die Plebisziste über Ermland, Masuren und Weichselland. Auswahl der Quellen von Piotr Stawecki und Wojciech Wrzesiński]. Olsztyn 1986; Stanisław Achremczyk: Historia Warmii i Mazur : od pradziejów do 1945 [Geschichte von Ermland und Masuren : von der Vorgeschichte bis 1945]. Olsztyn 1992, S. 246-251.

Streik war vor allem eine soziale Empörung und ein Nachzugsgefecht der Novemberereignisse von 1918, wenn auch schon national geprägt. Es gelang nationalpolnischen Kräften, dieses Aufbegehren für ihre Pläne einer gewaltsamen Aneignung Oberschlesiens zu nutzen, und am 16. August brach der erste oberschlesische Aufstand aus. Offiziell waren es nur regionale militärische Kräfte unter dem Insurgentenführer und namhaften polnischen Politiker Wojciech Korfanty, die in dieser deutlichen Weise ihre Unzufriedenheit mit den Festlegungen des Friedensvertrages zeigten. Obwohl Warschau jede Beteiligung leugnete, war doch eine Tolerierung des Aufstandes durch die polnische Regierung offensichtlich. Die Siegermächte, für die der Aufstand völlig überraschend kam, stellten sich gegen die Erhebung und sprachen sich für ihre schnellste Liquidierung aus. Die Alliierten waren auch nicht gewillt, die Regelungen der inneren Verhältnisse im Abstimmungsgebiet den Deutschen zu überlassen und setzten eine Interalliierte Kommission unter General Henri Le Rond für Oberschlesien ein, die ab dem 20. Januar 1920 dort die Regierungsmacht ausübte.²⁴

Auf der Konferenz in Spa hatten die Alliierten zeitgleich für Polen ungünstige Entscheidungen in der Streitfrage um das Teschener Schlesien getroffen. Am 28. Juli 1920 fällte die Botschafterkonferenz einen Schiedsspruch in der Frage der polnisch-tschechischen Grenze und bestätigte den territorialen Zustand mit dem Fluss Olsa/Olza/Olše als Grenze. Wenig später verzichtete die Botschafterkonferenz auch auf das geplante Plebiszit.²⁵ In den strittigen Gebieten zur Slowakei wurden Polen in der Zips/Spisz/Spiš und Arwa/Árva 27 Grendörfer zugesprochen, wobei hier die endgültige Grenzfestlegung erst am 16. September 1924 erfolgte. Diese Entscheidungen traf nicht nur das politische Polen, sondern dürfte sich – da in unmittelbarer Nähe gelegen – negativ auf die Stimmung im oberschlesischen Abstimmungsgebiet ausgewirkt haben. Durch den

²⁴ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945. Ser. A, Bd. 3: 1. Januar bis 30. September 1920. Bearb.: Peter Grupp, Christoph Stamm. Göttingen 1985, Dokument 202, S. 417 f. Vgl. auch den Beitrag von Aneta Pazik in diesem Band, S. 64–72.

²⁵ Piotr Stefan Wandycz: France and her Eastern Allies 1919–1925 : French-Czechoslovak-Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno. Minneapolis, MN 1962, S. 75–103, 265–269, 276–291.

weiteren Vormarsch der Roten Armee auf Warschau stiegen zudem die Chancen auf ein positives Abstimmungsergebnis für Deutschland weiter. Die Antwort der polnischen nationalen Bewegung war der zweite polnische Aufstand, der Oberschlesien noch weiter in den Mittelpunkt europäischer Politik rückte und es nicht zuletzt wegen der deutlich propolnischen Politik Frankreichs zu einem Hauptangriffspunkt der Auseinandersetzungen in der *Entente* werden ließ.²⁶ Unter maßgeblicher Beteiligung des Vorsitzenden der oberschlesischen Zentrumsparterie, Pfarrer Carl Ulitzka, wurden der „Wille zur Verständigung“ verkündet und Verhandlungen mit den Polen aufgenommen.²⁷ Da man aufseiten der polnischen Insurgentenführer die Aufgaben des Aufstandes im Wesentlichen als erfüllt ansah, die *Entente* auf Abbruch drängte und bei einer Weiterführung des Aufstandes ein Anwachsen des sozialen Elements und eine Radikalisierung der Aufständischen befürchtet wurde,²⁸ einigten sich Ulitzka und der Führer der polnischen Aufstandsbewegung, Korfanty, auf ein Fünfpunkteprogramm, das einem Waffenstillstand gleichkam und am 28. August als „Deutsch-polnischer Aufruf an das oberschlesische Volk“ veröffentlicht wurde. Der Frieden war formell wieder hergestellt, und obwohl sich das Fünfpunkteprogramm nur zögernd durchsetzte, kam es auch zu einer allgemeinen Beruhigung der Lage, was nicht verdecken konnte, dass die deutschen Positionen in Oberschlesien insgesamt erschüttert worden waren. Bei der Festlegung der Modalitäten der Abstimmung wurde jedoch unter maßgeblichem Einfluss Großbritanniens und Italiens in der Frage der Beteiligung ehemaliger Oberschlesier, des Termins und der Einheitlichkeit der Abstimmung im gesamten Territorium für Deutschland entschieden²⁹ und damit gute Voraussetzungen dafür geschaffen, dass

²⁶ Stefan Martens: Frankreich, Großbritannien und das Problem der deutschen Ostgrenze. In: Ralph Schattkowsky (Hg.): Locarno und Osteuropa : Fragen eines europäischen Sicherheitssystems in den 20er Jahren. Marburg 1994, S. 39–51, hier: S. 47 f.

²⁷ Guido Hitze: Carl Ulitzka (1873–1953) oder Oberschlesien zwischen den Weltkriegen. Düsseldorf 2002, S. 165 ff.

²⁸ Tadeusz Jędruszczak: *Polityka Polski w sprawie Górnego Śląska 1918–1922* [Die polnische Politik in Sachen Oberschlesien 1918–1920]. Warszawa 1958, S. 233 ff.

²⁹ Jan Przewłocki: *Sprawa terminu plebiscytu i udział w nim emigrantów na przełomie 1920/21 roku na arenie międzynarodowej* [Das Problem des Plebiszittermins und die Teilnahme von Ausgewanderten am Plebiszit an der Wende

am 20. März 1921 eine Stimmenmehrheit von 59,6 Prozent zu 40,4 Prozent erzielt werden konnte.

Zweifellos war der errungene Abstimmungssieg ein außergewöhnlicher Erfolg für Deutschland und hatte eine nicht zu unterschätzende Funktion bei der staatlichen Konsolidierung Nachkriegsdeutschlands. Dennoch blieb mit dem regional differenzierten Abstimmungsergebnis und den durch die Festlegungen des Versailler Vertrages möglichen und wahrscheinlichen Teilungsplänen ein wesentliches Problem offen, und die Frage der Erhaltung der Einheit Oberschlesiens stand zur Entscheidung an, was Politik und Öffentlichkeit in Deutschland und Polen nicht weniger beschäftigte als die Abstimmung selbst. Wie schon 1919 und 1920 versuchte die polnische Seite auch diese Entscheidung durch gewaltsames Vorgehen zu beeinflussen, und am 3. Mai 1921 brach der dritte polnische Aufstand aus. Wie verhärtet die Standpunkte waren, zeigte sich darin, dass dieser Aufstand nicht mehr den Charakter einer scheinbar isolierten Aktion hatte, die vom Mutterland ignoriert und von der *Entente* abgelehnt wurde. Von Frankreich unterstützt, war er darüber hinaus auch ein deutliches Zeichen für das fortschreitende Zerwürfnis zwischen den Mächten der *Entente* und sollte als ein schlagendes Argument dienen, die französischen Teilungspläne Oberschlesiens zu verwirklichen, um die Konzeption eines starken Polen als Kontrahenten Deutschlands im Osten Europas durchzusetzen.³⁰ Die bereits im Vorfeld des Posener Aufstandes begonnenen bewaffneten Auseinandersetzungen um die Grenzfestlegungen im Westen Polens erreichten mit dem dritten schlesischen Aufstand ihren Höhepunkt, und nie war bis dahin die Gefahr eines Krieges zwischen Polen und Deutschland so groß gewesen. Ende Mai kam es zu weiteren Offensivhandlungen deutscher Truppen, die jedoch an den bestehenden Verhältnissen nicht viel änderten. Ein Großteil der polnischen Auf-

der Jahre 1920/21 in der internationalen Arena]. In: Zarianie Śląskie (1969) H. 1, S. 18–35; Documents on British Foreign Policy 1919–1939, First Series, Bd. XI. London 1961, Nr. 110, S. 133 ff.

³⁰ Jan Łaptos: Francuska opinia publiczna wobec spraw polskich w latach 1919–1925 [Die französische öffentliche Meinung gegenüber den polnischen Angelegenheiten in den Jahren 1919–1925]. Wrocław 1983, S. 49 ff.; Wandycz: France and her Eastern Allies (wie Anm. 25), S. 211 ff.

ständischen wollte den Kampf weiterführen, und ihre Ambitionen gingen weit über die Zielstellungen ihrer Anführer hinaus. Daran hatten Polen und Frankreich jedoch kein Interesse mehr, denn das Signal, das vom Aufstand ausgegangen war, konnte groß genug sein, um eine Teilungsentscheidung im polnischen Sinne zu beeinflussen, eine Weiterführung des Kampfes jedoch den Friedensvertrag gefährden, woran keine beteiligte Macht ein Interesse hatte. Am 5. Juli wurde in Oberschlesien der territoriale Zustand der Zeit vor dem Aufstand wiederhergestellt.

Die in den folgenden Wochen im Obersten Rat der *Entente* und dann weiter im Völkerbund geführten Diskussionen zeigten,³¹ dass der dritte Aufstand seine Wirkung nicht verfehlt hatte und Frankreich mit gestärkter Position in die Verhandlungen ging. Trotz größter Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und Frankreich war die englische Seite nicht bereit, an dieser Frage die *Entente* zerbrechen zu lassen oder sogar einen internationalen Konflikt zu riskieren.³² Die Entscheidung des Völkerbundes über die Teilung Oberschlesiens vom 20. Oktober 1921 war deshalb vornehmlich auf die Stärkung der eigenen Autorität auf der Grundlage einer unbedingten Verständigung zwischen Frankreich und Großbritannien ausgerichtet. Es realisierten sich im Wesentlichen die französischen Teilungsvorschläge: die deutschen, aber auch die polnischen Interessen wurden als sekundär betrachtet. Die endgültige Grenzziehung erfolgte am 15. Juni 1922. Polen erhielt die Kreise Rybnik, Pszczynsk, Kattowitz/Katowice, Lubliniec/Lublinitz, Tarnogród und Świętochłowice/Schwientochlowitz mit 29 Prozent des Abstimmungsgebietes und 46 Prozent der Gesamtbevölkerung. In dem Polen zugeschriebenen Teil befand sich der Großteil der Industrie: 53 von 67 Kohlegruben, 10 von 15 Hütten sowie 22 von 37 Hochöfen.

³¹ Jörg Heideking: *Aeropag der Diplomaten : die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920–1931*. Husum 1979, S. 96 ff.

³² Gisela Bertram-Libal: Die britische Politik in der Oberschlesienfrage 1919–1922. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 20 (1972) H. 2, S. 105–132, hier: S. 116, 120; Mirosław Cygański: *Polityka interwencyjna Wielkiej Brytanii w sprawie Górnego Śląska w 1921 roku i w początkach 1922 roku* [Die britische Interventionspolitik in Sachen Oberschlesien im Jahr 1921 und zu Beginn des Jahres 1922]. In: *Studia Śląskie* [Schlesische Studien] 31 (1977), S. 85–120.

Weder die deutsche noch die polnische Seite zeigten sich befriedigt über die getroffenen Festlegungen über Oberschlesien. Ein gewisser Ausgleich sollte durch eine deutsch-polnische Vereinbarung geschaffen werden, die durch die am 15. Mai 1922 unterzeichnete Genfer Konvention über Oberschlesien realisiert wurde. In zentralen Punkten wie der Behandlung der Minderheiten und den Eigentumsfragen konnte Deutschland Erfolge erzielen.³³ Die Festlegungen der Oberschlesienkonvention brachten somit Polen zwar die Funktionstüchtigkeit eines enormen ökonomischen Potentials in seinem Staatsterritorium, schränkten aber praktisch die Souveränität ein und erschwerten die wirtschaftliche und politische Integration des polnischen Teils Oberschlesiens.³⁴

Immerhin war jedoch mit dem Oberschlesienabkommen die Westgrenze Polens fixiert. Für die Ostgrenze Polens erfolgte eine Anerkennung durch die Mächte der *Entente* erst am 15. März 1923. Der Botschafterrat Englands, Frankreichs, Italiens und Japans erkannte die im Vertrag von Riga festgelegte Linie als polnische Ostgrenze sowie die Demarkationslinie zum Wilnaer Gebiet als polnisch-litauische Grenze an. Das war ein großer Erfolg für Polen und führte, wenn auch nur kurzzeitig, innenpolitisch zu einer Konsolidierung. Für weiteste Kreise der polnischen Gesellschaft verband sich mit der Bestätigung der polnischen Ostgrenze die endgültige Anerkennung der staatlichen Souveränität und die Realisierung der schon lange angestrebten und erhofften Akzeptierung Polens als unabhängiger und anerkannter Faktor in der europäischen Politik.

³³ Ralph Schattkowsky: Deutschland und Polen von 1918/19 bis 1925 : deutsch-polnische Beziehungen zwischen Versailles und Locarno. Frankfurt am Main 1994, S. 189 ff.; Erich Kaufmann: Studien zum Liquidationsrecht. Berlin 1925, S. 24 f.

³⁴ Karol Błahut: Stosunki polsko-niemieckie gospodarcze w latach 1919-1939 [Die polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen in den Jahren 1919-1939]. Wrocław 1975, S. 58 f.

Oberschlesien und das Saargebiet in den deutsch-polnischen und deutsch-französischen Beziehungen von 1918 bis 1922

Von Aneta Pazik

I. Einführung

Mit dem vorliegenden Beitrag wird die Absicht verfolgt, den deutsch-polnischen Konflikt um Oberschlesien mit dem deutsch-französischen Konflikt um das Saargebiet nach dem Ersten Weltkrieg zu vergleichen. Dabei wird die Zeitspanne zwischen den Jahren 1918 und 1922 in den Blick genommen. Das Jahr 1918 bedeutete das Ende der Kriegshandlungen sowohl zwischen Polen und Deutschland als auch zwischen Frankreich und Deutschland. In dieser Zeit gewann unter den Siegermächten die Diskussion über eine zukünftige internationale Ordnung und die Neugestaltung der Grenzen in Europa an Bedeutung. Den formellen Rahmen dieser Debatte bildete die Friedenskonferenz, die im Januar 1919 in Paris begann. Das Jahr 1922 steht für eine Normalisierung der internationalen Situation sowie die Wiederannäherung Deutschlands und der Sowjetunion in Gestalt des Vertrags von Rapallo. Außerdem war 1922 das Jahr, in dem die Frage der Zugehörigkeit Oberschlesiens formell entschieden wurde. Die Situation im Saarland begann sich ebenfalls zu normalisieren, da in diesem Jahr die ersten Landratswahlen stattfanden. Ein Jahr später entwickelte sich dann nicht die Frage des Saargebiets, sondern die des Ruhrgebiets zu einem brisanten Thema in den deutsch-französischen Beziehungen.

Im folgenden Beitrag wurde die Technik einer komparativen *text by text*-Analyse angewandt.¹ Ich nehme zunächst das Problemfeld des in den deutsch-polnischen Beziehungen umstrittenen Gebiets in den Blick (II.). Danach komme ich zur Analyse des deutsch-

¹ Vgl. <http://www.fas.harvard.edu/~wricntr/documents/CompAnalysis.html>, letzter Zugriff: 4. Januar 2012.

französischen Konflikts um das Saargebiet im Zusammenhang mit der Friedenskonferenz in Paris und in der unmittelbar darauf folgenden Zeitperiode (III.), um abschließend beide Konflikträume einander vergleichend gegenüber zu stellen (IV.).

II. Oberschlesien

Gegen Ende des Krieges wurde die Situation in Oberschlesien – einer jeweils etwa zur Hälfte von Deutschen und Polen besiedelten Region – angesichts des unklaren Grenzverlaufs immer angespannter. Auf polnischer Seite wurden die Handlungen zugunsten der Angliederung mancher Gebiete an Polen intensiver. Eine der wichtigsten Unternehmungen war die Vorstellung eines Memorandums. Darin wurden polnische Bestrebungen zur Übernahme derjenigen Teile der preußischen Provinz Schlesiens präsentiert, in denen die Mehrheit der Bevölkerung Polnisch spräche. Ähnliche Forderungen stellten im Reichstag auch die polnischen Abgeordneten für die Region, Władysław Seyda und Wojciech Korfanty. Darüber hinaus wurden in der polnischen Gesellschaft Bestrebungen nach einer Angliederung Ostpreußens und Danzigs an Polen geäußert – in der Presse, im Rahmen von Kundgebungen und von öffentlichen Versammlungen. Gleichzeitig ergriffen die deutsche Regierung und die Bevölkerung der betroffenen Regionen entsprechende Maßnahmen, um die Grenzen des Reiches aus dem Jahr 1913 beizubehalten.²

Im November 1918 wurde in Breslau/Wrocław ein Volksrat gegründet, der die Aufgabe hatte, für die Integrität Schlesiens und dessen Beziehungen mit Deutschland zu kämpfen. In diesem Rat bildeten die Deutschen die Mehrheit. Vor allem nach dem Ausbruch des Großpolnischen Aufstandes (*Powstanie wielkopolskie*) im Dezember, der zur Übernahme des Regierungsbezirks Posen durch Polen führte, spitzte sich die Situation weiter zu.³ Der Aufstand führte zu einer Reihe von deutschenfeindlichen Handlungen in Schlesien.

² Vgl. Maria W. Wanatowicz: *Historia społeczno-polityczna Górnego Śląska i Śląska Cieszyńskiego* [Soziopolitische Geschichte Oberschlesiens und des Teschener Schlesiens]. Katowice 1994, S. 22.

³ Vgl. Dietrich Vogt: *Der großpolnische Aufstand 1918/1919 : Bericht, Erinnerungen,*

Verschiedene Erlasse der preußischen Regierung im November und Dezember 1918, die zu einer Trennung von Kirche und Staat in Preußen und besonders zum Ende der geistlichen Schulaufsicht in Preußen führten sollten, bewirken eine weitere Verschärfung des Konflikts, da sich vor allem die katholische Bevölkerungsmehrheit des polnischen Teils der Gesellschaft gegen entsprechende Bemühungen wandte. Im Dezember 1918 wurde im größeren Teil des oberschlesischen Industriebezirks der Belagerungszustand ausgerufen. Das war die Antwort auf die Ereignisse in Großpolen und deren Einfluss auf die Situation in Schlesien. Es kam zu Kämpfen zwischen Polen und den Truppen des „Grenzschutzes Ost“⁴. Im Februar 1919 wurde ein regionaler Ableger der seit 1914 von Józef Piłsudski aufgebauten konspirativen Polnischen Militärorganisation (*Polska Organizacja Wojskowa*, POW) gegründet. Die POW wurde zur Organisation, die das politische Leben der polnischen Oberschlesier kanalisierte. So wurden die Abgeordnetenmandate im Parlament der Republik Polen sechs vormaligen oberschlesischen Reichstagsabgeordneten erteilt, darunter Wojciech Korfanty.⁵

Der Streit um die territoriale Zugehörigkeit der Region sollte dann während der Pariser Friedenskonferenz einem neuen Höhepunkt entgegensteuern. Die während der Verhandlungen in Versailles einberufene Kommission für Polnische Angelegenheiten⁶ stellte im Februar 1919 ihre Vorstellungen bezüglich der deutsch-polnischen Grenze vor. Das geschah unter dem Einfluss von Roman Dmowski. Der Grenzverlauf sollte in den Zustand des Jahres 1772

Dokumente. Marburg/Lahn 1980; Antoni Czubiński: Powstanie Wielkopolskie 1918–1919. Geneza – charakter – znaczenie [Der großpolnische Aufstand 1918–1919 : Genese – Charakter – Bedeutung]. Poznań 1978.

⁴ Freiwillige Grenzschutztruppen, die als Teil der „Vorläufigen Reichswehr“ in den Jahren 1918/19 gegründet wurden und die östlichen Grenzen Deutschlands schützen sollten. Sie waren auf den Gebieten Litauens, Lettlands, Großpolens, Pommerns und Oberschlesiens tätig. Vgl. dazu im Zusammenhang Bernhard Sauer: „Auf nach Oberschlesien!“ : die Kämpfe der deutschen Freikorps 1921 in Oberschlesien und den anderen ehemaligen deutschen Ostprovinzen. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 58 (2010), S. 297–320.

⁵ Wanatowicz: Historia społeczno-polityczna (wie Anm. 2), S. 24.

⁶ An deren Spitze stand der ehemalige französische Botschafter in Berlin Jules Cambon, der während des Krieges als Generalsekretär im französischen Außenministerium gearbeitet hatte.

vor der Ersten Teilung Polens zurückversetzt werden. Zudem sollte auch die Region Oberschlesien, die vor den Teilungen nicht zur ersten *Rzeczpospolita* gehört hatte, dem neuen polnischen Staat angegliedert werden.

Dieses Projekt stieß jedoch auf starken Widerspruch bei den Briten, die fürchteten, dass diese Situation in eine zu starke Schwächung Deutschlands münden könnte, was das Gleichgewicht auf dem Kontinent stören würde. Anfang Mai 1919 wurde der deutschen Delegation dennoch das Projekt des Friedensvertrags vorgestellt, in dem fast ganz Oberschlesien Polen zugesprochen werden sollte. Noch am 1. Mai nutzten die Polen die Pause im Belagerungszustand aus und organisierten Kundgebungen und Demonstrationen, in denen die Beseitigung des Notzustandes, die Entfernung des Grenzschutzes und die Angliederung Oberschlesiens an Polen gefordert wurden. Zeitgleich kam es zu ersten Fluchtbewegungen.⁷

Die genannten Bedingungen wurden Deutschland dann formell am 7. Mai ausgehändigt. Roman Dmowski stellte diesen Moment als einen der wichtigsten in der Geschichte Polens dar:

Nie zuvor fühlte man den geschichtlichen Ernst der Stunde für uns, Polen, ernsthafter als in diesem Saal. Auf dem Tisch lag ein Vertrag, den die Deutschen unterschreiben sollen, der Vertrag, der ein unabhängiges Polen anerkennt, kraft dessen die Deutschen Polen zwar nicht alles zurückgeben müssen, was sie in der Vergangenheit an sich rissen, aber fast alles, was sie noch nicht germanisierten. Nach einer langen Zeit der Unfreiheit, in der wir den Boden unter den Füßen verloren, in der der sture Feind immer neue Methoden erfand, unser Dasein in Frage zu stellen, wendet sich nun das Blatt der Geschichte: Wir nehmen den Hauptteil dessen wieder an uns, was uns Preußen während der Teilungen entrissen, wir erhalten die Wiege Po-

⁷ Wanatowicz: *Historia społeczno-polityczna* (wie Anm. 2), S. 25–27.

lens zurück, Posen, durch Pommern kommen wir an die Ostsee zurück, an Polen wird wieder Schlesien angegliedert, das wir vor 500 Jahren mit dem Nordteil verloren, der polnisch blieb...⁸

Für Dmowski war die Bestimmung der Grenzen in Anlehnung an nationale Maßstäbe nötig, was aus seiner Überzeugung hervorging, dass der Staat eine politische Organisation des Volkes bildete. Andernfalls verlöre er die Grundlagen des Daseins.⁹ Er schrieb Oberschlesien eine große Bedeutung zu – nicht nur in Bezug auf die Ethnografie, da er die Gebiete für ursprünglich polnisch hielt, sondern auch in Bezug auf die Ökonomie, da sie reich an natürliche Ressourcen waren.¹⁰ Zugleich achtete er auch auf dessen geopolitische Bedeutung für Deutschland – Oberschlesien bildete seiner Meinung nach nämlich den Vorposten für eine deutsche Expansion nach Osten, die im hohen Grad über die Stärke Deutschlands in der internationalen Arena entscheiden würde.¹¹

Die Bedingungen wurden in Deutschland abgelehnt und führten zu zahlreichen Demonstrationen. Es wurden verschiedene Alternativen in Betracht gezogen für den Fall, dass eine weitere Zugehörigkeit Schlesiens zu Deutschland nicht zu erreichen sei, wie z. B. die Gründung einer unabhängigen schlesischen Republik oder eines separaten „Oststaats“¹². Die deutsche Regierung stellte ihre diese Frage betreffenden Bemerkungen einige Wochen später in der Schrift „Bemerkungen über die Friedensbedingungen“ vor und konnte zunehmend Unterstützung aus Großbritannien und den Vereinigten Staaten gewinnen.¹³ Die Notwendigkeit einer Angliederung Oberschlesiens an Deutschland wurde mit historischen Argumenten

⁸ Roman Dmowski: *Polityka polska i odbudowanie państwa* [Die polnische Politik und die Wiedererrichtung des Staates]. Bd. 1. Warszawa 1988 (erstmalig 1925), S. 331.

⁹ Ebd., S. 6. Vgl. auch den Beitrag von Stefan Garsztecki in diesem Band, S. 15–18, 20 f.

¹⁰ Dmowski: *Polityka polska*, S. 21.

¹¹ Ebd., S. 26.

¹² Vgl. Wanatowicz: *Historia społeczno-polityczna* (wie Anm. 2), S. 27 f. Ausführlich dazu Hagen Schulze: *Der Oststaat-Plan 1919*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 18 (1970), S. 123–163.

¹³ Vgl. Jerzy Krasuski: *Stosunki polsko-niemieckie 1871–1939* [Die polnisch-deutschen Beziehungen 1871–1939]. Warszawa 1967, S. 53–56.

begründet, da die Region staatsrechtlich nicht mit Polen verbunden gewesen sei. Die gesprochenen Dialekte wiesen nur lockere Verbindungen mit der polnischen Sprache auf. Zudem wurde festgestellt, dass die ökonomische Stärke der Region für eine Zahlung der geforderten Reparationen unabdingbar sei. Außerdem argumentierte man mit kulturellen Gründen – es wurde der große Einfluss Deutschlands auf die Entwicklung Schlesiens betont.¹⁴

Im Juni 1919 wurde Deutschland die endgültige Version des Friedensvertrags vorgestellt, in der einige bedeutende Veränderungen hinsichtlich des zukünftigen Status' von Oberschlesien enthalten waren. Es wurde entschieden, dass auf den Gebieten, die nach früheren Planungen Polen zugeschlagen werden sollten, Volksabstimmungen durchzuführen seien.¹⁵ Am 23. Juni gab die deutsche Nationalversammlung ihre Zustimmung zur Unterzeichnung des Vertrags, die am 28. Juni erfolgte. Diese Entscheidung war die Ursache für Proteste in Schlesien.¹⁶ Einfluss auf die spannungsgeladene Situation hatten einerseits der Ausnahmezustand und andererseits die Arbeitskräftesituation in den Industriebetrieben der Region. Am 11. August kam es zum Generalstreik, an dem die Arbeiter dreier Kohlebergwerke teilnahmen. Vier Tage später wurden die Demonstrationen in der Grube von Mysłowice/Mysłowitz gewaltsam aufgelöst, wobei bis zu zehn Personen ums Leben kamen und zahlreiche weitere verletzt wurden. Dies bildete den Auslöser für den ersten von insgesamt drei polnischen Aufständen in der Region, der bereits zehn Tage später niedergeschlagen wurde.¹⁷ Die Folgen des Aufstands waren einerseits Massenfluchten polnischer Bürger aus Oberschlesien an die schlesisch-kleinpolnische Grenze und andererseits

¹⁴ Vgl. Wanatowicz: *Historia społeczno-polityczna* (wie Anm. 2), S. 28.

¹⁵ Einen großen Einfluss auf diese Lösung hatte die Einstellung Großbritanniens ausgeübt, nach der eine Stärkung Frankreichs durch eine Schwächung Deutschlands verhindert werden sollte. Damit hing auch die Befürchtung zusammen, dass Deutschland nicht imstande sein könnte die geforderten Reparationszahlungen zu leisten, und dass es aufgrund der gesellschaftlichen Unzufriedenheit zu einer erneuten Revolution in Deutschland kommen könne.

¹⁶ Vgl. Wanatowicz: *Historia społeczno-polityczna* (wie Anm. 2), S. 29.

¹⁷ Vgl. dazu jetzt im europäischen Vergleich Timothy Wilson: *Frontiers of violence : conflict and identity in Ulster and Upper Silesia 1918–1922*. Oxford u. a. 2010. Siehe auch den Beitrag von Ralph Schattkowsky in diesem Band, S. 56–60.

die Einrichtung der Interalliierten Regierungs- und Plebiszitskommission. Dies ermöglichte Amnestiegespräche zwischen Polen und Deutschen und eine baldige Rückkehr der Mehrheit der Flüchtlinge.¹⁸

Der Aufstand war zudem der Auftakt für beiderseitige intensive Propagandaaktionen. In Presseartikeln, Kalendergrafiken, Plakaten, Flugblättern und Gedichte wurden eine Reihe von Ressentiments und Stereotypen transportiert. Die Deutschen wurden darin als „erbarmungsloser Feind“ dargestellt. In Anknüpfung an die militärischen Auseinandersetzungen mit dem spätmittelalterlichen Deutschen Orden schrieb man über die „höllische Natur der Deutschordensschlange“, über ihre hinterlistigen Handlungen. Auch auf religiöse Aspekte und die vorgebliche Unveränderlichkeit der deutschen Natur wurde Bezug genommen, wie das folgende Beispiel zeigt:

Und Gott belehre uns, wenn wir uns blind machen ließen und das Herz dem Feind geben würden [...]. Dann brechen in Oberschlesien die schrecklichsten Kriegswirren los. Dann klingt mit grausamem Nachhall auf dem Piastengebiet das alte „ausrotten“ [...]. Adam und Eva kannten die gemeine Natur der verführerischen Schlange nicht, die verursachte, dass ihr ganzer Nachwuchs das Paradies verlor, aber für dich, Oberschlesier, du hast keine Ausrede. Du kennst viel zu gut die höllische Natur der Deutschordensschlange, die dich mitleidslos erdrückte und erstickte über so viele Jahrzehnte hinweg. Du weißt genau, was dich von ihr erwartet. Sie ändert sich nie. Sie bleibt für dich immer abstammungsfremd, in der Sprache und im Glauben. Sie bleibt für dich schon immer ein erbarmungsloser Feind, denn solange die Welt besteht werden der Deutsche und der Pole kei-

¹⁸ Vgl. Wanatowicz: *Historia społeczno-polityczna* (wie Anm. 2), S. 29 f.

ne Brüder. Mit List und Gewalt wird sie dich vernichten, genauso wie viele andere slawische Stämme.¹⁹

Mit den Deutschen wurden Begriffe wie „Deutschordensritter“, „Germane“ und „Michel“ assoziiert. Dem „Michel“ wurde die Person des polnischen „Wojtek“ entgegengestellt. Das alles waren Zuschreibungen, die geschichtlich bedingt waren und die im Zusammenhang mit dem Kampf um Oberschlesien in der Volksabstimmungskampagne verwendet wurden. In einem Gedicht von J. A. Gałuszka mit dem Titel „Polnische Sprache“ erscheint ein Bezug auf Otto von Bismarck. Der Autor bezeichnete ihn nicht nur als den „Eisernen Kanzler“, sondern auch als den „Deutschordenskanzler“, der „seine Deutschordensritter in das alte Piastengebiet schickt, sodass es vom Blutstrom trieft“²⁰. Der „Michel“ war einerseits eine lustige Bezeichnung für einen Deutschen und zugleich ein Symbol für dessen feindliche Handlungen gegenüber Polen, für Raubpolitik und Verleumdungen. So wurde er auf Karikaturen mit einer Schlafmütze oder einer Pickelhaube²¹ dargestellt.

Zum Gegenstand der Abstimmungspropaganda wurde auch der Status Schlesiens. Kraft des Verfassungsgesetzes im Juli 1920 wurde der Woiwodschaft Schlesien – die zunächst nur aus dem zu Polen gekommenen Teil des ehemaligen österreichischen Teschener Schlesiens bestand – Autonomie verliehen. Diese Entscheidung sollte eine Antwort auf die deutsche Propaganda sein, die im Fall einer Angliederung Oberschlesiens an Polen den Verlust der provinziellen Selbstverwaltung voraussagte.²² In der Zeit vor der Volksabstimmung verstärkte Polen seine Propagandahandlungen. Am 28. Januar

¹⁹ Zit. nach Leonard Smolka: *Między „zacofaniem“ a „modernizacją“ : polsko-niemiecki obraz wroga w okresie powstań i plebiscytu na Górnym Śląsku* [Zwischen „Rückständigkeit“ und „Modernisierung“ : deutsch-polnische Feindbilder während der Aufstände und der Volksabstimmung in Oberschlesien]. Wrocław 1992, S. 56.

²⁰ Ebd., S. 61.

²¹ Ebd.

²² Barbara Danowska-Prokop – Urszula Zagóra-Jonszta: *Wybrane problemy ekonomiczno-społeczne i polityczne na Górnym Śląsku w latach 1922–1939* [Ausgewählte sozioökonomische und politische Probleme Oberschlesiens in den Jahren 1922–1939]. Katowice 1995, S. 15.

1921 hielt der Abgeordnete Andrzej Wierzbicki eine Rede im *Sejm*, in der er die Bedeutung Oberschlesiens für Polen und dessen Wirtschaft betonte. Er versicherte auch, dass im Falle seiner Angliederung „die ganze Welt“ von seinen Vorräten profitieren könne:

Polen steht im Einklang mit seiner Tradition und es würde seine Kohlschätze nicht nur mit den Deutschen teilen, sondern auch mit der ganzen Welt, und es kann Frankreich und Italien unterstützen, die vor allem Kohle für ihren wirtschaftlichen Wiederaufbau brauchen.²³

Die Rede wurde ins Englische, Französische und Italienische übersetzt und europaweit verbreitet.²⁴

Die Volksabstimmung, die am 20. März 1921 stattfand, ergab ein Gesamtvotum von 707.000 Stimmen für einen Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland und von 480.000 Stimmen für die Angliederung an Polen. Dieses Votum wurde auf die Ergebnisse in den einzelnen Gemeinden aufgeschlüsselt. Gemäß einem Vorschlag des britischen Plebiszitkommissars Harold Percival und seines italienischen Kollegen Alberto De Marinis wäre dabei der Großteil der Industriezentren an Deutschland gefallen. Dies führte zu einem dritten Aufstand in der Region – der zweite war im August 1920 ausgebrochen –, der nach zweimonatigen Kämpfen erneut durch eine Intervention der Alliierten beendet wurde. Der Streit wurde dem Rat des Völkerbundes übergeben, der beschloss, dass Polen entsprechend einem Vorschlag des italienischen Botschafters in Paris Carlo Sforza zwar einen kleineren Teil des Volksabstimmungsgebietes erhalten sollte, dieses aber den Großteil des Oberschlesischen Industriegebietes umfasste. Polen und Deutschland wurden dazu verpflichtet, einen Vertrag im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Achtung der

²³ Bogdan Koszel: Śląsk i Pomorze w propagandzie zagranicznej Polski w latach 1918–1921 [Schlesien und Pommern in der polnischen Auslandspropaganda in den Jahren 1918–1921]. In: Marian Mroczo (Hg.): Górny Śląsk i Pomorze : dwa symbole niezależności Drugiej Rzeczypospolitej [Oberschlesien und Pommern : zwei Symbole der Unabhängigkeit der Zweiten Republik]. Bytom 1996, S. 89–98, hier: S. 96.

²⁴ Ebd.

Rechte der nationalen Minderheiten auf diesem Gebiet zu unterschreiben. In den Grenzen des polnischen Teils Oberschlesiens – ab 1922 gemeinsamen mit dem polnischen Teil des Teschener Schlesiens in der Woiwodschaft Schlesien verwaltet – verblieben etwa 260.000 Deutsche, im deutschen Teil ca. 523.000 Polen. Das sogenannte Oberschlesische Abkommen wurde am 15. Mai 1922 in Genf unterzeichnet.

III. Das Saargebiet

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz hatte Frankreich schon im März 1917 versucht, seine Ansprüche auf das Saargebiet (*Territoire du Bassin de la Sarre*) vertraglich abzusichern. Ein geheimes Übereinkommen mit Russland sah eine entsprechende Nachkriegsregelung vor. Weiterhin berief man sich auf die Beschlüsse der Wiener Konferenz. Im Gegensatz zum polnischen Fall, bei dem gemäß der „14 Punkte“ des US-Präsidenten Woodrow Wilson eine Restauration der 1772 verlorenen Gebiete vorgesehen war, sprach das Dokument im Fall Frankreichs lediglich von einer „Wiedergutmachung“ des 1871 angesichts Elsass-Lothringens durch Preußen verübten „Unrechts“ – der Status des Saargebiets wurde nicht explizit benannt. Vor Beginn der Friedenskonferenz wurde diese Frage in der Abgeordnetenversammlung (*Chambre des députés*) thematisiert. Auf der Sitzung am 29. Dezember 1918 äußerte Franklin Bouillon, der Vorsitzende des Komitees für außenpolitische Angelegenheiten der Kammer, dass Elsass, Lothringen und Saarland eigentlich eine gemeinsame Sache seien. Die „Wegnahme“ des Saarlands durch Preußen 1815 bezeichnete er als einen Diebstahl, ähnlich der Angliederung von Elsass und Lothringen 1871.²⁵

Während der Friedenskonferenz unternahm die französische Delegation verschiedene Versuche zu einer Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1814. André Tardieu, der Assistent von Ministerpräsident Georges Clemenceau, bereitete ein Memorandum vor, das später den Verhandlungsführern aus den Vereinigten Staaten,

²⁵ Vgl. Frank M. Russel: *The Saar Battleground and Pawn*. London 1951, S. 10.

Großbritannien und Italien vorgestellt wurde. Das Argument für die Angliederung des Saarlandes an Frankreich war dabei die Annahme, dass das Gebiet in den Jahren 1814/15 gewaltsam und entgegen dem in Bittschriften und auf Demonstrationen geäußerten Willen der Bevölkerung von Frankreich abgetrennt worden sei. Dieser Standpunkt der Einwohner des Saargebietes sei trotz aller „Kolonialisierungsaktionen“ Preußens stabil geblieben. Ein weiteres Argumentationsmuster bezog sich auf die Entschädigungsfrage. Tardieu berief sich auf die Vernichtung französischer Kohlenbergwerke im Krieg durch Deutschland, wodurch eine Produktion von jährlich 20 Millionen Tonnen Kohle verloren gehe. Ausgleichsmaßnahmen würden hier erst mehrere Jahre in der Zukunft greifen, so dass Frankreich ohne Angliederung des Saarlands zu einem erhöhten Kohlenimport gezwungen sei. Für Deutschland dagegen würde der Verlust des Saarlandes nicht so starke negative Konsequenzen mit sich bringen und nicht zu einer Erschütterung des wirtschaftlichen Gleichgewichts führen, wie im französischen Fall.²⁶ Weiterhin führte Tardieu aus, dass die Bevölkerung im Raum Saarbrücken und Saarlouis „französisch“ sei. Dieser Teil des Saargebiets sollte Frankreich angegliedert, dem restlichen Teil ein Autonomiestatus verliehen werden. Außerdem müsse Deutschland für die Zerstörungen, welche die deutschen Truppen 1918 beim Rückzug aus der Region Nord-Pas-de-Calais angerichtet hätten, Reparationen zahlen.²⁷

Das Memorandum stieß auf Widerstand seitens Wilsons und des britischen Premierministers Lloyd Georg. Letzterer sprach sich für die Wiederangliederung Elsass-Lothringens und ein zehnjähriges französisches Nutzungsrecht für die Bergwerke des Saargebietes aus. Wilson war der Meinung, dass man die Frage der nationalen Angehörigkeit des Saarlands entsprechend dem von ihm postulierten „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ lösen, mithin eine Volksabstimmung durchführen solle. Ähnlich wie Lloyd George war er bereit, Frankreich ein begrenztes Recht zur Nutzung der Bergwerke zu überlassen. Die französische Delegation passte ihren Standpunkt unter dem Einfluss Wilsons an und verzichtete auf den Anspruch

²⁶ Vgl. Russel: *The Saar Battleground* (wie Anm. 25), S. 30.

²⁷ Vgl. Michel Launay: *Versailles, une paix bâclée ? Le XXe siècle est mal parti*. Paris 1999, S. 94.

der „Grenzen von 1814“. Zugleich bestand sie auf dem Nutzungsrecht für die Bergwerke des Saargebiets und forderte ein fünfzehnjähriges Mandat des Völkerbunds über die Region, um die lokale Verwaltung beeinflussen und Truppen stationieren zu können. Hintergrund dafür war die Hoffnung, unter einer französischen Verwaltung die Unterstützung der Bevölkerung in einer Volksabstimmung zu gewinnen, zumal hier auf Antrag die französische Staatsbürgerschaft hätte verliehen werden können.

In den Artikeln 45 bis 50 des Versailler Vertrags wurde das Saargebiet denn auch als Mandat dem Völkerbund unterstellt, Frankreich erhielt die beanspruchten Nutzungsrechte, eine Volksabstimmung war nach Ablauf der Fünfzehnjahresfrist durchzuführen. Hierbei wurde eine neue, künstliche Verwaltungseinheit geschaffen, die sich aus ehemals preußischen und bayerischen Gebieten zusammensetzte und deren Grenzen so festgelegt wurde, dass die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit erhalten blieb.²⁸ Die deutsche Delegation war an der Aushandlung dieser Bestimmungen nicht beteiligt und reagierte mit scharfer Kritik, die sich unter anderem in einem Aufruf der deutschen Deputierten aus der Region an die Teilnehmer der Friedenskonferenz äußerte.²⁹

Frankreich hatte parallel zu den Verhandlungen bereits Fakten geschaffen und seinen Einfluss auf das Saargebiet erhöht. Am 24. Januar 1919 wurde eine Militärverwaltung etabliert, am 15. Februar Französisch zur obligatorischen Sprache in den Schulen. Außerdem wurden verschiedene wirtschaftliche Regelungen zugunsten Frankreichs getroffen. Diese Entscheidungen verursachten Proteste nicht nur seitens der Saarländer, sondern auch der deutschen Nationalversammlung.³⁰ Eine wichtige Frage in Hinblick auf eine spätere Volksabstimmung war die Haltung der Kirche in der Region. 1922 wohnten hier 500.000 Katholiken und weniger als 200.000 Protestanten. Raymond Poincaré, der damalige Ministerpräsident und Außenminister, wies in einem geheimen Brief im August 1922 an einen französischen Beamten in der Region darauf hin, dass der Klerus

²⁸ Vgl. Russel: *The Saar Battleground* (wie Anm. 25), S. 34–36.

²⁹ Vgl. ebd., S. 26 f.

³⁰ Vgl. Stefan Wolff: *The German question since 1919 : an analysis with key documents*. Westport, CT 2003, S. 29.

einen starken Einfluss auf die Bewohner ausübe, was als einer der wichtigsten Faktoren bei einer Volksabstimmungsentscheidung zu betrachten sei. Nachdem der Versailler Vertrag in Kraft getreten war, unterstand der ehemals preußische Teil des Saargebietes weiterhin dem Bistum Trier, und der bayerisch-pfälzische Teil dem Bistum Speyer. Poincaré war der Meinung, dass diese Situation einen französischen Einfluss auf die katholische Bevölkerung verhindere, da die Mehrheit der Priester Deutsche waren und überhaupt nur wenige aus dem Saarland stammten. Das erforderliche Studium konnte man nur im Priesterseminar in Trier oder an einer der deutschen Universitäten abschließen. In Bezug darauf schlug Poincaré vor, dass alle Pfarrgemeinden auf dem Saargebiet vereinigt und einer apostolischen Verwaltung unterstellt werden sollten, was die Gründung eines eigenen Priesterseminars in der Region ermöglichen würde.³¹

Obwohl man während der Pariser Friedenskonferenz vor allem den ökonomischen und den geschichtlich-kulturellen Aspekt der Bedeutung des Saargebietes für Frankreich betont hatte, legten die Diplomaten und Militärs auch Wert auf den strategischen Aspekt dieser Region, die der Verteidigung gegen Deutschland dienen sollte. In diesem Zusammenhang hatte man in Erinnerung, dass 1870 der Weg preußischer Truppen in die Mitte Frankreichs durch das Saarland geführt und die erste Schlacht etwa fünf Kilometer von Saarbrücken stattgefunden hatte. Nach den schlechten Erfahrungen der Jahre 1870 und auch 1914 sollte ein ähnliches Szenario in einem zukünftigen Konflikt verhindert werden. Außerdem sollte die Übernahme der Kontrolle über das wirtschaftliche Potential des Saargebiets die Leistungsfähigkeit der deutschen Rüstungsindustrie beschränken, da die Region hier ein wichtiger Rohstofflieferant war und etwa im Bereich der Kohleproduktion vor dem Ersten Weltkrieg den dritten Rang in Deutschland eingenommen hatte.

Die neue Verwaltungsstruktur, die dem Saargebiet kraft der Beschlüsse des Versailler Vertrags verliehen wurde, stieß jedoch auf negative Reaktionen der lokalen Bevölkerung. Einen Tag vor der

³¹ M. Poincaré, *Ministre des Affaires Étrangères à M. Kœchlin, Administrateur des Mines de la Sarre, à M. Tirard, Haut-commissaire français dans les provinces du Rhin, et à M. Jonnart, Ambassadeur de France près le Saint-Siège*. In: *Documents Diplomatiques Français 1922*. Bd. 2 (1er juillet - 31 décembre). Paris 2008, S. 136-138.

Machtübernahme im Januar 1920 veröffentlichte die vom Völkerbund eingesetzte Regierungskommission in einer lokalen Zeitung eine Anzeige, in der sie Gehorsamkeit einforderte, andernfalls drohte sie mit Sanktionen.³² Auf dem Saargebiet kam es bald zu Konflikten zwischen Franzosen und Deutschen, die den dominierenden Teil der Gesellschaft bildeten. Man warf der internationalen Kommission unter Führung des Franzosen Victor Rault vor, dass sie hauptsächlich französisch-nationale Interessen verfolgen würde.³³ Deutschland schloss die Grenzen für den Import und Export, was Probleme bei der Lebensmittelversorgung auslöste, und in der lokalen Zeitung *Volksstimme* wurde die Anwesenheit französischer Truppen angegriffen.³⁴

IV. Vergleichende Aspekte

Der Versailler Vertrag hatte eine Schlüsselbedeutung für die Regulierung der deutsch-polnischen und deutsch-französischen Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg. Für Polen war er vor allem deswegen von großer Bedeutung, da das Land dadurch die Souveränität und die Unabhängigkeit wiedergewann, die es 1772 verloren hatte. Die oben genannten Konflikte im westlichen und im östlichen Grenzgebiet Deutschlands erlauben dabei einige allgemeine Schlussfolgerungen: *Erstens* wiesen die Konflikte einen internationalen Charakter auf. Sie waren Gegenstand des politischen Interesses nicht nur der jeweils direkt beteiligten Länder, sondern auch der Großmächte – vor allem der Vereinigten Staaten, aber auch Großbritanniens. Sie engagierten sich in jenem Prozess, der zur Herausbildung einer neuen internationalen Ordnung führen sollte, die den Ansprüchen der Großmächte entgegen kam. Sowohl Oberschlesien als auch das Saargebiet wurden Gegenstand der Verwirklichung dieser Ansprüche.

³² Vgl. Russel: *The Saar Battleground* (wie Anm. 25), S. 33–37.

³³ Vgl. Charles H. Haskins: *The Saar Territory as It Is Today*. In: *Foreign Affairs* 1 (1922), H. 2, S. 46–58, hier: S. 52.

³⁴ Vgl. Russel: *The Saar Battleground* (wie Anm. 25), S. 35–37.

Zweitens war das Werkzeug, das zur Realisierung der Ansprüche diente, die politische Propaganda, welche die Aufgabe hatte, andere Länder vom eigenen Standpunkt zu überzeugen. Auch Polen bediente sich dieser Mittel, obwohl seine Stellung auf der internationalen politischen Bühne schwächer als die diejenige Frankreichs war, zumal sich erst 1918/19 ein offizielles Außenministerium bilden konnte. Die Position Polens war auch in Bezug auf seine finanzielle Lage schwieriger, was die beschränkten Propagandamöglichkeiten determinierte.³⁵

Die Konflikte waren *drittens* durch eine Übereinstimmung der Standpunkte von Polen und Frankreich gekennzeichnet, was ihre jeweiligen Zielvorgaben betrifft. Beide Länder strebten nach einer Schwächung Deutschlands vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Diese Bestrebungen entstanden aus den negativen historischen Erfahrungen miteinander. Weiterhin wurde die Bedeutung der umstrittenen Regionen für den Wiederaufbau und die industrielle Entwicklung des eigenen Landes betont. Diese Übereinstimmung führte dazu, dass Frankreich als eines der führenden Länder der Friedenskonferenz den polnischen Standpunkt unterstützte.

Viertens waren die Konflikte durch ihren historischen Charakter verbunden. Ihre Genese griff einige Jahrzehnte, teilweise noch länger zurück. Die historische Argumentation sollte die Zugehörigkeit der umstrittenen Gebiete zu Polen bzw. Frankreich legitimieren. Die Auseinandersetzungen wiesen dabei einiges Mobilisationspotential auf, weil sie einen symbolischen Platz in der Erinnerung der Franzosen und Polen einnahmen und jeweils mit militärischen Niederlagen verbunden waren, für die man sich nun revanchieren konnte.

Nachdem der Versailler Vertrag in Kraft getreten war, blieben die Gebiete *fünftens* weiterhin Streitpunkte in den bilateralen Beziehungen – geprägt durch die Bevölkerungsstruktur, die politischen Interessen der beteiligten Länder und die von allen Konfliktparteien fortgesetzte Propaganda. In publizistischen wie auch wissenschaftlichen Kreisen erschienen verschiedene Argumente, welche die Bedeutung dieser Gebiete für die engagierten Länder zu begründen suchten. Im Fall von Polen war der Streit mit der Einschätzung der

³⁵ Vgl. Koszel: Śląsk i Pomorze (wie Anm. 23), S. 89.

Rolle Polens auf der internationalen politischen Bühne verbunden. Laut eines Berichts von Alfred Wysocki, polnischer Abgeordnete in Berlin und später Botschafter der Republik Polen in Rom, bezeichneten die Beamten des Auswärtigen Amtes Polen als einen „Saisonstaat“, der bald wieder aufhören würde zu existieren. Allenthalben herrschte die Angst, dass die neu geschaffenen Grenzen unweigerlich zum nächsten Krieg in Europa führen würden³⁶ – was, wie die Geschichte zeigte, nur zwei Jahrzehnte später auch geschehen sollte.

Übersetzung aus dem Polnischen von Katarzyna Capek

³⁶ Vgl. Koszel: *Śląsk i Pomorze* (wie Anm. 23), S. 94.

Die deutsch-polnischen Beziehungen in der Freien Stadt Danzig in den ersten Jahren der NS-Herrschaft

Von Aleksandra Kmak-Pamirska

I. Einführung

In der Vergangenheit wurden zahlreiche Definitionsmöglichkeiten der Begriffe „Heimatland“, „Nation“ und „Nationale Identität“ vorgeschlagen. Manche Forscher sehen einen Zusammenhang zwischen diesen Begriffen, andere definieren sie als getrennte Fachausdrücke. Probleme entstehen durch die Komplexität dieser Begriffe, die sich einer eindeutigen Festlegung verschließen. Diese Probleme will ich eingangs kurz skizzieren.

„Heimatland“ wurde durch den Soziologen Stanisław Ossowski bestimmt als das Gedächtnis eines Landes, das im künstlichen Rahmen und im historischen Denken ausgeprägt ist. Dementsprechend können die Überlegungen über das Heimatland in generationenübergreifender Überlieferung in Erscheinung treten.¹ Ein Mensch oder eine Gruppe von Menschen nehmen das Heimatland subjektiv wahr. Es ist mit dem Begriff der „Nation“ (Ableitung von lat. „natio“ = Geburt) verbunden, der mehrdeutig und daher sehr schwer zu bestimmen ist. Er kann als eine gesellschaftliche Konstruktion, aber auch als eine natürliche Erscheinung beschrieben werden, deren Genese aus natürlichen gesellschaftlichen Verbindungen hergeleitet wird, die Elemente der Herkunft oder des Territoriums enthalten kann. „Nationen“ lassen sich darüber hinaus als ideelle und emotionale Gemeinschaften ansehen. Eine wichtige Grundlage für ihre Entstehung – wenn man von einem konstruierten Charakter ausgeht – ist die Schaffung einer oder mehrerer nationaler Narrative oder „Nationalideologien“. Diese Ideologien mobilisieren die Nation zur

¹ Vgl. Stanisław Ossowski: *Z zagadnień psychologii społecznej* [Von den Fragen der Sozialpsychologie]. In: Ders.: *Dzieła* [Werke]. Bd. 3, Warszawa 1967, S. 205–226. Alle im Text verwendeten polnischen Quellen wurden durch die Autorin ins Deutsche übersetzt.

Verteidigung der eigenen Interessen.² Forscher wie Bronisław Misztal oder Grzegorz Babiński betonen, dass die „nationale Identität“ mit der positiven Beurteilung der eigenen Gruppe verbunden sei. Der Begriff stehe für: Selbstbestimmung der Volksgruppe, Selbsterkenntnis des eigenen Bildes, der Beziehungen, der Eigenschaften, der Möglichkeiten des Handelns, der Aufgaben und der Funktionen, der Ambitionen und der Bedürfnisse, der Haltungen, der Ansichten und des Denkens. Verbunden ist all dies mit der Sammlung des symbolischen Schaffens der Kultur.³

Begriffe wie „Heimatland“, „Nation“ und „nationale Identität“ sind darüber hinaus mit den soziologischen Problematiken des Zentrums und der Peripherie sowie der dialogischen Abhängigkeit verbunden. Hinzu kommt die Frage, auf welche Weise man sich selbst bezüglich anderer konstituieren soll. Der Mensch, der sein individuelles Universum konstruiert, stellt sich selbst dem Begriff des „Anderen“ gegenüber. Das geht einher mit dem Problem der Koexistenz verschiedener nationaler Gruppen auf einem gemeinsamen Territorium. Der Soziologe Paweł Rybicki beschreibt das Phänomen „nationale Minderheit“ so: „Wenn in Grenzgebieten viele verschiedene Volksgruppen zusammen koexistieren, ist es normal, dass eine von ihnen die Position des Hegemons übernimmt und zur herrschenden Gruppe wird“⁴.

In der Theorie können verschiedene solcher Gruppen an einem Ort zusammen existieren, aber in der Realität sehen die zwischen ihnen herrschenden Beziehungen oft anders aus. Die Freie Stadt

² Vgl. <http://encyklopedia.pwn.pl/haslo.php?id=3945889>, letzter Zugriff: 13. Oktober 2011.

³ Vgl. Grzegorz Babiński: *Religia i tożsamość narodowa : zmieniające się relacje [Religion und nationale Identität : ein sich wandelndes Verhältnis]*. In: Marian Kempny – Grażyna Woroniecka (Hg.): *Religia i kultura w globalizującym się świecie [Religion und Kultur in einer globalisierten Welt]*. Kraków 1999, S. 197-199; Ewa Bielska: *Konteksty społeczeństwa globalnego a perspektywy tożsamości [Kontexte der globalen Gesellschaft und Identitätsperspektiven]*. In: Tadeusz Bajkowski – Krzysztof Sawicki (Hg.): *Tożsamość osobowa a tożsamości społeczne : wyzwania dla edukacji XXI wieku. [Persönliche Identität und soziale Identität : Herausforderungen für die Erziehung im 21. Jahrhundert]*. Białystok 2001, S. 28-37, hier: S. 29.

⁴ Paweł Rybicki: *Struktura społecznego świata : studia z teorii społecznej [Die Struktur der sozialen Welt : Studien zu einer Gesellschaftstheorie]*. Warszawa 1979, S. 209.

Danzig (*Wolne Miasto Gdańsk*), die seit als 1920 als Freistaat unter dem Protektorat des Völkerbundes existierte und 1939 von NS-Deutschland annektiert wurde, ist ein sehr interessantes Beispiel für die Koexistenz der verschiedenen Nationen in der Zwischenkriegszeit. Nachfolgend analysiere ich das Zusammenleben von Deutschen und Polen auf diesem Territorium – das neben Danzig/Gdańsk noch die Städte Zoppot/Sopot, Praust/Pruszcz Gdański, Tiegenhof/Nowy Dwór Gdański und Neuteich/Nowy Staw sowie deren Umland umfasste – in den Jahren nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ von 1933.

II. Die Freie Stadt Danzig in den 1930er Jahren

Die Grundlagen für die Entstehung des Freistaats⁵ ergaben sich aus den Artikeln 100 bis 108 des Versailler Vertrages vom 16. Juni 1919. Die Stadt war formell unabhängig vom polnischen und vom deutschen Staat, stand unter dem Schutz des Völkerbundes und erhielt am 16. Mai 1920 eine eigene Verfassung. Die juristischen Grundlagen für die Verwaltung der Stadt und ihrer Beziehungen zu beiden Ländern wurden in zusätzlichen Verträgen definiert. Die polnisch-Danziger Beziehungen wurden im Zeitraum von 1920 bis 1939 durch etwa 170 Beschlüsse geregelt, zu deren wichtigsten die Pariser Konvention vom 9. November 1920 und der Warschauer Beschluss vom 24. Oktober 1921 gehören. Allein schon die Vielzahl dieser Festlegungen zeigt die Schwierigkeiten, die sich zwischen der II. Republik und dem Freistaat ergaben.

Die Frage einer möglichen Revision der Versailler Regelungen und damit eines Wiederanschlusses an das Deutsche Reich beschäftigte die deutsche Bevölkerung des Freistaats seit seiner Gründung. Die polnische Seite jedoch wollte Danzig auf keinen Fall verlieren; nicht nur aus ideologischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen, denn der Danziger Hafen war ein sehr wichtiger Waren-

⁵ Fläche: 1.892 Quadratkilometer, Einwohnerzahl: 407.517 (Stand: 1929), Anteil der polnischen Minderheit: ca. fünf Prozent. Zur Einführung vgl. Peter Oliver Loew: Danzig : Biographie einer Stadt. München 2011, S. 182–226 sowie knapp den Beitrag von Ralph Schattkowsky in diesem Band, S. 51 f.

umschlagplatz. Nach 1933 verschärften sich die Konflikte zwischen dem „Dritten Reich“, Danzig und Polen, was auch die sonstigen internationalen Beziehungen der Staaten negativ beeinflusste und sich besonders auf die Situation der Danziger Bürger niederschlug.

Am 28. Mai 1933 wurden Wahlen zum Danziger Volkstag durchgeführt. Von 233.842 zur Wahl berechtigten Personen erschienen 215.341, die 214.128 gültige und 1.213 ungültige Stimmen abgaben. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) konnte mit 107.331 die meisten Stimmen auf sich vereinigen – bereits seit November 1930 war sie zweitstärkste Kraft gewesen –, weshalb sie 38 Mandate im Volkstag erhielt. Es folgten die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) mit 37.882 Stimmen und 13 Mandaten, die Zentrumspartei mit 31.336 Stimmen und zehn Mandaten sowie die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) mit 14.566 Stimmen und fünf Mandaten.⁶ Präsident des Senates wurde Hermann Rauschnig, sein Vertreter Arthur Karl Greiser⁷. Die wichtigste Person im politischen Leben des Freistaats war jedoch Albert Forster, seit 1930 der lokale Gauleiter der NSDAP.⁸ Als Grund für den überzeugenden Wahlsieg der Nationalsozialisten lässt sich – neben dem Einsatz von Zwangsmethoden – das attraktive Wahlprogramm der NSDAP sehen, das Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung vorsah und prominent den Wahlspruch „Zurück zum Reich“ trug.⁹ Nach der Machtübernahme wurden auch im Freistaat Gleichschaltungsmaßnahmen durchgeführt.

Rauschnig gehörte dabei zu denjenigen deutschen Politikern, die für eine Verbesserung sowohl der deutsch-polnischen als auch der polnisch-Danziger Beziehungen eintraten. Seine Pläne bezüglich

⁶ Vgl. Edward Cichy: *Faszyzm w Gdańsku* [Faschismus in Danzig]. Toruń 2002, S. 19 f.

⁷ Vgl. Czesław Łuczak: *Arthur Greiser : hitlerowski władca w Wolnym Mieście Gdańsku i w Kraju Warty* [Hitlers Herrscher in der Freien Stadt Danzig und im Wartheland]. Poznań 1997.

⁸ Vgl. Cichy: *Faszyzm* (wie Anm. 6), S. 20; Dieter Schenk: *Albert Forster : gdański namiestnik Hitlera* [Hitlers Stellvertreter in Danzig]. Gdańsk 2002 (polnische Übersetzung von ders.: *Hitlers Mann in Danzig : Gauleiter Forster und die Verbrechen in Danzig-Westpreußen*. Bonn 2000); Marian Podgóreczny: *Albert Forster : gauleiter i oskarżony* [Gauleiter und Angeklagter]. Gdańsk 1977.

⁹ Vgl. Cichy: *Faszyzm* (wie Anm. 6), S. 22.

einer friedlichen Zusammenarbeit waren jedoch schwer zu verwirklichen, zumal er in der NSDAP – der er erst 1932 beigetreten war – wenig Unterstützung genoss. In einer Rede in Genf meinte er, dass Danzig alles andere als ein Pulverfass in Europa sei.¹⁰ Angesichts der politischen Situation erschien eine solche Zuschreibung allerdings eher als Wunschdenken. In seinem Buch „Gespräche mit Hitler“ äußerte sich Rauschning über die Situation in Danzig:

Das Danzig-Problem konnte nicht von uns, sondern nur von ihm [= Hitler] gelöst werden, und von ihm auch nur dann, wenn das Reich stark und gefürchtet war. Je stiller, je mehr im Geheimen wir unseren Existenzkampf führten, desto besser würde das für Deutschland sein. Er war nicht unsere Aufgabe, das Danzig-Problem oder die Korridor-Frage zu lösen. Das sollten wir dem Reich überlassen. Aber es wäre unsere Aufgabe, wann immer es möglich sei, diejenigen Schwierigkeiten zu bekämpfen, die auf dem Pfad des Reiches lagen.¹¹

Diese Überlegungen legte Rauschning Hitler nach den Wahlen in der Freien Stadt in den Mund. Man kann seine oben stehende Aussage daher wohl so interpretieren, dass er die Öffentlichkeit beruhigen wollte, um die Konflikte zu mildern. Seine Versöhnungspolitik wurde jedoch von Forster und Greiser nicht befürwortet.¹² Zum Problem der Wahrnehmung Polens durch die anderen prominenten NDSAP-Mitglieder äußerte sich Rauschning wie folgt:

¹⁰ Vgl. Cichy: *Faszyzm* (wie Anm. 6), S. 23.

¹¹ Zit. nach ebd., S. 31–33. Nachdem Rauschnings Buch zuerst in englischer und französischer Übersetzung erschienen war, wurde eine deutschsprachige Fassung 1940 in New York veröffentlicht. Zum Quellenwert vgl. grundlegend Theodor Schieder: Hermann Rauschnings „Gespräche mit Hitler“ als Geschichtsquelle. Opladen 1972. Zuletzt aber Pia Nordblom: *Wider die These von der bewussten Fälschung : Bemerkungen zu den Gesprächen mit Hitler*. In: Jürgen Hensel – Pia Nordblom (Hg.): *Hermann Rauschning : Materialien und Beiträge zu einer politischen Biographie*. Warszawa 2002 / Osnabrück 2003, S. 151–174.

¹² Vgl. Cichy: *Faszyzm* (wie Anm. 6), S. 23.

Damals hat Hitlers Wissen über Polen an der Grenze zur Naivität balanciert. Kein Wunder, wenn er sich in allen Ostfragen auf die ‚Expertise‘ des Gauleiters Forster verließ. Forster, der aus Bayern stammte, äußerte sich über die Polen immer mit Verachtung. „Wanzen“ war da noch die freundlichste Bezeichnung. Als Forster nach dem ersten großen Parteitag in Nürnberg im September 1933 voller Arroganz [nach Danzig] zurückkehrte, hat er mir vorgeschlagen, dass wir die eben begonnene Versöhnungspolitik mit Polen sofort aufgeben und stattdessen den Krieg erklären sollten. Er behauptete, dass Deutschland nun so stark sei, dass es Polen in wenigen Tagen erobern könne.¹³

Rauschning deklarierte eine Friedens- und Versöhnungspolitik gegenüber Polen. Für ihn war Danzig eine Brücke zur Verständigung und der Garant guter deutsch-polnischer Beziehungen.¹⁴ Die Realität jedoch sah anderes aus. In der Stadt herrschte eine feindselige Atmosphäre gegenüber der polnischen Minderheit und es wurde gesagt, Rauschnings Politik habe keine Zukunft. Besonders während der Regierungszeit der Nationalsozialisten im Freistaat ließ der Einfluss der Hochkommissare des Völkerbunds beständig nach, aus dem Reich wurden viele Eingriffe in Danzigs innere Angelegenheiten unternommen. Von 1920 bis 1939 erfolgten 106 Interventionen des Völkerbundes aufgrund von Streitigkeiten zwischen den involvierten Staaten und der Freien Stadt.¹⁵ Seit Beginn der 1930er Jahre verloren auch die oppositionellen Parteien an Bedeutung, nachdem zuvor die Sozialdemokraten lange die stärkste Kraft im Volkstag

¹³ Zit. nach Cichy: *Faszysm* (wie Anm. 6), S. 107.

¹⁴ Vgl. Henryk Stępnik: *Polska i Wolne Miasto Gdańsk (1920–1939) : stosunki polityczne [Polen und die Freie Stadt Danzig (1920–1939) : politische Beziehungen]*. Gdańsk 2004, S. 152.

¹⁵ Vgl. Cichy: *Faszysm* (wie Anm. 6), S. 14.

gewesen waren und von der positiven ökonomischen Entwicklung bis zur Weltwirtschaftskrise profitieren konnten. Etwaige Verständigungsversuche waren jedoch mit der NSDAP nicht zu verwirklichen. Am 7. Mai 1933 sagte der deutsche Außenminister Konstantin von Neurath über Polen und die polnische Gesellschaft:

Unser Hauptzweck ist die Revision der östlichen Grenze. In Frage kommen nur totale definitive Lösungen. Man sollte alle unzureichenden Lösungen aufgeben. [...] Die Versöhnung mit Polen ist weder möglich noch wünschenswert. Wir sollten alle Spannungen in den Beziehungen mit Polen aufrechterhalten, damit die Interessen an den deutsch-polnischen Angelegenheiten nicht verschwinden.¹⁶

Die Politik der Nationalsozialisten war entsprechend polenfeindlich. Zudem wies sie auch antikirchliche Tendenzen auf, die in der Freien Stadt Danzig auf fruchtbaren Boden fielen.¹⁷ Anfangs konnten polnische Gläubige noch ungestört an Messen und Predigten teilnehmen. Probleme traten in größerem Umfang erst auf, nachdem Bischof Eduard O'Rourke 1938 von seinem Amt zurückgetreten war. Am 13. Juni 1938 wurde Carl Maria Splett als neuer Bischof eingesetzt, zudem war er seit 1939 Apostolischer Administrator der Diözese von Kulm/Chelmno. Nach dem Krieg wurde er wegen Handelns zum Schaden des polnischen Staates, des katholischen Klerus' und der Zivilbevölkerung angeklagt und zu acht Jahren Haft sowie der Aberkennung seinen öffentlichen Rechte und der bürgerlichen Ehrenrechte für eine Dauer von fünf Jahren verurteilt. Ferner wurde sein gesamter Besitz konfisziert.¹⁸

¹⁶ Vgl. Cichy: *Faszyzm* (wie Anm. 6), S. 26.

¹⁷ Zum Verhältnis von Kirche und Staat in der Epoche der Freien Staat Danzig allgemein vgl. Stefan Samerski: *Das Verhältnis von Kirche und Staat in der Freien Stadt Danzig*. In: *Deutsch-polnische Begegnung zu Wissenschaft und Kultur* : Schriftenreihe der Danziger Naturforschenden Gesellschaft 2 (1998), S. 112-121.

¹⁸ Formell blieb Splett bis zu seinem Tod 1964 im Amt, da seine Absetzung 1945 nur durch den polnischen Primas Kardinal August Hlond erfolgte, nicht jedoch durch den Vatikan.

Der Hauptgrund für seine Anklage vor der Specialstrafkammer Danzig waren die von ihm verabschiedeten antipolnischen Anordnungen, die die Danziger und die Kulmer Diözese betrafen: das Verbot der Benutzung der polnischen Sprache während der Sakramente (besonders während der Beichte, der Predigten und Gesänge), der Befehl der Entfernung aller Gegenstände und Embleme mit polnischen Aufschriften, das Verbot der Wiedereinstellung von durch die NS-Behörden verhafteten polnischen Priestern. Der Bischof entschuldigte sich während des Prozesses, er habe sich unter dem Druck der Gestapo und der NS-Führung befunden. Sein Ziel sei es gewesen, polnische Priester und Gemeinden zu verteidigen. Er betonte in diesem Zusammenhang, dass die Priester trotz des Verbotes die Beichte auf Polnisch abnahmen und er dies selbst auch getan hätte. Nach der Verbüßung seiner achtjährigen Haftstrafe wurde er weiter interniert: 1953/54 im Dominikaner-Kloster Borek Stary bei Rzeszów, danach im Kloster von Dukla jeweils in Südostpolen. Ende 1956 erfolgten die Freilassung und die Abschiebung in die Bundesrepublik. Die Rolle Spletts wurde zum Gegenstand vieler Kontroversen, bis heute wird über den Danziger Bischof, sein Leben, seine Macht und seinen Strafprozess diskutiert. Viele Wissenschaftler glauben, dass sein Prozess ein mustergültiger kommunistischer Schauprozess war. Er gilt damit einerseits als Opfer des Totalitarismus' und sei zu rehabilitieren, andererseits wird er als NS-Verbrecher gesehen.¹⁹

¹⁹ Die biographische Notiz wurde auf der Basis von Archivmaterialien – Archiwum Archidiecezji Gdańskiej [Archiv der Erzdiözese Danzig], Archiwum Diecezjalne w Pelplinie [Diözesanarchiv Pelplin], Archiwum Gwiazdy Morza w Sopotie [Archiv des „Sterns des Meeres“ Sopot], Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej Komisji Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu w Krakowie [Archiv des Instituts für Nationales Gedenken Krakau] – und auf der Basis von Splett betreffenden Publikationen – Stanisław Bogdanowicz: Karol Maria Antoni Splett : biskup gdański czasu wojny, więzień specjalny PRL [Bischof von Danzig während des Krieges, Sondergefangener in der Volksrepublik Polen]. Gdańsk 1996; Tadeusz Bolduan: Biskup Carl Maria Splett : od mitów ku prawdzie [Bischof Carl Maria Splett : vom Mythos zur Wahrheit]. In: Studia Pelplińskie 1989, S. 79–95; Peter Raina: Karol Maria Splett : biskup gdański na ławie oskarżonych [Danziger Bischof auf der Anklagebank]. Warszawa 1994; Stefan Samerski: Priester im annektierten Polen : die Seelsorge deutscher Geistlicher in den an das Deutsche Reich angeschlossenen polnischen Gebieten 1939–1945. Bonn 1997; ders.: Schuld und Sühne? Bischof Carl Maria

Kehren wir zurück ins Jahr 1934. In der Forschung wird dieses als ein vergleichsweise ruhiges und friedliches beschrieben. Der seinerzeitige Hohe Kommissar des Völkerbunds, der Ire Seán Lester betonte allerdings in seinem Jahresbericht, dass die Verfassung der Freien Stadt Danzig mehrmals missachtet worden sei. Zudem übe der Völkerbund in diesem Jahr nur einen sehr geringen Einfluss auf die Danziger Politik aus.²⁰ Ein sehr wichtiges Ereignis in den deutsch-polnischen Beziehungen war der am 26. Januar 1934 zwischen Polen und dem „Dritten Reich“ geschlossene Nichtangriffspakt. Am Ende des Jahres richtete sich Rauschning mit einem persönlichen Appell direkt an Hitler, weil er nicht imstande war, sich mit den anderen Parteimitgliedern über die Danziger Politik zu einigen. Er erhielt allerdings keine Unterstützung des „Führers“ und trat resigniert von seinem Amt zurück. Er war Stellvertreter des Gauleiters und Präsident des Senates – und damit eigentlich Regierungschef –, konnte sich gegen Forster allerdings zu keiner Zeit durchsetzen. Dessen Politik kritisierte er zwar gelegentlich, jedoch ohne Erfolg. Gemeinsam mit Greiser strebte Forster eine konsequente Gleichschaltungspolitik bis hin zur Ausschaltung jeglicher Opposition an, obgleich zwischen beiden durchaus ein persönliches Konkurrenzverhältnis bestand. Ihrer beider Politik sollte letztlich zu Danzigs Eingliederung in das Reich führen. Nach seinem Rücktritt vom Amt des Senatspräsidenten und dem Parteiaustritt wurde Rauschning als ein Deserteur und Verräter behandelt. Er floh in seine Heimatstadt Toruń/Thorn und anschließend über mehrere Stationen in die Vereinigten Staaten, während Frau und Kinder zunächst in Danzig zurückblieben.

Greiser wurde Rauschnings Nachfolger als Senatspräsident, der Völkerbund erteilte die Erlaubnis zu neuen Wahlen. Diese wurden am 7. April 1935 durchgeführt. Die NSDAP erhielt mit 139.423 erneut die meisten Stimmen, mithin einen Stimmanteil von mehr als 50 Prozent und damit 43 Mandate im Volkstag der Freien Stadt Danzig. Die SPD landete mit 37.729 Stimmen und zwölf Mandaten weit ab-

Splett in Krieg und Gefangenschaft. Bonn 2000 – erarbeitet. Splett und seine Rolle im Gedächtnis von Polen und Deutschen stehen im Mittelpunkt des Dissertationsprojekts der Verfasserin an der Jagiellonen-Universität Krakau/Uniwersytet Jagielloński w Krakowie.

²⁰ Vgl. dazu und für das Folgende Cichy: *Faszizm* (wie Anm. 6), S. 31–35.

geschlagen auf dem zweiten Platz, gefolgt von der Zentrumpartei mit 31.522 Stimmen und zehn Mandaten sowie der KPD mit lediglich 7.916 Stimmen und zwei Mandaten.

Während Greisers Regierungszeit verschlechterten sich die deutsch-polnischen Beziehungen. Am zweiten Tag nach den Wahlen forderte die Opposition die Annullierung der Ergebnisse, was jedoch erfolglos blieb.²¹ Am 8. Mai 1935 wurde mit der NSDAP-Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, welches das Funktionieren der Opposition erschwerte und diese mit der Zeit ganz beseitigte, indem jede öffentliche Verlautbarung, etwa in der Presse, vor der Publikation zur Prüfung vorgelegt werden musste.²² Der Völkerbund konnte dagegen nicht vorgehen, da Greiser die Mehrheit der Wählerstimmen hinter sich hatte. Wie Forster agierte er polenfeindlich und radikal. Von Hitler war er völlig eingenommen: Er sei der Mensch, den Gott gesegnet habe, das größte Genie des Jahrhunderts, seit 2000 Jahren der erste echte Vereiniger Europas, der vertrauenswürdigste Politiker, der Befreier des deutschen Ostens und des „Warthegaus“, der begabteste und hervorragendste Führer sowie der größte Staatsmann.²³ Greiser agitierte für einen „deutschen Charakter“ Danzigs, wofür er die Herrschaft der NSDAP als Garant ansah.²⁴ Als leidenschaftlicher Redner sprach er praktisch jeden Tag öffentlich und verstärkte damit die antipolnischen Einstellungen in der deutschen Mehrheitsbevölkerung, deren politisches Denken er auf eine Eingliederung ins „Dritte Reich“ ausrichten wollte.

Seine antipolnische Haltung reichte dabei bis in die 1920er Jahre zurück. Schon im Rahmen einer am 23. September 1925 durchgeführten Demonstration hatte Greiser die polnische Bevölkerung öffentlich aufgefordert, die Stadt zu verlassen.²⁵ Während seiner politischen Amtszeit äußerte er dann Entlassungsdrohungen gegenüber polnischen Bürgern wegen ihrer Angehörigkeit zu polnischen Verei-

²¹ Vgl. Marek Andrzejewski: *Wolne Miasto Gdańsk w rewizjonistycznej propagandzie niemieckiej 1920–1939*. [Die Freie Stadt Danzig in der revisionistischen deutschen Propaganda 1920–1939]. Gdańsk 1987, S. 146.

²² Vgl. Cichy: *Faszyzm* (wie Anm. 6), S. 35.

²³ Vgl. Łuczak: *Arthur Greiser* (wie Anm. 7), S. 14–19.

²⁴ Vgl. ebd., S. 19.

²⁵ Vgl. ebd., S. 64.

nen oder weil deren Kinder in polnischen Schulen lernten, tolerierte Überfälle auf polnische Bürger oder polnische Vereinsräume, verweigerte die Auszahlung von Arbeitslosengeldern und befürwortete die Verweigerung der Baugenehmigung für polnische Kindergärten (z. B. in Brentau/Brentowo). Weiterhin behinderte Greiser die Auslieferung polnischer Post und Zeitschriften und lehnte die Aufnahme polnischer Abgeordneter in den Senat ab. Polnische Politiker intervenierten wegen der schlechten Situation der polnischen Minderheit in der Freien Stadt Danzig, verfassten verschiedene Eingaben an den Senat und verhandelten mehrmals mit Greiser. Dieser reagierte je nach Gesprächspartner, meistens jedoch schob er die Verantwortung auf die unteren Verwaltungsränge ab.²⁶ Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kämpfte er offen gegen die polnische Bevölkerung, besonders im „Warthegau“ (zunächst „Reichsgau Posen“), wo ab Oktober 1939 Gauleiter und Reichsstatthalter war.

Es ist wichtig zu betonen, dass Teile der deutschen Bevölkerung mehrmals gegen diese politische Ordnung protestierten, obwohl der Kampf gegen das Polentum in der Freien Stadt Danzig weit verbreitet war. Viele deutsche Kinder besuchten polnische Schulen, wodurch die Deutschen ihren Widerstand gegen die nationalsozialistische Politik manifestierten.²⁷ Die Betroffenen mussten mit Verfolgungen und Repressionen rechnen – dennoch hatten sie den Mut, Widerstand zu leisten, weil sie sich mit der nationalsozialistischen Politik des Senates nicht identifizieren konnten.

In den Auseinandersetzungen jener Zeit spielte die politische Propaganda eine große Rolle. Propagandistische Zeitschriften sind gekennzeichnet durch Manipulation (z. B. einfache Syntax, einseitige Argumente, tendenzieller Einfluss auf das Unterbewusstsein des Lesers). Durch Manipulationen entsteht eine unrealistische Welt in Anlehnung an das Verwechseln von Realität und Fiktion. Dadurch

²⁶ Vgl. Łuczak: Arthur Greiser (wie Anm. 7), S. 64 f.

²⁷ Vgl. Sylwia Grochowina: Szkolnictwo niemieckie w procesie germanizacyjnym dzieci polskich na Pomorzu Gdańskim w latach 1939–1945 [Der Deutschunterricht im Prozess der Germanisierung polnischer Kinder in Pommerellen in den Jahren 1939–1945]. In: Katarzyna Minczykowska – Jan Sziling (Hg.): Polityka germanizacyjna Trzeciej Rzeszy na Pomorzu Gdańskim w latach 1939–1945 [Die Germanisierungspolitik des Dritten Reiches in Pommerellen in den Jahren 1939–1945]. Toruń 2007, S. 145–159.

glaubt der Leser daran und konstruiert sein eigenes Bild der Welt nach diesen falschen Informationen. Er konfrontiert diese falsche Welt nicht mit der Realität. Infolgedessen erreichten die Nationalsozialisten ihre Ziele auch, indem sie die Vertreter der deutschen Gesellschaft mental beeinflussten. Während Greisers Regierungszeit nahm die Propaganda stark zu und beherrschte alle Gebiete des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens. Seit 1933 entwickelte sich eine Ideologisierung der Presse in der Freien Stadt Danzig. Die wissenschaftlichen propagandistischen Verlage waren mit den ideologischen Richtlinien und mit den Vertretern der nationalsozialistischen Partei verbunden.²⁸ Am meisten beschäftigte sich die Propaganda mit der Problematik des „Korridors“, der Polenfeindlichkeit, dem Danziger Deutschtum, dem historischen Revisionismus und dem nationalsozialistischen Denken. Laut propagandistischer Aussagen war der polnische Staat an der Ostsee ein historisches Kuriosum und die Koexistenz von der aggressiven polnischen und der deutschen Nation in den Grenzgebieten der Kulturen war ungünstig für die Entwicklung einer friedlichen Zivilisation.²⁹ Die Polen sollten dabei als Verbrecher dargestellt werden. Polen sollte in der Öffentlichkeit ein Staat bleiben, der keine Versöhnung und friedliche Koexistenz wollte.³⁰

III. Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die deutsch-polnischen Beziehungen in der Freien Stadt Danzig in den ersten Jahren der Regierungszeit der Nationalsozialisten sehr angespannt waren. Die Situation verschlechterte sich in der Folgezeit und mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erreichte die Spannung ihren Hö-

²⁸ Mehrmals haben Wissenschaftler und Politiker zusammengearbeitet, wie etwa im Fall von Curt Flakowski: *Die Ketten von Versailles : Vorgeschichte, Inhalt und Auswirkungen des Versailler Diktats*. Erfurt 1934. Das Vorwort zu dieser Schrift wurde vom damaligen Gauleiter Ostpreußens Erich Koch verfasst. Zur Biographie Kochs vgl. umfassend Ralf Meindl: *Ostpreußens Gauleiter : Erich Koch – eine politische Biographie*. Osnabrück 2007.

²⁹ Vgl. Andrzejewski: *Wolne Miasto Gdańsk* (wie Anm. 21), S. 148.

³⁰ Vgl. ebd., S. 150.

hepunkt. Die Polen wurden als Menschen einer niedrigeren Klasse angesehen, die nicht auf deutschem Boden leben sollten und nur gelegentlich als Arbeitskraft dienten. Und doch waren die ersten Jahre der Regierungszeit der Nationalsozialisten in der Freien Stadt Danzig nur die Vorzeichen einer viel größeren Tragödie: der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

Verzeichnis der Autoren und Herausgeber

Prof. Dr. Stefan Garsztecki

Inhaber der Professur für Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas am Institut für Europäische Studien der Technischen Universität Chemnitz

Kontakt: stefan.garsztecki@phil.tu-chemnitz.de

Aleksandra Kmak-Pamirska M.A.

Doktorandin am Institut für Europäische Studien der Jagellionen-Universität Kraków/Krakau

Kontakt: aleksandra.pamirska@gmail.com

Dr. Steffen Menzel

Geschäftsführer der Schlesisch-Oberlausitzer Museumsverbund gGmbH

Kontakt: info@museumsverbund-ol.de

Martin Munke M.A.

Wissenschaftliche Hilfskraft an der Professur für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts und der Professur für Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas der Technischen Universität Chemnitz

Kontakt: martin.munke@phil.tu-chemnitz.de

Aneta Pazik M.A.

Doktorandin am Institut für Europäische Studien der Jagellionen-Universität Kraków/Krakau

Kontakt: aneta.pazik@uj.edu.pl

Prof. Dr. Ralph Schattkowsky

Leiter des Lehrstuhls für Geschichte der Internationalen Beziehungen an der Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń/Thorn, apl. Professor am Historischen Institut der Universität Rostock

Kontakt: rascha@umk.pl

Dr. Hendrik Thoss

Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts am Institut für Europäische Geschichte der Technischen Universität Chemnitz

Kontakt: hendrik.thoss@phil.tu-chemnitz.de

Krobnitzer Hefte

Herausgegeben für die
Schlesisch-Oberlausitzer Museumsverbund gGmbH
von Steffen Menzel

- 1 Steffen Menzel: Schloss Krobnitz – Geschichte des Rittergutes und seiner Besitzer, 112 S., EUR 14,80.
- 2 Steffen Menzel: Die Ratsdörfer der Stadt Görlitz, 142 S., EUR 14,40.
- 3 Steffen Menzel (Hrsg.): Nachdenken über Preußen. Beiträge der Tagung „Preußische Tugenden in der heutigen Zeit – Gedanken über Preußen“ (Krobnitzer Gespräche) vom 2. Dezember 2010, 84 S., EUR 14,80.
- 4 Lars-Arne Dannenberg, Matthias Donath, Eike Thomsen, Wojciech Wagner: „Herr, Gott, du bist unsere Zuflucht für und für“. Grenz- und Zufluchtskirchen Schlesiens. 204 S. EUR 19,90.
- 5 Uwe Zersch: Reichenbach 1813. Vergessen und verweht?, 204 S., EUR 14,80.
- 6 Steffen Menzel, Martin Munke (Hrsg.): Deutsche und Polen im und nach dem Ersten Weltkrieg. Beiträge der 2. Krobnitzer Gespräche vom 20. Oktober 2011 auf Schloss Krobnitz/Oberlausitz, 94 S., EUR 8,50.

Bestellungen sind möglich über den Museumsshop der Schlesisch-Oberlausitzer Museumsverbund gGmbH unter <http://www.oberlausitz-museum.de/museumsshop>.

